

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 27. April 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk. wöchentlich 29 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsblätter mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Preisband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erstausgabe täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Karte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Der Protest der Arbeit!

Zwei Millionen Köpfe, ein Wille! Nicht der Wille zu befehlen, sondern zu fordern und, wenn es sein muß, für die berechtigten Forderungen der arbeitenden Bevölkerung energisch zu kämpfen, das war der Geist, der die Verhandlungen auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongress beherrschte. Die Vertreter der frei organisierten Arbeiter haben gestern und heute der Öffentlichkeit die Forderungen der Arbeiter unterbreitet, die sie an die Reichsversicherungsordnung stellen. Nicht Wohlthaten heißt man! Als Recht für die Beschäftigten, für die lediglich auf den Ertrag ihrer Arbeit Angewiesenen verlangte die Arbeitervertretung eine den sozialen Bedürfnissen, der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung angepasste Sozialpolitik. Sozialpolitik als Selbstzweck!

Bei der Kritik des Reichsversicherungsentwurfs fand das Kleinliche bürokratische Bestreben der Regierung, die Sozialpolitik zu einem Wohlfahrtsnebel zu degradieren, grelle Beleuchtung. Die soziale Gesetzgebung soll mehr und mehr ein Instrument zur Erhöhung der Abhängigkeit der Arbeiter von Scharfmachertüde und Regierungsgnaden werden. Das ist das Motiv, das aus dem Regierungsentwurf vielfach hervorleuchtet. Das tusten die sachkundigen Referenten trefflich zu schildern. Aus der Fülle ihrer praktischen Erfahrung schöpfend, erbrachten sie den Nachweis, daß in materieller Beziehung die bestehenden Gesetze weit hinter den dringendsten Bedürfnissen zurückbleiben und der Regierungsentwurf diesem Mangel bei weitem nicht abhilft. Sie zeigten an der Verwaltungspraxis in der Sozialversicherung, wie Engherzigkeit und mangelndes soziales Verständnis den Versicherten oft noch von dem bisherigen Unterhalt, das zu gewähren das Gesetz erlaubt, ein gut Stück entzieht. Und nun will man den Arbeitern auch noch das Selbstverwaltungsrecht schmälern oder gar ganz nehmen, damit der Scharfmacherville ungehindert auch in den Krankenkassen sich ausstoben kann! Den Einwand, man wolle durch die Halbierung der Verwaltung die Klassen von dem Einflusse der Sozialdemokratie befreien, charakterisierte Genosse Frähdorf als Heuchelei. In Wirklichkeit komme es den Vätern und intellektuellen Urheber der Halbierung der Beiträge und der Verwaltung darauf an, einen weiteren Ausbau der Klassenleistungen über den Rahmen der gesetzlichen Mindestunterstützung hinaus zu verhindern. Die sogenannte Halbierung liefere die tatsächliche Herrschaft in der Verwaltung den Unternehmern aus. Mit dieser „Reform“ werde der fortschrittlichen Entwicklung der Klassen ein Hemmschuh angelegt. — Hier tritt der antisoziale Geist des Regierungsentwurfs sinnfällig in die Erscheinung. Aber ein Sieg der Scharfmacher in dieser Richtung brüdt der Arbeiterschaft eine Waffe in die Hand, an die man nicht gedacht.

Angeblieh um die Rechte und Pflichten gleichmäßig zu verteilen, sollen nach dem Entwurf der Regierung für die Zukunft die Beiträge je zur Hälfte von den Arbeitern und Unternehmern geleistet werden, und in gleicher Weise die beiden Parteien je zur Hälfte die Verwaltung besetzen. Bisher zahlen die Arbeiter 2/3 der Beiträge und sind sie in derselben Proportion auch an der Verwaltung beteiligt. Für das Linsengericht vermindelter Beitragslast wollen die Unternehmer nun die Verwaltung an sich reißen. Das ist unter dem Vorhinein eines sogenannten Unparteiischen, den der Entwurf vorzieht, tatsächlich das Fest in Händen halten, daran kann im Staate der gottgewollten Abhängigkeiten kein Mensch zweifeln. Und doch: Die Rechnung der Scharfmacher hat ein Loch! Ihr Sieg wird die Gewerkschaftskassen mit Munition füllen! Gestern berichteten wir bereits über einen Antrag, der die Gewerkschaftsmitglieder verpflichtet, falls die erwählte Halbierung Gesetz wird, die ersparten Beiträge als Kriegsfonds an die Gewerkschaftskasse abzuführen. Der Antrag fand heute einstimmige Annahme. Und dieser Beschluß wird im Lande sicherlich mit großer Begeisterung aufgenommen werden. Es gibt noch Ironie in der Weltgeschichte! Die Scharfmacher im Bunde mit der Regierung als Hüter der Gewerkschaftskassen: wahrlich ein Schauspiel für Götter!

Den ersten Tag der Verhandlungen nahmen Referate in Anspruch, deren Inhalt nicht ohne Eindruck, wenn auch bei dem bekannten Verhältnis zwischen Großindustrie und Regierung auf diese vielleicht ohne wohlthätige Wirkung bleiben wird. Heute erstattete Genosse Lesche noch ein Referat über die Hinterbliebenenversicherung. Das Plaster, das man dem Volke nach dem Auszuge der Reichsfinanzreform mit der sogen. Witwen- und Waisenversicherung bietet, sei winzig klein. Wenn die Unternehmer zahlungslustig seien, bei der Invalidenversicherung sollten sie das betätigen. In der folgenden Diskussion trugen Praktiker der Arbeiterversicherung aus den verschiedensten Gewerben Klagen vor, berichteten über schändliche Behandlung kranker und invalider Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Bureauangestellten protestierten dagegen, daß man sie aus politischen Erwägungen aus dem Rahmen der allgemeinen Versicherung herausheben will, um zwischen ihnen und der Handarbeiterschaft einen sozialen Unterschied zu konstruieren, was natürlich im Interesse des Unternehmertums geschehen soll. Die Landarbeiter und

die Dienstboten ließen durch ihre Vertreter völlige Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern verlangen. Mit der Junfermannschen Gabe in der Sozialgesetzgebung soll aufgeräumt werden. Die Vergleute protestierten gegen das Zwergaffenwesen und die vielfach noch vorhandene öffentliche Wahl der Vertreter in der Knappschaft, während die Hausgewerbetreibenden die Zuweisung in die Landklassen ablehnten.

In seinem Schlusswort konnte Genosse Bauer konstatieren, daß mit Ausnahme einer mehr formalen Meinungsverschiedenheit, die das Knappschaftswesen betrifft, unter den Kongreßteilnehmern vollständige Einmütigkeit herrsche. Die vorliegenden Anträge und Resolutionen fanden ohne Widerspruch Annahme. Besonderer Beifall folgte der einstimmigen Annahme der die Stärkung des gewerkschaftlichen Kriegsfonds aus ersparten Krankenkassenbeiträgen fordernden Resolution.

Genosse Regien hob in seinem Schlusswort noch hervor, daß die Aktion zur Bildung dieses Fonds nicht etwa als Demonstration gedacht sei, sondern dem festen Willen entsprungen sei, durch Stärkung der Kriegskasse die Kampffähigkeit der Gewerkschaften zu erhöhen. Nochmals unterstrich er, und zwar unter lebhaftem Beifall der Kongreßteilnehmer, die schon am ersten Verhandlungstage durch Annahme einer Resolution bekundete Solidarität der Gesamtarbeiterschaft mit den Bauarbeitern. Diese kämpften nicht lediglich für ihre besonderen Berufsinteressen, sondern in ganz hervorragendem Maße für die gewerkschaftliche Forderung der Gleichberechtigung! Ein freudiges Bravo löste die Erklärung Regiens aus, der Parteivorstand lasse mitteilen, daß er, von dem gleichen Gedanken getragen wie die Gewerkschaftsvorstände, beschloßen habe, an die Parteimitglieder, die nicht durch gewerkschaftliche Zugehörigkeit zu Zahlungen verpflichtet sind, eine Aufforderung zu erlassen, den Kampf der Bauarbeiter als den ihrigen zu betrachten, den ausgesperrten moralische und materielle Solidarität zu bekunden. Das übrigens keine andere Partei als die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiter vertrete, für des Volkes Wohl kämpfe, das könne man, wie bei jeder anderen Gelegenheit, auch jetzt wieder erkennen.

Im Ausklang seines Schlusswortes konstatierte Regien, daß in der Arbeiterbewegung zwar zwei getrennte Organisationen beständen, die wirtschaftliche und die politische, daß aber die beiden Körper ein Geist, ein Wille beseele, den, dem sozialen Fortschritt zu dienen. Und jubelnd stimmten die Anwesenden ein in das Hoch auf diese Einbeit, auf die Gesamtarbeiterbewegung, und auf die kämpfende Bauarbeiterschaft.

Mit dieser Tagung ist natürlich der Protest der Arbeiterschaft gegen die Rückwärtsreform nicht erledigt. Schon in aller nächster Zeit wird man sich allerorts mit dem Scharfmacherentwurf beschäftigen; aus Tausenden von Versammlungen und Kundgebungen wird der Regierung die Enttarnung des werktätigen Proletariats entgegenhallen. An dieser Protestbewegung werden sich auch die Ortskrankenkassen durch Einberufung besonderer Bezirkskonferenzen beteiligen. Wahrscheinlich werden sie auch noch, vor der zweiten Lesung des Entwurfs, einen Sonderkongress einberufen. Das deutsche Proletariat wird zeigen, daß es sich nicht knebeln läßt, daß es versteht, für seine Interessen zu kämpfen!

## Zwischen Leben und Sterben.

Am Donnerstag wird im Herrenhaus die Entscheidung über den Wahlrechtswechsel fallend. Es gibt Politiker, die das Jammergebüß für so wenig lebensfähig halten, daß es nicht lebend an das Abgeordnetenhaus zurückkommen werde. In der Tat haben ja, wie auch der soeben herausgekommene Bericht der Herrenhauskommission beweist, nicht nur Vertreter der Mittelparteien erklärt, daß sie die Vorlage unmöglich in der von der Kommission beschlossenen Fassung annehmen könnten, sondern auch konservative Mitglieder haben damit gedroht, daß ein Teil der konservativen Partei gegen die Vorlage stimmen werde, wenn nicht mindestens, wie durch die geplante Zweidrittelmehrheit, Garantien gegen eine fernere Weiterentwicklung nach links geschaffen würden.

Es fragt sich also, ob das Herrenhaus die Reform in der ihr von der Kommission verliehenen Fassung akzeptieren wird, sei es auch mit etlichen weiteren unbeträchtlichen Modifikationen, oder ob man das Gesetz überhaupt scheitern lassen wird. Die Regierung selbst hat die Hoffnung offenbar noch nicht aufgegeben. Auch im Plenum wird sicherlich Herr v. Bethmann-Hollweg noch einmal alles aufbieten, um in Sachen der Steuerdrückung Zugeständnisse durchzubringen, die auch von den Nationalliberalen akzeptiert werden können. Als solch erwünschte Konzession an die Nationalliberalen hat ja der Ministerpräsident den Antrag bezeichnet, nach dem in Orten bis zu 20 000 Einwohnern Gemeindeviertelung, in größeren Orten Drittelungsbezirke von 10—20 000 Einwohnern vorgesehen waren. Bekanntlich hat die Kommission beschlossen, daß die Drittelungsbezirke im Maximum 5000 Einwohner umfassen dürfen. Bleibt dieser Beschluß bestehen, so wird sich zwar möglicherweise das Zentrum mit ihm abfinden, dagegen dürften die Nationalliberalen in dieser Vergrößerung der Drittelungsbezirke nur ein so bedeutungsloses Entgegenkommen erblicken, daß sie deshalb ihre bisherige Stellungnahme zu dem Gesetz kaum einer Revision unterziehen würden.

Die Zentrumspresse beschwert sich nun entsetzt über die Haltung des Ministerpräsidenten, der danach trachte, absolut auch die Nationalliberalen für das Gesetz zu gewinnen, obwohl doch die

blauschwarze Majorität zum Zustandekommen der Reform genüge. Diese Taktik Bethmann-Hollwegs bedeute eine schwere Kränkung des Zentrums, das der Ministerpräsident wohl nicht für voll ansehe. Trotzdem auch die agrarische Presse in die Beschwerden des Zentrums mit einstimmt und sich über Bethmann-Hollwegsche Blockgelüste entrüstet, ist doch die Taktik des Ministerpräsidenten offensichtlich nur von dem Bestreben geleitet, mit Hilfe aller größeren bürgerlichen Parteien eine Reform zustande zu bringen, die das reaktionäre Gebäude des preussischen Wahlrechts standfester zu machen geeignet sei. Sagte doch nach dem Bericht auch der Minister des Innern: „Nur wenn die Reform das Ergebnis der Mitarbeit der ausschlaggebenden Parteien sei, würde sie das Dreiklassenwahlrecht, das alte preussische System vor allen Angriffen sichern.“ Die Regierung rechnet also darauf, daß nach Zustandekommen ihrer Wahlreform, an der Zentrum und Nationalliberale mitgewirkt hätten, diese Parteien in absehbarer Zeit auf jeden Versuch einer weiteren Reform verzichten.

Diese Auffassung, so wenig schmeichelhaft sie namentlich für das Zentrum ist, möchte auch vielleicht zutreffen; darin freilich irrt sich die Regierung ganz gewaltig, wenn sie sich einbildet, daß nach Abfindung des Zentrums und der Nationalliberalen die Wahlrechtsbewegung überhaupt eingebüßt sei! So wenig die Wahlrechtsbewegung von diesen Parteien ausging, so wenig wird sie in ihrem Verlaufe von dem Verhalten dieser Parteien abhängig sein: Das wird die Regierung, das werden alle Reaktionen nur zu bald erleben, ganz einerlei, was auch das Schicksal der gegenwärtigen Wahlrechtsvorlage sein möge. Scheitert die ganze Vorlage, so wird der Wahlrechtskampf erst recht mit aller Kraft einsetzen; kommt sie dagegen zustande, so wird sie den weiteren Ansturm gegen die preussische Junfermannsburg auch nicht im geringsten beeinträchtigen! Der Kampf geht weiter, so oder so!

## Die Sanktionierung der amtlichen Wahlbeeinflussungen.

Aus dem Reichstage, 26. April. Die Reichstagsmehrheit hat heute den Beweis, daß für sie Recht vor Recht geht, in einer geradezu verblüffenden Ungerneit geliefert und dabei floh die jetzige Schnapsblockmehrheit mit der ehemaligen Sottentottenblockmehrheit in einander und durcheinander. Es handelte sich um eine Anzahl Wahlprüfungen. Sieben Mandate sollten nach den Anträgen der Wahlprüfungscommission für ungültig erklärt werden. Drei davon waren konservativ, drei nationalliberal und eins war ein Zentrumsmandat. Der Grund für die Sanktionierung der Mandate lag in amtlichen Wahlbeeinflussungen, bei den nationalliberalen Mandaten hatten insbesondere die Kriegervereine als Organe des Regierungswillens eine entscheidende Rolle gespielt. Es stellte sich nun bald heraus, daß eine Art stillschweigenden Uebereinkommens die bedrohten Parteien dazu führte, sich gegenseitig herauszuhauen. Die Kommissionsvertreter redeten lang und breit für die Ungültigkeit einer Wahl, und dann wurden sie bei der Abstimmung von einem Teil ihrer eigenen Fraktionsgenossen im Stich gelassen.

Es war, wie Genosse Fischer mit schneidendem Hohn feststellte, eine Versicherung auf Gegenseitigkeit zur Rettung der Mandate unter Bruch des Rechts. Bei der Rettung der konservativen und der nationalliberalen Mandate war auch ein Teil der Freisinnigen den ehemaligen Blockbrüdern behilflich. Die Unterstützung bei den konservativen Wahlen wurde dem Zentrum von den Konservativen durch die Rettung des Abgeordneten Mayer-Warrkirch vergolten.

Als wesentliche Gesichtspunkte für dieses skandalöse Verfahren plauderte der Abg. Arendt aus, es lohne sich doch kaum mehr, da nächstes Jahr doch allgemeine Neuwahlen bevorstünden, jetzt noch eine Anzahl von Nachwahlen herbeizuführen. So wird's gemacht. Erst werden die Wahlprüfungen solcher offenkundig ungültiger Wahlen jahrelang verschleppt, und wenn das gar nicht mehr geht, sagt man: Nun lohnt sich's nicht mehr!

Das Eingeständnis des biederen Arendt war indes nur ein halbes. Unausgesprochen blieb, wie Fischer ihn nachher unter die Nase rieb, daß die jüngsten Nachwahlen den bürgerlichen Parteien einen Heidenröden in die Glieder gejagt haben. So kennzeichnet sich dieser schändliche Rechtsbruch, bei Licht besehen, als ein Angstprodukt. Parteien, bei denen die Angst vor Neuwahlen das Leitmotiv für ihr politisches Verhalten ist, geben also von vornherein das Spiel verloren. Die Rechnung für die Rettung der 7 werden die Wähler demnächst bei der Wahl der 397 präferieren.

## Zentrumsdemagogie.

In der Budgetkommission ist es am Dienstag so gekommen, wie nach den Rückzugsgedächten vom Montag vorausgesehen war. Der Antrag Erzberger, über den ein paar Tage lang in bürgerlichen Wäldern ein großes Lärmen war, fiel. Nur die Stimmen des Zentrums und der Wirtschaftlichen Vereinigung wurden für ihn abgegeben. Das war nach den Erklärungen des Montags keine Ueberraschung mehr. Weit interessanter und wichtiger ist die Begleitmusik, die die maß-



gebende Zentrumsgruppe dazu macht. Während in der Kommission die Zentrumsstimmen für den Antrag Erzberger abgegeben wurden, legt die „Köln. Volksztg.“ die A b s c h l i e ß u n g des Vaters dieses Antrages unbarmherzig fort. Sie übertrumpft die Schärfe der gestern von uns wiedergegebenen Zentrums-Parlamentärskorrespondenz durch eine Notiz, in der es u. a. heißt:

Allen Ausreden des Abgeordneten Erzberger gegenüber stellen wir kurz folgendes fest: Der Antrag Erzberger hat niemals der Fraktion vorgelegen. Keine Fraktionsstimmung hat sich mit dem Antrag Erzberger beschäftigt. Wahgebende Herren der Fraktion sind mit dem Antrag Erzberger nicht einverstanden und wir waren von autoritativer Seite zu unserer Feststellung in dieser Frage ermächtigt. Alles, was jetzt der Abgeordnete Erzberger mit vielen Worten und großer Entzückung dagegen sagt, sind nichts als Ausflüchte. Das gleiche gilt von dem Vortritt in der Kommission. Nur der allgemeine Gedanke, die Gesellschaften in Südwestafrika zur Tragung der Kriegskosten heranzuziehen, ist einmal in der Fraktion erwähnt und als beachtenswert anerkannt worden. Ihn widersprechen auch wir nicht. Mit seinem Antrag aber hat Abg. Erzberger wieder einmal in seiner Geschäftigkeit die Fraktion vor ein unliebsames fait accompli gestellt. Es ist ein unerträglich Zustand, der in seinen Konsequenzen unübersehbar ist, wenn der Abgeordnete Erzberger auf seine eigene Faust Anträge von solcher Tragweite in der Kommission oder im Plenum stellt, ohne daß die Fraktion als Ganzes darüber gesprochen und abgestimmt hat.

Es wird immer klarer, daß es sich hier um ein Spiel mit verteilten Rollen handelt. Herr Erzberger stellt einen Antrag, der den Kleinbürgerlichen und proletarischen Wählern zeigt, wie tapfer die Zentrumsgruppe den Kolonialkapitalisten und dem Staatssekretär zu Leibe geht. Zentrumsfraktion und -Presse schweigen zunächst und lassen sich einige Tage lang von den Gläubigen in der Rolle der Demokraten und Kapitalistenschöpfer anstaunen. Sobald es aber Ernst wird, erfolgt durch die Presse die Abschüttelung des Antragstellers, da die Parteileitung nicht daran denkt, es mit der Regierung und den Konservativen zu verderben. Mathias Erzberger muß sich vor aller Öffentlichkeit abklopfen lassen, wie ein Schulbube. — Aber er trägt gern die öffentlichen Prügel; weiß er doch, daß er im Geheimen von den hohen Herren der Zentrumsfraktion als ein sehr brauchbares Faktotum für den Wählerfang geschätzt wird.

### Die Sitzung der Budgetkommission.

Die Kommission ist Dienstag, mit der Beratung des Gesetzentwurfes, die Aufwandsausgaben für Südwestafrika betreffend, zu Ende gekommen und hat ihn, wie vorausgesehen war, unter Ablehnung der Erzbergerischen Anträge angenommen. Die Debatte hatte gegenüber dem ersten Tag wesentlich an Schärfe verloren, wenigstens der erste Redner, der nationalliberale Abgeordnete Dr. Arning mit einer für einen Nationalliberalen ziemlich scharfen Kritik unserer Kolonialwirtschaft einsetzte. Arning beschwert sich u. a. darüber, daß der Kommission die wichtigsten Schriftstücke in dieser komplizierten Sache zu spät zugegangen. Seine Fraktionskollege Semler habe gestern eine mißverständliche Äußerung getan; selbstverständlich wollen die Nationalliberalen auch die reichen Leute in den Kolonien zu den Ausgaben heranziehen; seine Fraktion wüßte nicht, daß Leute getroffen werden, die zur Zeit des Aufstandes noch nicht im Lande gewesen seien. Der Redner geht dann näher auf die geschichtliche Entwicklung der Rechte der Deutschen Kolonialgesellschaft in Südwestafrika ein und kommt zu dem Schlusse, daß mindestens das nördlich von Karibib gelegene Gebiet der Kolonialgesellschaft nichts angehe.

Ein Antrag der Konservativen verlangt die Vorlegung eines Gesetzes, durch welches in dem Schutzgebiet Südwestafrika vor Ausbruch des Krieges domizillierte leistungsfähige Personen und Gesellschaften zur Entlastung des deutschen Reiches herangezogen werden.

Staatssekretär Dernburg wendet sich gegen den Antrag. Die Heranziehung der Farmer stehe direkt im Widerspruch zu der Unterstützung von acht Millionen Mark, die sie für den ihnen durch den Krieg verursachten Schaden erhalten haben. Wären die Leute wohlhabend gewesen, so hätten wir ihnen doch sicher keine Unterstützung gegeben. Der sozialdemokratische Antrag sei in den Schutzgebieten nicht durchführbar, weil sich zu viele Steuerpflichtigen der Wertzuwachssteuer entziehen könnten. Das Geld hätten die Leute auf der Bank, die Aktien in Kapstadt, wo der Markt dafür sei; die Kaufleute würden, um arm zu scheinen, ihre Waren in Hamburg länger fahndig bleiben. Der sozialdemokratische Antrag sei aber auch formell nicht durchführbar, weil er eine Vereinbarung voraussetze, also seine Durchführbarkeit von dem Zustandekommen eines anderen Gesetzes abhängig mache.

Erzberger erklärt sich mit dem Verlauf der Verhandlungen sehr befriedigt, wenn auch festsetzt, daß sein Antrag nicht angenommen werde; man habe sich mit diesen Fragen eingehend beschäftigt und das sei schon sehr viel wert. Redner wendet sich dann im Verlauf seiner Rede gegen die Einsetzung eines Schiedsgerichts bei der Auseinandersetzung mit der Kolonialgesellschaft.

Genosse Ledebour betont, daß seine Freunde alles unterstützen würden, was uns der völligen Ablösung der Gesellschaften näher bringe. Durch die eingebrachten Resolutionen werde an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert, weil ihre Annahme die Regierung zu nichts verpflichte. Der Einwand des Staatssekretärs, daß der sozialdemokratische Antrag unannehmbar sei, weil er eine Vereinbarung oder ein anderes Gesetz zur Voraussetzung habe, sei nicht stichhaltig. Mit diesem Antrage werde durchaus kein Robum geschaffen. Redner beweist die Nichtigkeit seiner Auffassung an mehreren Beispielen. Die staatsrechtlichen Belehrungen des Herrn Staatssekretärs seien also sehr verfehlt. Redner empfiehlt die Annahme seines Antrages, der den sofortigen Vorteil bringe, daß die Autorität der Verwaltung gegenüber den Gesellschaften gesteigert werde.

Bei der nun folgenden Abstimmung werden die Anträge Erzberger gegen die Stimmen des Zentrums und des Mitgliedes der Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt; gleichfalls abgelehnt — und zwar nur gegen die Stimmen der Antragsteller — wird der Antrag Ledebour.

Gegen das ganze Gesetz, und daß es rückwirkend mit dem 1. April 1907 in Kraft treten sollte, stimmten nur die Sozialdemokraten.

Einstimmig angenommen wurde der oben erwähnte Antrag der Konservativen; gleichfalls einstimmig angenommen wurde der Antrag Liebert-Semler, daß die Verordnung über die Ausübung des Vergrechts nach der Richtung einer Revision unterzogen wird, daß die Rechte und Pflichten der Schlichter und der Grundeigentümer abgegrenzt und fixiert werden.

Abgelehnt wurde mit knapper Mehrheit ein Antrag Rattmann, daß Landbesitzer und Bergwerksbesitzerberechtigungen nach Anführung des südwestafrikanischen Landesrats nur mit Zustimmung des Bundesrats und Reichstags erteilt werden können, sowie ein Antrag der Freisinnigen, dem Reichstag eine Denkschrift über die Frage vorzulegen, unter welchen

Voraussetzungen und in welchem Umfange ein Schutzgebiet zur Deduktion von Kosten durch direkte Besteuerung heranzuziehen ist, die aus den Reichszuschüssen in diesem Schutzgebiet erwachsen.

Eine Subkommission soll eine Resolution ausarbeiten, in der die Budgetkommission ihre Stellung zu den Verträgen mit der Deutschen Kolonialgesellschaft festlegen wird. Diese Resolution soll in der Mittwochssitzung vorgelegt und beraten werden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. April 1910.

### Höheres Schulwesen.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Dienstag vom Kultusetat die Kapitel Universitäten und Charité-Krankenhaus in Berlin. Zur Annahme gelangte ein Antrag der Budgetkommission, zur besseren Ausstattung der philosophischen Fakultät an der Universität Münster in den nächsten Etat erheblichere Mittel einzustellen.

Hierauf begann die Beratung des Kapitels „Höhere Lehranstalten“. Die konservativ-liberale Koalition zeigte auch bei dieser Gelegenheit wieder ihre Städtefeindschaft. Ihre Redner zogen gegen einen Ministerialerlass zu Felde, der das Verhältnis der Kuratoren der höheren Lehranstalten in den Städten zu den Oberlehrern regelt. Scheinbar nahmen die Redner des Zentrums und der Konservativen nur die Interessen der Oberlehrer war, in Wirklichkeit aber wünschten sie, daß die Städte zwar die Kosten für die höheren Lehranstalten aufzubringen, daß sie aber nichts zu sagen haben. Obwohl sie die Verdienste der Gemeinden anerkennen mußten, erklärten sie sich doch gegen eine Erweiterung der Kuratorien, vor allem dagegen, daß ihnen ein Eingriff in den Betrieb der Schule ermöglicht wird. Auf einem vernünftigen Standpunkt stellte sich der Kultusminister, der dafür eintrat, daß den Städten derjenige Einfluß eingeräumt wird, auf den sie mit vollem Recht Anspruch haben, nachdem sie seit Jahrzehnten ihr Interesse für die höheren Schulen nach jeder Richtung hin betätigt haben.

Die weitere Debatte verlief sich völlig in Einzelheiten. So wurde u. a. die Einteilung staatsbürgerlichen Unterrichts in den höheren Lehranstalten und die Umwandlung der Gymnasien in Reformgymnasien gewünscht. Auch über die sexuelle Aufklärung der Jugend wurden einige Bemerkungen gemacht, die aber kaum der Erwähnung wert sind.

Am Mittwoch soll das Kapitel eventuell unter Jubelannahme einer Abend-sitzung zu Ende beraten werden.

### Zur Reichstagswahlwahl in Friedberg-Wüdingen.

Der Kampf um das durch den Tod des Grafen Oriola erledigte Mandat für den Reichstagswahlkreis Friedberg-Wüdingen (Hessen) begann. Die Parteien nominieren ihre Kandidaten. Gestern fand in Friedberg eine Vertrauensmännerversammlung des Bundes der Landwirte statt, die von Vertretern aus 50 Orten des Reichstagswahlkreises Friedberg-Wüdingen zahlreich besucht war. Der Vorsitzende Dr. Helmolt-Friedberg machte den Vorschlag, als gemeinsamen Kandidaten der bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme der Fortschrittlichen Volkspartei — den früheren nationalliberalen Abgeordneten und Reichstagsabgeordneten Dr. Weder aufzustellen, falls er sich gewissen Bedingungen unterwerfe; besonders dürfe er nicht der nationalliberalen Partei, weder als Mitglied noch als Hospitant, beitreten. Dr. Krüger-Berlin gab eine Erklärung ab, wonach weder der Bund der Landwirte unter keinen Umständen für die Unterstützung einer nationalliberalen Kandidatur zu haben sei. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, daß, im Falle der Kandidatur des Bundes der Landwirte siege, er sich einer bestimmten Fraktion nicht anschließen dürfe. Dr. Weder erklärte sich damit einverstanden.

Zugleich fand eine Vertrauensmännerversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in Hanau statt, die eine Kommission beauftragte, mit der nationalliberalen Partei wegen eines gemeinsamen Vorgehens bei der bevorstehenden Reichstagswahlwahl im Wahlkreis Friedberg-Wüdingen in Verhandlungen zu treten und diese Kommission ermächtigt, selbst einen eigenen Kandidaten aufzustellen, wenn die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnisse nicht führen, oder wenn die Entscheidung der nationalliberalen Partei bis zum 6. Mai nicht vorliegt.

### Eine Hausdurchsuchung.

In den Räumen der Buchhandlung Vorwärts wurde heute durch Polizeibeamte eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Gefahndet wurde nach einer Ansichtspostkarte, die nach der Auffassung der Behörde die Merkmale der §§ 110, 111, 130 und 40 des Strafgesetzbuches enthält. Die Beamten gelangten in den Besitz von 148 Exemplaren dieser staatsgefährlichen Blätter. Neben die Beschlagnahme wurde unserer Buchhandlung folgende im kassischen Polizeideutsch abgefaßte Bescheinigung ausgestellt:

Einhundertachtundvierzig Exemplare Postkarte, darstellend einen Angriff von Deuten in Arbeiterkleidung gegen einen von Bismarck einen Geistlichen und einer anscheinend einen kapitalistischen Darstellenden Zivilperson besetzige Stellung wurden heute gemäß § 110, 111, 130, 40. St. G. B. u. 94 Strafgesetzbuchordnung auf Grund des Beschlusses der A. B. M. Abt. 146 in der Vorwärtsbuchhandlung beschlagnahmt.

Berlin, den 20. IV. 10

(L. S.)

Das Vorgehen der Behörde ist um so überraschender und unverständlicher, als diese Postkarte seit 15 Jahren im Buchhandel vertrieben wird. Das Bild auf der Karte ist einer Reisezeitung des Jahres 1895 entnommen, wegen der seinerzeit gegen den Genossen Glode als Verantwortlichen Anklage erhoben war; die damalige Aktion der Staatsanwaltschaft endete mit einer g l a t t e n F r e i s p r e c h u n g des Genossen Glode.

Um dem anscheinend recht mangelhaften Gedächtnis der hohen Staatsanwaltschaft etwas nachzuhelfen, wollen wir noch einen Passus aus dem Urteil der ersten Strafkammer des kgl. Landgerichts I in Berlin vom 24. Juni 1895 wiedergeben. Es heißt dort:

Dasselbe (daß es sich nicht um Aufreizung zu Gewalttätigkeiten handelt) gilt von dem Mittelbild, welches den siegreichen Kampf der Sozialdemokratie gegen die bestehende Gesellschaftsordnung darstellen soll. Sozialdemokratische Arbeiter sind beschäftigt, mit Spießhaken, Dreieisen und Hammer eine Mauer, die das aus Gesetzen und Verordnungen aufgebaute Volkwerk der heutigen Gesellschaftsordnung versinnbildlicht, zu zerstören, während Vertreter dieser Ordnung (ein Bürger mit dem Weisbad, ein Offizier und ein Geistlicher) abweichend hinter der Mauer stehen. Aber auch nur diese Zerstörung der Mauer zeigt das Bild, nicht etwa auch einen gewalttätigen Angriff auf die Person oder die Sachen der hinter ihr Stehenden; die Staatsanwaltschaft irrt augenscheinlich, wenn sie auf dem Bilde zu sehen glaubt, wie die Arbeiter von einer Barrikade herab Steine gegen den Geistlichen, den Offizier und den Bürger schleudern.

Eine Mauer (im natürlichen Sinne des Wortes) kann freilich nur unter Anwendung körperlicher Gewalt ge-

brochen und niedergelegt werden; aber daraus folgt noch nicht (und ist auch in dem vorliegenden Bilde nicht angedeutet), daß nun auch zur Zerstörung des geistigen Volkwerks, zur Beseitigung angeblich schlechter Gesetze (auf dem Bilde sind „das Untertugendgesetz“, „Klassengesetz“, „Schwarze Liste“, das Gesetz über den „Belagerungszustand“, „Fabrikordnung“ namhaft gemacht) seitens der Arbeiterklasse mit Gewalttätigkeiten gegen Personen oder (materielles) Bestiumt derjenigen Bevölkerungsklassen vorgehen sei, welche dieses Volkwerk zum Schutze der bestehenden Gesellschaftsordnung geschaffen haben oder doch dasselbe aufrecht erhalten wissen wollen. So fehlt es also auch hier an einer Aufreizung der Arbeiterklasse zu Gewalttätigkeiten gegen die ihr entgegenstehenden Bevölkerungsklassen.

Nach dieser im voraus fehlgeschlagenen Aktion der Staatsanwaltschaft wird unsere Buchhandlung sicherlich bald die beschlagnahmten Karten zurückerhalten.

### Die Landtagswahlen in Sachsen-Altenburg.

Die am 14. April vollzogenen Landtagswahlen im Herzogtum Sachsen-Altenburg, über die an dieser Stelle schon kurz berichtet worden ist, beanspruchen über das Land Altenburg hinaus allgemeines Interesse. Nachdem jetzt die Stimmzählungen feststehen, läßt sich die Größe der Niederlage des Bundes der Landwirte erst richtig übersehen. Denn um eine schwere Niederlage des Bundes der Brot- und Fleischwucherer handelt es sich bei diesen Wahlen in erster Linie.

Das Wahlrecht des Landes ist den Agrariern auf den Leib zugeschnitten. 18 Abgeordnete vom flachen Lande stehen nach der Steuerleistung in vier Klassen eingeteilt. Die Agrarier erklären dieses Vierklassensystem von Wahlgesetz als „das beste aller deutschen Wahlgesetze“. Sie wehrten sich heftig gegen jede Aenderung. Mit Ach und Krach fanden sie sich bereit, der Stadt Altenburg für die 2. und 3. Abteilung je ein Mandat mehr zu gewähren.

Seitdem der Bund der Landwirte besteht, hat er in Altenburg das Heft in Händen. Von 30 Abgeordneten waren 17 Mitglieder des Bundes der Landwirte. Daß sie ihre Majorität nach Kräften für ihre Zwecke ausgenutzt haben, versteht sich ohne weiteres.

Die Stütze der agrarischen Macht im Landtage ruhte in den ländlichen Mandaten der dritten Abteilung. Auf deren Eroberung konzentrierte daher die Sozialdemokratie ihre volle Stoßkraft. Der Landesvorstand gab die Parole: „Vernichtung der agrarisch-bürokratischen Mehrheit durch Eroberung der ländlichen Wahlkreise der dritten Abteilung“. Die Fortschrittliche Volkspartei setzte sich das gleiche Ziel und stellte im dritten, vierten und siebenten ländlichen Kreise trotz völliger Ausschließlichkeit ebenfalls Kandidaten auf. Da das altenburgische Wahlgesetz keine Stichwahlen kennt, da einfache Majorität genügt, kamen diese fortschrittlichen Kandidaturen in erster Linie der Sozialdemokratie zu gute. Die reaktionäre Presse lobte denn auch nicht wenig gegen die Fortschrittler und der Reichsverband, der im Lande eine erhebliche Anzahl Zweigstellen hat, wendete sich in erster Linie gegen die Fortschrittler. Da, wo es aber, wie in der Stadt Altenburg, galt, ein zweifelhaftes Mandat gegen die Sozialdemokratie zu erobern, waren Fortschritt und Reichsverband ein Herz und eine Seele. Der sozialdemokratische Landesvorstand bewies bei der Kampfesweise, die hier von den Fortschrittler angewandt wurde, viel politische Objektivität, indem er die parteigenössischen Wähler der 2. Abteilungen aufforderte, für die fortschrittlichen Kandidaten zu stimmen, um die wahlrechtsfeindlichen reaktionären Kandidaten möglicherweise zu Falle zu bringen.

Das Hauptobjekt der Agitation im Wahlkampfe war aber die Reichsfinanzreform. Und da Bund der Landwirte und Reichsfinanzreform untrennbare Dinge sind, wurden sie gleichmäßig behandelt. Die „Altenburger Volkszeitung“ führte einen scharfen unerbittlichen Kampf gegen die verbündeten Mittelständler und Agrarier mit Hilfe der Reichsfinanzreform. Die agrarische „Altenburger Landeszeitung“ rang die Hände zum Himmel über die „wüste sozialdemokratische Heide mit der Reichsfinanzreform, die doch mit den Landesangelegenheiten gar nichts zu tun habe“. Alles drehte sich schließlich nur noch um die Reichsfinanzreform des Schnapsbrotts. Und dem Bund der Landwirte und der Reichsfinanzreform wurde am 14. April das Urteil in Sachsen-Altenburg gesprochen: die Schuldigen an der Reichsfinanzreform, die Brot- und Fleischwucherer, die Agrarier, wurden aufs Haupt geschlagen. Es ist eine der schwersten Niederlagen, die der Bund der Landwirte direkt als solcher jemals erlitten hat, die ihm am 14. April in Sachsen-Altenburg von der Sozialdemokratie zugefügt worden ist. Ein wahres Strafgericht ist an diesem Tage in seiner Hochburg, dem konservativsten Staatswesen, das es in Mitteldeutschland gibt, in Sachsen-Altenburg über ihn niedergegangen. Die Stützen seiner unbeschränkten Macht, die drei ländlichen Wahlkreise, der 3., 4. und 6., sind ihm durch die Sozialdemokratie entziffen worden. Sieben Mann stark zieht die Sozialdemokratie in den neuen Landtag ein. Vier Sitze hat sie erobert und einen ganz außerordentlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. 1907, bei der letzten Landtagswahl, hatte sie 8237 Stimmen erhalten gegen 8689 bürgerliche Stimmen. Am 14. April bereinigte sie auf ihre Kandidaten 11 573 Stimmen, während die Stimmen der Bündler usw. auf 6700 zurückgingen. Die Sozialdemokratie hat also über 4550 Stimmen mehr auf sich vereinigt als die reaktionären Kandidaten. Ganz besonders stark ist das Wachstum der sozialdemokratischen Stimmzählungen auf dem flachen Lande. In den vier ländlichen Wahlkreisen hat sie allein 4300 Stimmen, 1000 mehr als 1907, bekommen. Dieses Wachstum der Stimmzählung berechtigt zu den besten Hoffnungen für die nächste Reichstagswahl.

Wie die Wahl vom 14. April beweist, lobert der Volksgott über die Reichsfinanzreform des Schnapsbrotts noch in unerminderter Stärke fort. Und daß er nicht einschläft, dafür wird gesorgt werden.

### Preussische Kultur.

Die „Danziger Zeitung“ (Nr. 188 vom 23. April 1910) bringt eine Notiz aus Schwetzig folgenden Wortlauts:

„In der Stadtschule wird trotz vieler Beschwerden immer noch in den beiden Kellerräumen Unterricht abgehalten. Es ist kaum glaublich, daß 200 Kinder im jüngsten Schuljahr Unterkunft im Keller finden. Die Eltern der Kinder beschließen, ihre Kinder nicht mehr zur Schule zu schicken und beim Unterrichtsminister Beschwerde zu erheben. Es ist das ein Zustand, wie er kaum zu beschreiben ist.“

Ob der preussische Kultusminister auch nichts dagegen hätte, wenn etwa eine Gymnasialklasse in einem Keller untergebracht wäre?

### Konservative Methoden.

Eine recht eigentümliche Art der Information beliebt die „Konservative Korrespondenz“, die als Manuskript von den vielen konservativen Amts- und Landratsblättern im Lande benutzt wird. So finden wir in der Ausgabe vom 25. d. M. einen für die keine Presse zurechnungsgemessenen Bericht über die Sitzung des preussischen



Abgeordnetenhaus dieser Tage, in dem zwar die ganz nebensächlichen Ausführungen der konservativen Redner sein äußerlich niedergelegt sind, aber vergebens sucht man eine Zeile, in der der Anklage der ungenügenden Arbeit über die Unfreiheit der Willkür Erwähnung geschieht. Kritisch ist auch das Entschieden vom Abgeordnetenhaus in derselben tendenziösen Art zusammengefasst, so daß der gewünschte Eindruck im Lande erzielt wird, als wären die preussischen Kulturzustände so musterhaft, daß selbst das kleine Häuflein der Sozialdemokraten nichts daran auszusetzen hat!

### Eine prompte Bestätigung.

Bei der Interpellation über das Rülheimer Eisenbahnungsglück sagte der Redner unserer Fraktion, Genosse Hengsbach unter anderem:

Auch will ich hier nur streifen, daß an einer anderen Stelle Duisburgs, am sogenannten Schwarzen Weg, schon mehrfach Entgleisungen stattgefunden haben. Es ist das ein Beweis dafür, daß dort etwas nicht in Ordnung ist; aber gesehen ist bisher nichts dagegen!

Jetzt wird aus Duisburg unter dem 25. April gemeldet: „An dem heute früh um 4 Uhr von Oberhausen hier einströmenden Güterzuge sind am Schwarzen Weg die letzten 7 Wagen entgleist und total zertrümmert worden. Das betreffende Gleis ist gesperrt. Der Verkehr geht über Oberhausen-West. Personen sind bei dem Unfall glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Der Materialschaden ist bedeutend.“

Man sieht, wie berechtigt die Kritik unseres Redners war. Wird aber jetzt endlich der Unfallsstand beseitigt werden oder wartet man, bis an jener Stelle erst zahlreiche Menschenleben dem Sparsystem zum Opfer gefallen sind?

### Baden und das Kaligefetz.

Die badische Regierung ist in der Kammer durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Wed interpelliert worden, warum sie es unterlassen hat, in den diesjährigen Etat einen Betrag einzustellen für Schürfungen nach Kali. Leger des Minerals befinden sich im oberen Elsaß und man nimmt an, daß bei der Reichtlichkeit der geologischen Struktur sich auch in Baden das Salz finden wird. Vom Regierungssitz kam eine ausweichende Antwort; insbesondere blieb der Vertreter des Finanzministeriums stumm auf die Frage, ob die Regierung einen etwaigen Kalibergwerksbetrieb in eigene Regie übernehmen werde. Es verlautet aber, die badische Regierung habe deshalb die Forschung nach Kalilagern aufgegeben, um nach dem Zustandekommen des Kaligefetzes eine Privatgesellschaft mit der Ausbeute zu betrauen. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages hat deshalb Montag einen Antrag gestellt, die Schürfungen von Staats wegen vorzunehmen und den Betrieb der vorgefundenen Kalilager in staatlicher Regie zu betreiben.

Am Dienstag hat die Kammer diesen sozialdemokratischen Antrag mit einem Zusatzantrag des Zentrums einstimmig angenommen.

### Wieder ein Grenzzwischenfall.

Die Lektüre des an der russischen Grenze gelegenen Dorfes Powidz, die auf dem dortigen See eine Segelfahrt unternahmen, wurden von dem herrschenden Sturm an das russische Ufer getrieben. Dort sind sie von den Grenzposten verhaftet und abgeführt worden, ohne daß bis jetzt über ihren Verbleib näheres bekannt geworden wäre. Wären die Armen nicht zu ihrem Unglück deutsche Staatsbürger, sondern Engländer oder Franzosen, so würden sich die Kosaken solche Uebergriffe nicht erlauben. Aber der Rücksicht der deutschen Regierung ist die russische ja allzeit gewiß. Gestattet doch die Reichsregierung mit der größten Bereitwilligkeit, daß die russische Polizei in Berlin einen völlig organisierten Polizeidienst unterhält.

### Frankreich.

#### Die Wahlen.

Paris, 26. April. (Privatbesuche des „Vorwärts“.) Die französische Sozialdemokratie hat die erste Million überschritten. Während sie im Jahre 1906 etwas über 800 000 Wähler zählte, brachte sie diesmal ungefähr 1 010 000 Stimmen auf. Zu dem vorläufigen Gewinn von drei Mandaten kommt also noch die ansehnliche Stimmenzunahme. Im ganzen haben 817 000 Wähler gestimmt. Die gemäßigten Republikaner haben über 300 000, die Konservativen über 700 000 Stimmen verloren. Die Linkrepublikaner und Radikalen aller Schattierungen gewannen dagegen 1906 über 440 000 Stimmen.

#### Delcassé und Dubief.

Paris, 26. April. Delcassé wurde in Poiz für gewählt erklärt, da er eine absolute Mehrheit von 167 Stimmen erhalten hat. Die Parteigegner protestierten gegen die Wahl, weil an verschiedenen Orten des Wahlkreises Stimmzettel entwendet und verbrannt worden sind. Die Wahlprüfungskommission entscheidet übermorgen. Der frühere Minister des Inneren Dubief, Vorsitzender der radikal- und radikalsozialistischen Gruppe, hat seine Kandidatur zurückgezogen. Er erzielte 6094 Stimmen, während sein Gegner, der radikale Sozialist Simonet 6144 Stimmen erhielt.

#### Wahlstrawale.

Chambon-Fegerolles, 25. April. Die Erregung unter der Bevölkerung dauert an. Heute wurden vier Personen unter der Anschuldigung, Schüsse auf die Gendarmen abgegeben zu haben, verhaftet und ebenso ein junger Mann, der sich seiner Festnahme widersetzt. Zwei Schwadronen Dragoner und 80 Gendarmen befinden sich bereits im Orte, ein Bataillon Infanterie wird noch erwartet.

### England.

#### Annahme des Budgets.

London, 25. April. Das Unterhaus nahm heute die zweite Lesung des Finanzgesetzes mit 328 gegen 242 Stimmen an. Die irischen Nationalisten stimmten mit der Regierungspartei, die D'Orienisten mit der Opposition. Im Laufe der Debatte erklärte Schatzkanzler Lloyd George, daß seit der ersten Einbringung des Budgets der Handel zugenommen und die Beschäftigungslosigkeit abgenommen habe; er sei der festen Überzeugung, daß das Land sich auf dem Wege zu einem geschäftlichen Aufschwung befinde, wie es einen solchen früher selten erlebt habe.

#### Eine Agitationsrede Balfours.

London, 28. April. Balfour hielt heute auf der Jahresversammlung der Primrose-Liga in der Albert-Halle eine Rede, in der er erklärte, daß das Land von einer Revolution (!) bedroht sei, die den Keim zu zahllosen weiteren Revolutionen in sich trage. Wenn aber die Primrose-Liga ihre Pflicht täte, so würde die drohende Revolution wie frühere Versuche, die Verfassung umzustürzen, mißlingen.

### Dänemark.

#### Die Wahlakt der Sozialdemokratie Dänemarks.

Am Donnerstag hielt die Sozialdemokratie Dänemarks in Kopenhagen einen außerordentlichen Parteitag ab, um über die Taktik bei den bevorstehenden Folkethingswahlen zu beschließen. Es waren 814 Delegierte, die 229 Parteivereine mit 43 608 Mitgliedern repräsentierten, sowie 51 Vertreter des

Hauptvorstandes anwesend. Der Parteivorstand hat es für notwendig erachtet, die höchste Autorität der Partei zusammen zu berufen, damit der weittragende Beschluß, der hier gefaßt werden soll, zum Beschluß der ganzen Partei wird. Die Regierung, die wir jetzt haben, hat sich Aufgaben gestellt, an denen wir Sozialdemokraten stark interessiert sind, wie: ein gerechtes Wahlrechtgesetz, eine Verfassungsänderung im Geiste des Grundgesetzes von 1849, eine starke Herabsetzung der Militärausgaben und Reinlichkeit in allen öffentlichen Angelegenheiten. Das sind nicht allein Aufgaben der Radikalen, sondern auch unsere eigenen. Wie wir die Regierung bisher unterstützt haben, so werden wir das um unserer selbst willen auch tun, wenn die Wähler am 20. Mai ihr entscheidendes Wort sagen sollen. In diesem Zuge müssen wir neue Wählermassen zum Kampf führen gegen den Militarismus, gegen das privilegierte Wahlrecht und gegen das Landsting. — Der Redner empfahl sodann folgenden Vorschlag des Hauptvorstandes der Partei:

„Die Reichstagspolitik des verflochtenen Winters hat drei bedeutungsvolle Angelegenheiten — die Militärfrage, die Wahlrechtsreform und die Verfassungsänderung — in den Vordergrund gebracht, und aber gleichzeitig gezeigt, daß diese Fragen nicht ohne Kampf gelöst werden können. Inzwischen hat die gegenwärtige Regierung eine Haltung eingenommen, die die Möglichkeit gibt zu einem wirkungsvollen Kampf gegen den Militarismus und gegen das privilegierte Landstingwahlrecht, und darum muß es als im hohen Grade zweckmäßig angesehen werden, eine Folkethingsmehrheit zur Stütze für diese Regierung zu schaffen. Mit Rücksicht auf diese Situation beschließt der Kongreß der Sozialdemokratie, daß bei den bevorstehenden Folkethingswahlen Wahlbündnisse mit der radikalen Linken in der Weise geschlossen werden können, daß die Wahlen als Stichwahlen betrachtet werden, bei denen diejenigen Kandidaten der zwei Parteien — Sozialdemokraten und Radikale — die die niedrigste Stimmenzahl bei den Wahlen von 1908 hatten, zurückgezogen werden, wie denn auch Gegenkandidaten von den zwei Parteien in den Kreisen, die sie zurzeit besitzen, nicht aufgestellt werden.“

Der Redner bemerkte zum Schluß, daß nach der Neuwahl des Folkethings der Kampf mit dem Landsting beginnt. Es ist erhebend für uns Sozialdemokraten, sagte er, daß wir endlich dazu kommen, mit dem Landsting abzurechnen, mit dieser volksfeindlichen, habsüchtigen Heberlieferung aus einer Zeit, wo der Krieg gerade das Land verheert hatte.

Der Vorschlag des Hauptvorstandes rief eine rege und lebhaft Debatt hervor. Ein Teil der Redner, wie die Genossen Wiggo Christensen, Gerson Eriksen und andere, verlangten entschieden, daß die Sozialdemokratie den Kampf allein ausfechten solle. Nur dadurch komme die dänische Partei in Uebereinstimmung mit der internationalen Sozialdemokratie, sagte der Genosse Eriksen. Andere Redner traten ebenso entschieden für das Wahlbündnis mit den Radikalen ein. Die Abstimmung ergab die Annahme der Resolution des Hauptvorstandes mit 316 gegen 88 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen.

Auf Grund dieses Beschlusses stellt die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Wahlen Kandidaten in 55 Kreisen auf.

Sodann beschloß der Parteitag ein Manifest an die Wähler. Darin wird die politische Situation geschildert; es wird hervorgehoben, daß das Ziel der Sozialdemokratie auf militärischem Gebiet die Abrüstung, auf ökonomischem Gebiete der Uebergang der Produktionsmittel in das gemeinsame Eigentum des Volkes ist; daß diese Ziele erst erreicht werden können, wenn die Sozialdemokratie die Mehrheit erlangt hat, daß sie aber jetzt schon daran interessiert ist, zusammen mit anderen Widerheiten eine Mehrheit zustande zu bringen, die alles Festungswesen beseitigen, die Militärausgaben ernsthaft reduzieren, das Volk von neuen drückenden Lasten freimachen, eine Reihe sozialer Reformen durchzuführen und die Verfassung des Landes auf dem gleichen allgemeinen Wahlrecht aufbauen kann. Zum Schluß des Manifestes heißt es:

„Die Arbeiterklasse hat sich organisiert, der Händlerstand (Kleinbauern) organisiert sich ebenfalls. Zusammen sind sie die Mehrheit des Volkes. Zusammen mit den freigesetzten und fortschrittlichen Männern und Frauen anderer Gesellschaftsschichten kann die arbeitende Klasse in den Städten und auf dem Lande bei dieser Wahl einen Wählerhaufen zusammenbringen, das die Sache der Demokratie zu vollem Siege führen will und darf und kann. Im Vertrauen auf den demokratischen Willen und die Kraft des dänischen Volkes gehen wir zur Wahl unter der Losung:

Nieder mit der Festung! Nieder mit den Militärausgaben! Nieder mit dem privilegierten Wahlrecht! Hoch die Selbstverwaltung des Volkes und die Verbrüderung der Völker!“

Wir verkennen nicht, daß unsere dänische Bruderpartei sich in einer außergewöhnlichen und schwierigen Situation befindet, und wollen nur hoffen, daß die Selbstverleugung, die dieses sehr weitgehende Wahlkompromiß der Partei auferlegt, die gewünschte Wirkung habe und der Partei für die Zukunft umso mehr Gelegenheit geben wird, den Klassenkampf in aller Schärfe zu führen.

### Türkei.

#### Der Aufstand in Albanien.

Die Situation wird für die türkischen Truppen immer unbehaglicher. Im türkischen Lager herrscht Zwietracht zwischen den Befehlshabern. Man hat zudem offenbar die Stimmung der Albanesen falsch beurteilt und deshalb eine zu kleine Truppenmacht angesammelt. So konnten sich die Albanesen des Passes von Katschank bemächtigen, durch den die Bahn Uesküb-Mitrowika geht und den Türken diese wichtige Bahnverbindung abschneiden. Ueber die letzten Kämpfe wird aus Belgrad telegraphiert:

8000 Albanesen unternahmen auf die türkischen Truppen einen Angriff. Letztere bestanden aus 15 Bataillonen Infanterie, wenig Kavallerie, 10 Geschützen, 8 Maschinengewehren und standen unter dem Befehl Dourgou Katschak. Bei dem Kampfe, der in der Nähe des Passes Brelo Tzernoljewa stattfand, wurde der rechte türkische Flügel zurückgeschlagen. Das Zentrum der Truppen ist bemüht sich durch die feindlichen Linien nach Prigrend durchzuschlagen, jedoch erfolglos. Nach blutigem achtstündigen Kampfe flüchteten die türkischen Truppen nach Biplano. Auf beiden Seiten gab es große Verluste. Die Verwundeten wurden nach Beratowitz gebracht. Am selben Tage wurde türkisches Militär in der Nähe von Priskatina und Djalowika von Albanesen angegriffen. Drei türkische Bataillone wurden von etwa 5000 Albanesen eingeschlossen. Die türkischen Truppen sind von Uesküb abgetrennt, wo große Panik herrscht.

#### Neue Kämpfe.

Saloniki, 26. April. Der Bahnverkehr zwischen Uesküb und Mitrowika ist heute durch die Rebellen unterbrochen worden. Nach den vorliegenden spärlichen Meldungen finden zwischen Katschank und Beratowitz Kämpfe zwischen Truppen und Albanesen statt. Godana, Katschka und Zorke seien bombardiert worden. Seit 9 Ubr vormittags werde auch bei Welopolje in der Richtung auf Ipele gekämpft. Beide Gegner hätten erhebliche Verluste erlitten.

### Amerika.

#### Für den Schutz Zoll.

Saint Louis, 26. April. Vizepräsident Sherman hielt vor der Industrievereinigung eine Rede, in der er den neuen Tarif warm verteidigte. Die Schutzollpolitik werde von Amerika niemals aufgegeben werden. Das neue Gesetz werde das Defizit wahrscheinlich im ersten Jahre verschwinden lassen. Andererseits wäre die Einfuhr der letzten acht Monate diejenige der entsprechenden Zeit im Vorjahre um mehr als 200 Millionen Dollar. Kein Fehlert der eingeführten Waren können in Amerika hergestellt werden. Wenn die Tarifrage noch einmal wieder aufleben sollte, würde es vielleicht für notwendig befunden werden, die Einfuhrzölle in einigen Punkten noch zu erhöhen.

### Aus der Partei.

#### Zur Raifeier.

In Dortmund wurde eine Versammlung unter freiem Himmel an der Hobergstraße genehmigt, dagegen die Genehmigung für einen Umzug verweigert. Das Verbot begründet der Oberbürgermeister wie folgt:

„Die Genehmigung zu dem Umzuge wird verweigert, weil einerseits zurzeit ein außerst gespanntes Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern infolge einer ungewöhnlich großen Ausperrung herrscht und weil andererseits die Raifeier-Demonstration, die an sich eine Auflehnung gegen die heutige staatliche und wirtschaftliche Ordnung darstellt, in diesem Jahre mit Wahlrechtsdemonstrationen nicht nur zeitlich zusammenfällt, sondern auch aus Parteikreisen als nächste Kundgebung im Wahlrechtskampfe bezeichnet ist. Demgemäß ist auch mit Rücksicht auf die tatsächlichen Vorkommnisse in verschiedenen Orten bei Gelegenheit der beabsichtigten Erziehung von Umzügen ohne Erlaubnis gelegentlich der letzten Straßendemonstrationen die Annahme berechtigt, daß gerade unter den hier obwaltenden Umständen mit einer unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung gerechnet werden muß.“

Das schon gemeldete Verbot des Umzugs in Bochum ist also begründet:

„Der Umzug soll, wie aus der Nummer 92 des „Vollblattes“ hervorgeht, eine Demonstration sein nicht nur für die Bestrebungen, die in der „Raifeier“ ihren Ausdruck finden, sondern es soll zugleich, und zwar auf der Straße, demonstriert werden gegen die Ausperrung der Bauarbeiter, die allgemeine wirtschaftliche Krisis, eine Enttötung der Arbeiter auf dem Gebiete der Sozialversicherung und Verhinderung politischer Rechte“ sowie gegen „eine blutige Polizeiwirtschaft gegenüber friedlichen Wahlrechtsdemonstranten, Inkriminierung und Verurteilung der beleidigten und mißhandelten Bürger auf Grund der Ausfögen der schuldigen Polizeibeamten.“

Mit Rücksicht darauf, daß eine derartige Kundgebung geeignet ist, in den der Sozialdemokratie abgeneigten Kreisen der Bevölkerung Unruhe, Erregung und Erbitterung hervorzurufen, sowie daß durch sie diejenigen Elemente, welche bei den in Bochum am 6. März 1910 stattgefundenen Wahlrechtsdemonstrationen die öffentliche Ruhe und Ordnung durch ihr strafbares Verhalten gestört haben, zu neuen und schwereren Ausföhrungen angereizt würden, ist die Verhängung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit tatsächlich begründet.

So viel Umstände hat sich der Polizeileiter von Essen nicht gemacht. Er resolviert kurz, daß das Verbot erfolgen muß, weil, abgesehen von der Störung der Verkehrsverhältnisse, zu befürchten ist, daß bei der Tendenz der Veranstaltung in Verbindung mit der zu erwartenden starken Teilnehmerzahl Beunruhigung und Erregung in die Bevölkerung getragen und daher Gefahr für die öffentliche Sicherheit begründet wird.“

Der Polizeipräsident von Frankfurt a. M. verbot den Umzug, weil es sich um einen Aufzug aus Anlaß der Begehung des sogenannten sozialdemokratischen „Weltfeiertages“ handelt, der sich als eine Kundgebung gegen die bestehende staatliche und wirtschaftliche Ordnung darstellt und als solcher von vornherein einen demonstrativen Charakter trägt. Derartige Kundgebungen sind geeignet, auf weitere Kreise der Bevölkerung beunruhigend und aufreizend zu wirken. Nach den bisherigen tatsächlichen Erfahrungen hier ist die Annahme weiterer gerechtfertigt, daß die Möglichkeit von Ausschreitungen seitens der Teilnehmer nahe liegt, und somit die Befürchtung der Gefahr für die öffentliche Sicherheit von vornherein begründet erscheint.“ Außerdem glaubt der Polizeipräsident die allgemeine Verkehrssicherheit gefährdet.

Eine Demonstrationenversammlung unter freiem Himmel, die die Städte Solingen, Wald, Ohligs, Gräfrath und Hückel (oberer Kreis Solingen) gemeinsam veranstalten, hat die Genehmigung des Landrats in Solingen gefunden. Die Versammlung findet auf einem großen Bauernrain in der Nähe von Solingen statt. Der Landrat machte die Genehmigung davon abhängig, daß die Partei ihre eigene Polizei (Ordnung) stellt. Vom Versammlungsorte aus marschieren die Teilnehmer in die einzelnen Orte zurück, wo dann die eigentliche Raifeier stattfindet.

#### Gemeindefesttag.

In Thale a. Harz siegte in der Stichwahl der sozialdemokratische Kandidat mit 613 gegen 390 Stimmen für den bürgerlichen Kandidaten.

#### Parteiliteratur.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschien soeben:

Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der sozialdemokratischen Partei Preußens. Abgehalten zu Berlin vom 3. bis 6. Januar 1910. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 1,20 M. Auf bestem Papier 2 M. Die Verhandlungen des Parteitag sind für jeden Politiker von größtem Interesse, besonders die Verhandlungsgegenstände: Die Wahlrechtsfrage in Preußen. — Die Verwaltung Preußens. — Das Kommunalprogramm in Preußen.

Biblische Geschichten. Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion von Max Maurenbrecher. Heft 8 behandelt die Auserkennungsgeschichten.

Das ganze Werk ist nunmehr auch in einem Band erschienen, enthaltend alle 10 Hefte der Biblischen Geschichten und zwar: Schöpfungsgeschichten — Sündflutgeschichten — Erzbätergeschichten — Nohegeschichten — Das sogenannte Gesetz des Mose — Die Propheten (Skizze der Entwicklung der israelitischen Religion) — Die Entstehung des Judentums — Auserkennungsgeschichten — Welterkennungsgeschichten — Der geschichtliche Jesus. Preis broschiert 6 M., gebunden 7,50 M. Jedes der angeführten Kapitel ist in sich abgeschlossen und einzeln zum Preise von je 1 M., Vollausgabe 40 M., zu beziehen.

### Jugendbewegung.

#### Die Mainummer der „Arbeiter-Jugend“.

Die soeben erschienene Nr. 9 der „Arbeiter-Jugend“ hat folgenden Inhalt:

Der Mai ist da! Von Jürgen Brand. — Aus meiner Kindheit. Von Otto Krille. — Die politischen Parteien. Liberale Wandlungen. Die Nationalliberalen. (Schluß.) — Heinrich Heine in seinen Prosakriften (Mit zwei Bildern.) Von Rich. Wagner. — Die Redewesen unter dem Mikroskop. (Illustriert.) Von S. Pruder. — Aus der Jugendbewegung. — Von den Gegnern. — Des Reformers Lebenschronik usw.

Beilage. Der Mai geht durch die Lande. Von Erich Schilling. — Malenweise. Gedicht von Ludwig Lessen. — Ein erster Mai. Reifeerinnerungen von Kerstin Wand. — Wie Eben Hebin in Tibet entdeckt wurde. (Illustriert.) — Frühlingsmorgen. Gedicht von Emma Dölg. — Redensarten. Von A. Franz. — Cäsar. Erzählung von Karl A. Meyer. II. a. m.



# Gewerkschaftliches.

## Auch du, Brutus?

Im „Regulator“, dem Blatt der Hirsch-Dunderschen Metallarbeiter, wurde unlängst der Erkelenz abgetanzelt, weil dieser geschrieben hatte, Neutralität sei Unsinn, die Hirsch-Dunderschen müßten bewußt die liberalen Parteien stärken, andere Parteien kämen nicht in Betracht. Der „Regulator“ legte bei der Abkündigung ein erneutes Bekenntnis ab zur fittenstrengen, unentwegten parteipolitischen Neutralität der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Der „Vorwärts“ hat schon eine Notiz aus Raumanns „Hilfe“ erwähnt, worin Erkelenz assistiert wurde. Die „Hilfe“ schrieb:

„Darum sollten sie (die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften) fest entschlossen in die Hand der fortschrittlichen Volkspartei einschlagen und mit ihr so fest verbunden zusammenarbeiten wie die christlichen Gewerkschaften mit dem Zentrum und die freien Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie zusammengehen.“

Der „Regulator“ drückt diese Stelle aus der „Hilfe“ nachträglich auch ab und meint dazu:

„Wo ist denn die Hand der fortschrittlichen Volkspartei und was hat sie für die Gewerkschaften in der Hand?“  
 Schau, Schau! Das ist also die „prinzipielle“ Neutralität des „Regulators“! Er ist wie eine spröde Schöne so lange unzugänglich, bis sich nicht eine „geeignete“ „gut bürgerliche Partei“ findet, die den Lebens- und Leidensgang fortan gemeinschaftlich mit den Hirschen machen will. Was die unentwegt freisinnigen für die Arbeiter „in der Hand“ haben, dafür gibt unter anderem der bekannte liberale Jalousiefabrikant Freese einen Hinweis in seinem neuen Buche: „Die konstitutionelle Fabrik“, das ja gerade den „Regulator“ in ekstatisches Entzücken versetzt hat. Freese schildert eingangs seines Buches, wie früher in der Fabrik seines Vaters Veränderungen der Arbeitsbedingungen vom Unternehmer einfach dekretiert worden seien:

„Die Arbeiterschaft fand eines Tages am schwarzen Brett neue Vorschriften, die meist Verschärfungen der bisherigen nach Ansicht des Arbeitgebers nicht genügend beachteten Bestimmungen enthielt. Einwendungen, die gegen den Inhalt der neuen Fabrikordnung erhoben wurden, waren mit dem Hinweis beantwortet worden, daß die Vorschriften nötig seien. Es war mir bei diesem Verfahren allerdings aufgefallen, wie sehr es im Widerspruch stand zu den Forderungen, die ich selbst als junger, der bürgerlichen Sitten angehörender Politiker im Vereinsleben mit Eifer vertreten hatte. Ich war, als ich mich gelegentlich zu einem politischen Freunde darüber äußerte, lächelnd dahin aufgeklärt worden, daß es in den Fabriken sehr einflußreicher, ebenfalls meiner Richtung angehöriger Parteiführer nicht anders aussähe. Geschäft und Politik seien zweierlei.“

Der „politische Freund“ kannte seine freisinnigen Pappentheimer genau. In der Neutralitätsfrage weiß bei den Hirsch-Dunderschen, wie einer ihrer Anhänger bemerkte, niemand mehr, wer Koch und wer Kellerer ist:

„Rechter Hand, linker Hand,  
 Beides verkauft,  
 Straße, ich merk' es wohl,  
 Du bist verkauft.“

## Berlin und Umgegend.

### Zum Friedensschluß im Berliner Baugewerbe.

In welcher Weise seitens der Scharfmacher im Baugewerbe gearbeitet wurde, haben wir schon gelegentlich gekennzeichnet. Heute ist uns ein Schreiben des Vorstandes vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zugegangen, welches unterm 19. April in Berlin versandt wurde. Es hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Kollege!

Wir unterrichten Sie von dem erfreulichen Resultat, daß alle dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe angeschlossenen Verbände mit ganz wenig Ausnahmen gestern die Geschäfte haben schließen lassen. Bisher sind noch den uns zugegangenen Nachrichten bereits rund 200 000 Bauarbeiter ausgesperrt. Trotz dieses nahezu einmütigen Eintretens des deutschen Baugewerbes für die Dresdener Beschlüsse verheßen wir uns nicht, daß der Kampf außerordentlich in die Länge gezogen werden wird, wenn sich Berlin absondert. Gerade die Haltung des großen Berliner Verbandes wird voraussichtlich von erheblichem Einflusse darauf sein, ob die deutschen Bauarbeitgeber ihre gerechten Forderungen durchsetzen können.

Wir bitten deshalb und auch mit Rücksicht darauf, daß die jegliche Erbitterung der gesamten deutschen Arbeitgebererschaft gegen den Berliner Verband im Interesse des Bundes baldigst wieder verschwinden möge, die Berliner Kollegen ergehen, darauf hinzuwirken, daß sich ihr Verband doch noch den Schritten des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe anschließt. Wenn sich bisher eine Wehrheit hierzu auch nicht gefunden hat, so führt doch vielleicht der erste Hinweis zu einer solchen, daß jeder, der sich der Aussperrung nicht anschließt und weiter arbeiten läßt, die Macht der Gewerkschaften stärkt.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

B. Felisch, O. Enke, E. Wehren.

Man sieht, die Herren haben alle Mienen springen lassen. Vergeblich!

An der Abstimmung über den Schiedspruch haben sich vom Maurerverband 3448 Mitglieder beteiligt. Davon stimmten dafür 2040, dagegen 1388, ungültig waren 48. Somit ist für die Maurer der Schiedspruch endgültig angenommen.

Die Schuhmacher haben am Montag den einzelnen Meistern ihren Lohnzettel vorgelegt. In Ausführung der Beschlüsse, die in den Versammlungen am Montag vormittag in Berlin, Charlottenburg, Stöglitz, Groß-Fließersfelde und Schöneberg gefaßt wurden, gingen die Gehilfen energisch vor, um ihre Forderungen durchzusetzen. Wo die Meister die Anerkennung des Tarifs durch ihre Unterschrift verweigerten, da drohten die Gehilfen mit der sofortigen Niederlegung der Arbeit. Es handelt sich hauptsächlich um eine Regelung der Verhältnisse in den zahlreichen kleinen Werkstätten, den Besohlanstalten, wo die Ausbeutung der Arbeiter noch vielfach nach Belieben getrieben wird. Etwa 1000 Werkstätten kommen in Frage. Viele Meister bewilligten die vorgelegten Tarifsätze sofort, viele weigerten sich aber und zahlreiche kleine Streiks wurden gemeldet. In diesen Fällen fanden Verhandlungen statt, die zu einem guten Ende geführt wurden. Zahlreiche Unterschriften sind beim Verbandsbüro eingelaufen, die ganze Bewegung hat zur Zufriedenheit der organisierten Arbeiter eingeleitet. Für den Arbeitsnachweis und zur Kontrolle für die Streikenden sind zwei Stellen eingerichtet, das Verbandsbüro, Plankenfeldestraße 10, und Bülowstraße 58.

Das Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Verband abgesehen vom roten Plakat mit dem Ausdruck: „Hier sind die Forderungen der Schuhmachergehilfen bewilligt“, herausgegeben hat, die in allen Werkstätten zu finden sind, wo der Tarif anerkannt worden ist. Das Publikum hat dadurch die beste Gelegenheit, den Schuhmachern, die um eine kleine Verbesserung ihrer Lage kämpfen, beizustehen.

## Streikzettel in Wilmersdorf.

Mehrere Arbeiter schwer verletzt.

„Exzesse zwischen Streikenden und Arbeitswilligen“, „Erste Ausschreitungen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen.“ Unter diesen und ähnlichen sensationellen Überschriften gibt die bürgerliche Presse durchaus lügenhafte Berichte über angebliche Uebervälle von streikenden Leitergerüstbauern auf Streikbrecher wieder. Die Streikenden sollen einen Gerüsttransport überfallen, die Pferde durch Messerstiche verletzt, die Streikbrecher selbst mit Steinen bombardiert und aus Revolvern beschossen haben. Der Rutscher Müller, der Gerüstbauer Rosca und der Maurer Gersdorf sollen dabei schwer verletzt sein.

Die Sache hat sich gerade umgekehrt zugetragen, als sie in der Sensationspresse dargestellt wird. Nicht die Streikenden haben geschossen, sondern die Arbeitswilligen. Einer der Haupttäter war der arbeitswillige Leitergerüstbauer Rosca. Als Streikende den Versuch machten, den Mann auf das Verwerfliche seiner Handlungsweise aufmerksam zu machen, zog er einen Revolver und versuchte, damit zu schießen. Runmehr sprangen die Streikenden hinzu, entwandten ihm die Waffe und verdrängten ihm die Portion Prügel, die seinem Revolverhelben gebührt. Dabei mag auch sein Begleiter Müller, der ihm Hilfe leistete, etwas abbekommen haben. Rosca hätte das schlimmste Unheil anrichten können, wenn nicht die Herren Unternehmer ihre Streikbrecher mit ebenso schlechten Revolvern ausgerüstet hätten, wie sie ehelichen Arbeitern schlechte Löhne zahlen. Der Revolver enthielt u. a. eine abgeschossene Patronen und drei vom Hahn eingedrückte, aber nicht zur Explosion gebrachte. Daneben noch völlig unberührte Patronen. Die Streikenden haben weder mit Steinen geworfen, noch mit Revolvern geschossen. Der angeschossene und völlig unbeteiligte Maurer ist entweder von Streikbrechern oder gar von Schuppleuten angeschossen worden.

Daß die Streikenden nicht geschossen haben können, weiß niemand besser als die Polizei! Diese verhaftet andauernd die Streikposten, hält sie in Gewahrsam und unterwirft sie einer gründlichen Visitation. Während aber die Streikbrechergesellschaft mit Revolvern ausgerüstet ist und damit in geradezu verbrecherischer Weise hantiert, hat man bisher noch bei keinem der Streikposten eine Waffe finden können, einfach, weil die Leute keine Waffen haben. Die bürgerlichen Journalisten aber lassen diese waffenlosen Leute mit Revolvern schießen, in asphaltierten Straßen mit Pfastersteinen und im Tiergarten mit Ziegeln werfen. Die Presse aber nimmt diesen Schmutz ihre Tatzarennachrichten unbesehen ab.

Und die Polizei geht nicht gegen die gemeingefährlichen Revolverhelden, sondern gegen die Streikposten!

Wie uns gemeldet wird, sollen auf dem Arndtschen Lagerplatz in Wilmersdorf an 150 Schuppleute stationiert sein. Ueber die Umgegend der Firma Altmann, Charlottenburg, Spandauer Str. 20, scheint der Belagerungszustand verhängt zu sein. Keiner der Streikenden darf sich dort sehen lassen, wenn er nicht sistiert werden will. Ja, selbst harmlose Passanten und sogar Frauen laufen Gefahr, mit den Polizeiorganen in Konflikt zu kommen. Eine Frau wurde sistiert, ohne daß irgendein Grund zur Festnahme vorlag. Der hier in Frage kommende Beamte hat dieser Frau sogar Prügel an. Alle diese Maßnahmen richten sich gegen Arbeiter, die für ihre gefährvolle Arbeit gerechten Lohn verlangen. Die Streikenden denken trotzdem auszuhalten und sind guten Muts.

Achtung, Steinarbeiter! Wegen Nichtanerkennung des Tarifes ist die Firma H. Stoevesandt Nachf., Inhaber Aug. Schneider, Bergmannstraße 60 (Grabsteingeschäft) für Schrifthauer und Steinmetzen gesperrt.

Zentralverband der Steinarbeiter, Zahlstelle Berlin.

## Deutsches Reich.

Vertragsbruch. Der mit den Zimmermeistern in Solingen im vorigen Jahre abgeschlossene Tarif der Zimmerergesellen sollte Gültigkeit bis zum 31. März 1911 haben. Es war ein Stundenlohn von 65 Pf. vorgesehen. Diesen Vertrag haben die Meister jetzt gekündigt und den Gesellen einen geringeren Lohn geboten. Als diese auf das Angebot nicht eingingen und auf der Erfüllung der alten Abmachungen beharrten, wurden sie ausgesperrt.

Der Streik der Schmiede in Halberstadt in der Maschinenfabrik von Dehne hat größere Ausdehnung angenommen. Auch die Metallarbeiter und Holzarbeiter des Betriebes haben die Arbeit niedergelegt, so daß der Betrieb nur notdürftig aufrecht erhalten werden kann. Die Firma weigert sich nach wie vor hartnäckig, die Mahregelung einiger Schmiede — die Ursache des Streiks — rückgängig zu machen.

Aussperrung im Dachdeckerberuf. In Dortmund wurden sämtliche Dachdeckergehilfen bis auf acht ausgesperrt. Die Aussperrung erstreckt sich auch auf das übrige Vertragsgebiet.

In den Streik getreten sind in Dortmund bei fünf Unternehmen die Fensterputzer. Die Streikenden hatten Lohnforderungen gestellt, die brüskl zurückgewiesen wurden. Auch lehnten die Unternehmer jegliche Verhandlung ab. Zugang ist fernzuhalten.

Achtung, Textilarbeiter! In der mechanischen Weberei von Neuburger in Salach (Württemberg) haben die Weber und Weberinnen die Kündigung eingereicht. Zugang ist fernzuhalten.

Sämtliche Arbeiter der drei Möbelfabriken Glücker, Ziegler und Ehrhardt in Darmstadt haben die Arbeit eingestellt. Der Kommerzienrat Glücker bildet schon seit Jahren die Scharfmacherrichtung bei den Holzindustriellen in Darmstadt und hat es auch verstanden, daß seinerzeit der Leipziger Schiedspruch von den Arbeitgebern abgelehnt wurde. Nachdem die Krise auch in Darmstadt überhanden, erinnerten die Arbeiter an ihre früheren Wünsche und fanden bei der Firma Alieer sowohl wie bei der „Darmstädter Möbelfabrik A.-G.“ auch Entgegenkommen, so daß mit diesen beiden Hauptfirmen Verträge abgeschlossen werden konnten. Der Herr Kommerzienrat versuchte nun die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, um die vorliegenden Aufträge noch vor Ausbruch des Kampfes fertig zu stellen und wurde in diesem Streben von den anderen beiden Firmen unterstützt. Die Tischler und Maschinenarbeiter wollten sich aber nicht mehr an der Nase herumführen lassen und stellten darum versprochenen Sonnabend geschlossen die Arbeit ein. In Frage kommen rund 200 Mann. Vor Zugang wird dringend gewarnt.

## Ausland.

Seit dem schwedischen Generalfreist hat die große Straßenbahngesellschaft in Stockholm ihre Wagen immer mehr verwaarloset und verschlunnen lassen und zwar in solchem Maße, daß jetzt die Polizei sich genötigt sieht, dagegen einzuschreiten. Am Mittwochmorgen revidierte die Polizei die ausfahrenden Wagen und fand, daß von diesen nicht weniger als 72, teils Motor-, teils Anhängerwagen, sich in einem unansehnlichen Zustande befanden. Das Reuere, der Anstich und die Ladierung war arg vernachlässigt, aber außerdem war es mit der Reinhaltung der Wagen in vielen Fällen unter aller Kritik schlecht bestellt, sagt der Polizeibericht. Mehrere Wagen waren überhaupt nicht reingemacht. Rehrich und verbrauchte Jahreseine wurden in Masse vorgefunden, und der Schmutz war verstreut und am Fußboden festgetreten. Die Messingteile der Wagen waren in letzter Zeit überhaupt mit keinem Reuhmittel in Berührung gekommen. Auf die Vorhaltungen der Polizei erklärte der Straßenbahndirektor Walden, daß er

sofort für eine bessere Reinhaltung der Wagen sorgen werde, daß er jedoch hinsichtlich des äußeren Anstrichs wegen Mangel an Raum und Reparaturwerkstätten nichts Nennenswertes tun könne. Die Polizeikammer ist jedoch in diesem Punkt anderer Ansicht und hat das Statthalteramt ersucht, der Gesellschaft anheimzugeben, ihre Wagen bis zum 1. Juli oder spätestens den 1. August neu anstreichen und lackieren zu lassen und ihre anderenfalls zu verbieten, sie weiterhin im Verkehr zu verwenden.

Wie man aus diesen Tatsachen ersieht, behandelt diese Gesellschaft das Publikum ungefähr ebenso schlecht wie ihr altes Personal, das sie trotz des Ende November geschlossenen Uebereinkommens nicht wieder einstellt. Der Boykott, den die Arbeiterschaft über sie verhängt hat, wird unter diesen Umständen jedenfalls in den breiten Massen der Bevölkerung um so mehr Anklang finden, und daß die Diktation gegen „Socialdemokraten“ Weidigungsfrage angestrengt hat, wird der Gesellschaft sicherlich auch mehr zum Schaden als zum Nutzen gereichen.

## Die italienischen Landarbeiterstreiks im Jahre 1909.

Rom, 25. April 1910. (Fig. Ver.)

Die italienische Landarbeiterbewegung ist längst über die Periode der ersten siegreichen Anstürme und der zahllosen Streiks, die die Grundbesitzer unvorbereitet trafen, hinaus. Im Jahre 1909 wurden, wie das Bulletin des Reichsarbeitsamtes berichtet, in Italien nur 140 Landarbeiterstreiks proklamiert. Bei 120 von ihnen war die Zahl der Teilnehmer bekannt und belief sich insgesamt auf 46 576. Was die Verteilung auf das Jahr betrifft, so zeigen Mai, Juni und Juli mit 50, 30 und 19 Streiks die höchste Frequenz, Februar und Dezember mit je 2 die niedrigste. Von den verschiedenen Landschaften kommt die Lombardei mit 44 Ausständen an erster Stelle, die Emilia mit 33 an zweiter, dann der Piemont mit 28 und Venetien mit 20. In Apulien sind nur 6 Streiks zu verzeichnen, in Umbrien 4, im Latium 2, je einer in der Basilicata, Calabrien und Sizilien. Campanien, die Abruzzen, die Marken und Sardinien fehlen ganz. Der Streikanschlag ist bei der Landarbeiter-Statistik in anderen Gruppen zusammengefaßt, als bei den Ausständen der industriellen Arbeiter. In 33 Fällen drehte es sich um Lohnfragen, in anderen 33 gleichzeitig um Lohn und Arbeitszeit, in 19 ausschließlich um Arbeitszeit, in 18 um Verteilung von Arbeiterverordnungen, in 5 gleichzeitig um Lohn und Arbeiterverordnungen, und schließlich bei 4 Ausständen um den Anteil am Bodenertrag (Halbpartisthem). Mit völligem Siege der Arbeiter endeten 28 Streiks, mit teilweisem Siege 67, während 32 ganz verloren gingen und bei 13 der Ausgang unbekannt blieb. Prozentualiter schlossen die Ausstände um Lohnfragen mit 9 Proz. Niederlagen am günstigsten ab, dann die, bei denen es sich gleichzeitig um Lohn und Arbeitszeit handelte (12 Proz.). Von den Ausständen, bei denen es sich sowohl um Lohnfragen als um Behauptung von Arbeiterverordnungen drehte, gingen 20 Proz. verloren. Bei solchen, die um den Ertragsanteil gingen, 25 Proz., bei denen um Arbeitszeit 31 und um Disziplinfragen 33 Proz. Am ungünstigsten ist der Ausgang bei denen, die unter die Rubrik „Wahrung von Arbeiterverordnungen“ rangieren; von diesen wurden nicht weniger als 81 Proz. von den Arbeitern verloren. Der starke Rückgang der Streikbewegung erklärt sich zur Genüge daraus, daß in den Gegenden mit starker Landarbeiterorganisation die Tarifverträge meistens ohne Streik erneuert werden. In den Gegenden mit schwacher Organisation, namentlich in Süditalien, ist die geringe Zahl der Streiks im Landvolk der Ausdruck einer anderen und einflußreicheren Form von Arbeitseinstellung, nämlich der Massenwanderung in überseeische Länder. Als Folge dieser Erscheinung steigen die Arbeitslöhne auch ohne Streiks, weil die Grundbesitzer Mangel an Arbeitskräften haben.

## Verfammlungen.

Holzarbeiterverband. In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung der Zahlstelle Berlin standen eine Reihe von Anträgen zu dem bevorstehenden Verbandstage auf der Tagesordnung. Von denselben fanden die folgenden Annahme, das heißt sie werden dem Verbandstage eingereicht: Die Altersgrenze für jugendliche Arbeiter, die einen wesentlich herabgesetzten Beitrag bezahlen, soll von 17 auf 18 Jahre erhöht werden. — In Ergänzung der Bestimmungen des Statuts sollen in den §§ 6, 11 und 53 außer den weiblichen Arbeitern auch die jugendlichen angeführt werden. — Um dem § 34 des Statuts eine klarere Fassung zu geben, soll er lauten: „Wird eine Arbeitslosigkeit durch eine Arbeitsdauer von längstens 4 Wochen unterbrochen, so beginnt die Unterstützungs-berechtigung innerhalb der durch § 15b festgesetzten Höchstgrenze wieder am Tage der Meldung der neuen Arbeitslosigkeit.“ — Dem § 34 soll die Bestimmung angefügt werden: „Die Unterstützung ist am Schluß jeder Woche persönlich abzuheben.“ — Während der Dauer des Ausschlusses ruhen die Rechte und Pflichten des betreffenden Mitgliedes. Wenn der Ausschuß nicht erfolgt ist, soll die Unterstützung nachgezahlt werden. — Als neuer Paragraph soll eingefügt werden: „In Gemeinschaft mit dem Vorstände bilden die Gauleiter, der Reaktor des Verbandsorgans und der Vorsitzende der Zahlstelle Berlin den erweiterten Vorstand, der periodisch, mindestens zweimal jährlich, zusammentritt. Zu seinen Funktionen gehören: Beratung und Festlegung der Taktik bei Lohnbewegungen, Beschlußfassung über größere Agitationstouren, Einberufung von Branchekonferenzen, Beratung aller wichtigen Verbandangelegenheiten.“ — Der Verbandstag wird ersucht, zu beschließen, daß der Reichstagsvertrag sowie ein einheitlicher Ablauftermin der Verträge auf alle Fälle abzulehnen ist. — Der Vorstand soll Erhebungen über die Lohnmethoden in der Holzindustrie veranstalten und dem nächsten Verbandstage Bericht erstatten. — Die Vertragsmarken sollen jedes Jahr und wenn der Beitrag geändert wird, eine andere Farbe erhalten. — Der Verbandstag soll künftig stets in Berlin stattfinden. — Ueberall, wo Verträge abgeschlossen werden, soll bezüglich der Montagearbeiten bestimmt werden: In Orten mit vertraglich festgelegten besseren Bedingungen müssen diese erfüllt werden, auch ist die an diesen Orten übliche Arbeitszeit einzuhalten, wenn dieselbe von kürzerer Dauer ist. — Ist die Arbeitslosigkeit die Folge einer Waffenübung, so ist diese bei der Berechnung in Anrechnung zu bringen. — Die Bestimmung des § 30 über den Ort, an dem die Arbeitslosenunterstützung zu erheben ist, soll nicht für alle Fälle, sondern „in der Regel“ gelten, also auch Ausnahmen in besonderen Fällen zulassen.

Als Revisoren wurden Breitkopf und König, als Revisor Appich gewählt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Lage im Münchener Baugewerbe.

München, 26. April. (B. N.) Der Bürgermeister v. Borcht gab in der heutigen Sitzung des Magistratsrates bekannt, daß die am Dienstag mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe abgehaltenen Besprechungen wegen der bevorstehenden Aussperrung der Bauarbeiter zu keinem Resultat geführt haben. In diesen Tagen werde der Vorsitzende des Gewerbergerichts versuchen, eine Einigung herbeizuführen, und falls diese Bemühungen erfolglos bleiben, werde das Magistratsdirektorium neuerdings eingreifen.

### Gefängnisstrafen gegen defertierende Matrosen.

Paris, 26. April. (B. N.) Von den Seegerichten in Bordeaux und Marseille wurden heute verschiedene Matrosen wegen Desertion von ihren Schiffen während des Ausflandes der eingeschriebenen Seeleute zu mehrtägigen Gefängnisstrafen verurteilt.



Außerordentlicher Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Berlin, 26. April 1910.

Zweiter Tag.

Am heutigen zweiten und letzten Verhandlungstage erstattet zunächst

Leise-Hamburg das letzte noch ausstehende Referat über die Hinterbliebenenversicherung.

Er führt aus, daß die öffentlich rechtliche Arbeiterversicherung in Deutschland von Anfang an in engstem Zusammenhang stehe mit Ausnahmegeboten und mit der Inaugurierung der vollenständigen Sozialpolitik. Um das Volk darüber zu täuschen, habe Bismarck seinerzeit die ersten Arbeiterversicherungsgeetze vorgelegt. Genau so gehe es heute, wo nach der ungläublichen Verteuerung der Lebensmittel und nach den beiden großen Schröpfungen des Volkes durch die Finanzreformen von 1906 und 1909 den Arbeitern unermeßliche Summen geraubt worden seien und ihnen nun durch die Witwen- und Waisenversicherung ein Pfaster aufgelegt werden solle. In Wahrheit werde eine Witwenversicherung gar nicht vorgeschlagen, sondern nur eine Witwenrentenrente und eine Witwenrentenrente. Das einzig Wesentliche an dem Entwurf sei höchstens die Waisenrente, die ohne Nachweis der Bedürftigkeit und ohne Vorliegen der Invalidität gewährt werden solle. Wollte man die Witwen- und Waisenversicherung zu einem wirklich sozialen Institut ausbauen, so seien bedeutend größere Reichszuschüsse notwendig als bisher. In einem Etat von 2 1/4 Milliarden müßten sich mehr als 60 Millionen als Zuschüsse zur Arbeiterversicherung finden lassen. Jetzt werde durch die Witwen- und Waisenversicherung die Reichskasse gar nicht belastet werden, weil man an der Invalidenrente und an der Rückzahlung der Beiträge von Frauen, die sich verbeirathen, die Summen sparen werde, die dafür nötig seien. Wollte man doch die Unternehmer die 60 Millionen, die sie für die Krankenversicherung mehr zu zahlen bereit sind, lieber der Invalidenversicherung zuwenden. (Lebhafte Beifall.) Zum Schluß legt Redner folgende Resolution vor:

Die nach der Reichsversicherungsordnung geplante Hinterbliebenenversicherung bedarf einer durchgreifenden Ausgestaltung. Der Kongreß fordert:

- 1. Gewährung der Witwenrente an alle Witwen der Versicherten.
2. Zahlung der Waisenrenten in allen Fällen, ohne Rücksicht auf die Frage der Bedürftigkeit, unter Gleichstellung der unehelichen und ehelichen Kinder.
3. Die Höhe der Rente soll in jedem Falle die Gewähr bieten, daß die Rentenzahler nicht der öffentlichen Fürsorge anheimfallen.
4. Ausbau der freiwilligen Zusatzversicherung, so daß sie auch für die Hinterbliebenen nutzbar wird.
5. Gleichstellung der Hinterbliebenen eines Ausländers mit denen der Inländer und zwar auch dann, wenn ihr Wohnsitz sich im Auslande befindet.

Wahl der Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber in direkter und geheimer Wahl auf Grund des Verhältniswahlsystems. Aktives und passives Wahlrecht für alle Versicherten ohne Unterschied des Geschlechts und der Staatsangehörigkeit.

Damit sind die Referate erledigt. Auf Vorschlag von Paul Müller-Hamburg wird in dem Passus über die Unfallversicherung die Forderung nach Gleichstellung auch der staatlichen, kommunalen und heimatischen Arbeiter aufgenommen. Auch sonst schlagen die Referenten einige formelle Änderungen an dem Wortlaut der Resolutionen vor.

Es erhält dann zunächst der Vertreter der Zentralkrankenkassen Simonowitsch-Verlin das Wort. Er erklärt, daß die Krankenkassen natürlich der Vorlage den schärfsten Widerstand entgegensetzen, aber im Augenblick von der Einderufung eines allgemeinen Krankentages abgesehen haben, weil sie eine umfangreiche Petition an den Reichstag vorbereitet und abgefaßt hätten. In der nächsten Zeit sollten Orts- und Provinzialkongresse stattfinden und ein allgemeiner Krankentag werde sich vielleicht vor der zweiten Lesung des Entwurfs im Reichstagsplenum notwendig machen.

Witt-Vochum begründet einen Antrag, die Knappschaftskassenverhältnisse unter Aufrechterhaltung ihrer historischen Besonderheit reichsrechtlich zu regeln. Die Bergarbeiter ständen unter einem Ausnahmegebot, insofern ihre Versicherungsrechte nur landesgesetzlich geregelt seien. Daber komme eine ungeheure Zersplitterung des Knappschaftswesens in über 180 Knappschaftsvereine, deren Mitgliederzahl zwischen 9 und 345 000 schwanke und die im Eintrittsgeld, den Beiträgen und Leistungen außerordentlich verschieden seien. Alle Rechte in der Knappschaftsversicherung haben die Unternehmer, da die Arbeiter vielfach ihre Beiträge noch in

öffentlicher Wahl wählen müssen. Selbst da, wo Arbeiter und Unternehmer in gleicher Zahl vertreten seien, greife die Regierung regelmäßig zugunsten der Unternehmer ein. Deshalb müsse endlich das Reich die Rechte der Bergarbeiter in der Knappschaftsversicherung sichern. Der Christliche Gewerksverein hätte die Pflicht gehabt, gerade hier für die Rechte der Bergarbeiter Stellung zu nehmen. Statt dessen tue er sich in der „Gesellschaft für soziale Reform“ mit dem früheren Handelsminister v. Berlepsch zusammen, der im Jahre 1894 2000 Saarbergleute aufs Pfaster geworfen habe, nur weil sie es gewagt hätten, von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Das Zusammengehen mit solchen Leuten kennzeichne die Sozialpolitik der christlichen Gewerkschaftler. Die freien Gewerkschaften hätten keinen Grund, ihr Fernbleiben zu bedauern, denn ihre ganze Tätigkeit auf Knappschaftlichem Gebiete sei nichts weiter als fortgesetzter Arbeiterverrat gewesen. (Lebhafte Zustimmung.)

Jaffle-Hamburg begründet einen Antrag, daß, wenn nicht eine allgemeine Vereinheitlichung der Krankenkassen zustande komme, auch den freien Hilfskassen ihre bisherige Tätigkeit in vollem Umfang freigelassen werde. Der Entwurf wolle ohne jeden vernünftigen Grund, wie er die Selbstverwaltung vernichte, so auch den freien Hilfskassen das Lebenslicht ausbläuen.

In der Diskussion ergreift das Wort Landtagsabgeordneter Fräßdorf-Dresden: Abgegeben von der Ausdehnung der Versicherung bringt dieser ungeheuerliche Entwurf für die Arbeiter nur Verschlechterungen. Die Wünsche der Arbeiter, der Versicherten, der Kassendirektoren sind in der Vorlage völlig unberücksichtigt geblieben. Auch die Stimmen der Arbeitgeber, die mit uns in den Krankenkassen seit Jahren überwiegend ganz friedlich zusammengearbeitet haben, hat man nicht gehört. Die Regierung hat sich lediglich auf den Standpunkt der Scharfmacher gestellt. Gleichwohl glaube ich, daß die angelegte Absicht, den Einfluß der Sozialdemokratie in den Krankenkassen zu vernichten, nur ein Vorwand ist; denn die Sozialdemokratie hat genug Mittel und Wege, ihren Einfluß geltend zu machen. Aber man will tatsächlich den Einfluß der organisierten Arbeiterschaft auf die Kassen deshalb vernichten, weil die großen Ortskrankenkassen durch ihre Tätigkeit Vorbildlich für alle anderen Kassen geworden und dieses Vorbildlich für die Unternehmer zu einer materiellen Gefahr werden würde. Darum soll die Selbstverwaltung der Krankenkassen völlig vernichtet werden, dann kann auch an den fakultativen Leistungen gespart werden. (Sehr wahr!) Die 60 Millionen, die die Unternehmer mehr zahlen wollen, sind ein Danaergeschenk, denn dafür werden 100 Millionen auf Kosten der Versicherten an Leistungen gespart werden. Für und gilt es jetzt, hinauszugehen in das Land und durch Partei und Gewerkschaften wie durch die Kassendirektoren eine allgemeine Protestbewegung zu entfalten, um die Abrechnung mit den Scharfmachern bei den nächsten Reichstagswahlen möglichst gründlich zu gestalten. (Lebhafte anhaltende Beifall.)

Giesel-Verlin (Bureauangestellter): Der Entwurf soll die allgemeine Rückwärtsentwicklung der Krankenversicherung einleiten. Noch 1908 stand die Regierung auf dem Standpunkt, daß die Selbstverwaltung nicht geschmälert werden dürfe. Jemand welche Gründe für den jetzigen Beschluß ihrer Stellung kann sie nicht anführen. Heute sind die Kassendirektoren Träger der Selbstverwaltung, in Zukunft sollen sie Mitglieder der Bureaukratie werden. Ganz andere Schichten der Bevölkerung als bisher sollen die Kassendirektoren stellen. Herr von Jagow hat es im Scherischen Tag ausgeplaudert, daß man in den Krankenkassenstellen die geeignete Verwendung für verabschiedete Offiziere erblickt; die hätten gelernt, mit Menschen umzugehen und ständen mehr in der Praxis des Lebens als manche andere. (Schallende Heiterkeit.) Die Frage der Kassendirektoren ist von der Selbstverwaltung gar nicht zu trennen. Die große Mehrheit der Kassendirektoren lehnt die Verleihung der Beamtenrechte rundweg ab, weil die Regierung nach einer solchen Spottgeburt von Arbeiterversicherungsreform gar nicht ernstlich gewillt sein kann, die Arbeiterversicherung mit sozialem Geiste zu erfüllen. Deshalb rufen wir: Hand weg von der Selbstverwaltung der Krankenkassen! (Lebhafte anhaltende Beifall.) Redner protestiert dann gegen die vorgeschlagene Sonderversicherung der Privatangestellten. Die Regierung habe diese Versicherung erst verschleppen wollen, schließlich aber lediglich aus wahlpolitischen Gründen eine Vorlage noch für den kommenden Herbst angeordnet. Gegen dieses häßliche wahlpolitische Manöver der bürgerlichen Parteien zu den nächsten Reichstagswahlen müsse die Arbeiterschaft schärfsten Protest einlegen, weil das Wandern auf Kosten der Privatbeamten selber gehe und einen Keil zwischen Hand- und Kopfarbeiter treibe. Die ganze Reichsversicherungsordnung müsse mit aller Schärfe bekämpft werden. (Lebhafte Beifall.)

Ausdrucksfrage-Vochum: In der Reichsversicherungsordnung sind mehrere Bestimmungen enthalten, die eine besondere Härte gegen die Bergarbeiter bedeuten. Unseren Verhältnissen nach müsse die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf 55-60 Jahre herabgesetzt werden, denn Bergarbeiter, die 70 Jahre alt werden und noch im Bergwerks-

betriebe tätig sein können, gibt es ja gar nicht. Eine schwere Schädigung der Bergarbeiter enthält auch die Bestimmung, daß die Unfallrente gekürzt werden kann, wenn der Arbeiter den Unfall durch Uebertretung einer Sicherheitsvorschrift verschuldet hat. Die Uebertretungen der Verggpolizeiverordnungen sind bei der Arbeitsweise im Bergbau gar nicht immer zu vermeiden, und da sie alle als Vergehen angesehen werden, ist die Unfallrente in jedem Falle berechtigt, dem Verletzten oder seinen Hinterbliebenen die Rente ganz oder teilweise zu entziehen. Jugendliche Bergarbeiter, die wegen Uebertretung der Verggpolizeiverordnungen von den ordentlichen Gerichten mit einem Verweise bestraft wurden, haben vor dem Schiedsgericht nur einen kleinen Teil ihrer Rente erhalten, wenn sie zum Beispiel bei dem Unfall den Verlust eines Fußes zu beklagen haben. In den Knappschaftsvereinen haben die Arbeiter infolge der Halbierung der Beiträge so gut wie gar keinen Einfluß. Gegenüber dem Verlangen der Ärzte des allgemeinen Knappschaftsvereins auf Beibehaltung des Systems der reinen Kasernenärzte wünschen die Bergarbeiter, wenn auch nicht vollständige freie Arztwahl, so doch freiere Wahl der Ärzte seitens der Versicherten, als sie ihnen bisher im Knappschaftsverein gewährt wurde.

Lang-Hamburg (Handlungsgehilfe): Die Bestimmung der neuen Reichsversicherungsordnung, daß für die Arbeiter und Angestellten, die in freien Hilfskassen versichert sind, der Arbeitgeber bei der zuständigen Kasse seinen Beitrag abzuführen hat, halte ich für empfehlenswert, denn ohne diese Bestimmung begünstigen die Unternehmer die freien Hilfskassen, insbesondere die der gelben Angestelltenorganisation. Redner wendet sich dann gegen den Vorschlag einer besonderen Privatbeamtenversicherung. Unzweifelhaft sei dieser Vorschlag nur gemacht, um bei den nächsten Wahlen die Stimmen der Privatbeamten zu fangen. In diesem Zweck werde auch die Regierung entgegen ihrer ursprünglichen Absicht eine Vorlage ausarbeiten, aber Geseh werde diese Vorlage nicht werden, sondern unmittelbar nach den nächsten Reichstagswahlen für immer in der Verlesung verschwinden.

Zeise-Verlin (Gastwirtsgehilfe) trägt eine große Zahl von seltsamen Fällen vor, in denen durch Abgrenzung der Unfallversicherungspflicht im Gastwirtsgebetriebe Unfallverletzte vom Bezug der Rente ausgeschlossen sind, und verlangt endlich die Unterstellung aller im Gastwirtsgebetriebe Arbeitenden unter das Unfallversicherungsgesetz.

Bräuner-Verlin (Graveur): Die Hausgewerbetreibenden sollen in den neuen Klassen vollständig rechtlos bleiben, sie werden sogar zum Teil schlechter gestellt als bisher, denn in den Landkrankenkassen, in denen die Versicherten von der Verwaltung völlig ausgeschlossen sind, werden auch eine Reihe von Arbeitern Aufnahme finden, die bisher in den Ortskrankenkassen gewesen sind. Statt diejenigen Ortskrankenkassen, die infolge der hohen Zahl der weiblichen Mitglieder schon jetzt schwer belastet werden und sich mit Mindestleistungen begnügen mußten, durch Zusammenlegung finanziell leistungsfähiger zu machen, statt weiter eine einheitliche Kassenart für alle größeren Orte zu schaffen und kleinere Orte zusammenzulegen, will man Landkrankenkassen gründen, in denen bei minimalen Leistungen die Versicherten vollkommen einflußlos bleiben. In der Unfallversicherung hat man an dem Begriff des Fabrikbetriebes festgehalten und den rein handwerksmäßigen Betrieb wiederum ausgeschlossen. Buchbinderereien, in denen 8 bis 9 Personen beschäftigt sind, bleiben demnach nach wie vor von der Unfallversicherung entfernt. Bei der Invalidenversicherung blüht es wie bisher der Arbeiter, wenn der Unternehmer es unterlassen hat, ihn zu versichern. In allen anderen Versicherungsweigen gilt der Arbeiter mit dem Eintritt in die Tätigkeit selbst ohne weiteres als versichert. Auch in der Invalidenversicherung sollte man endlich mit der alten Ungerechtigkeit aufhören.

Kraus-Verlin (Landarbeiter): Die rechtsloseste Schicht der deutschen Arbeiterschaft, die Landarbeiter, sollen nun endlich auch in der Krankenversicherung einbezogen werden, um der Landflucht und dem Kontraktbruch entgegenzuwirken. Genau so wenig wie die Regierung um Gründe verlegen war, als sie in den nächsten Jahren ihre Versicherung ablehnte, genau so wenig ist sie jetzt um Gründe verlegen, aus denen sie die Versicherung empfiehlt. Da heißt es, daß der Mangel einer geordneten Fürsorge sich trotz des engen Familienzusammenhangs auf dem Lande bemerkbar gemacht habe und daß die zunehmende Unzufriedenheit und Landflucht bekämpft werden müßten. Aber diese Vorlage ist nicht geeignet, die Landarbeiter irgendwie zu fördern zu helfen. Sie bleiben gegenüber den gewerblichen Arbeitern weit zurück und haben an der Verwaltung keinen Anteil. Der Vorstand ihrer Krankenkassen wird einfach von den Gemeindevorstehern ernannt, und ein Ausschuß soll überhaupt nicht bestehen. Wir sollen also agrarische Betriebskrankenkassen erhalten, die ebendrei nur minimale Leistungen aufweisen werden. Ein derartiges Geseh ist natürlich vollkommen unannehmbar. Wir verlangen gleiche Rechte und Pflichten wie die gewerblichen Arbeiter. Die neue Reichsversicherungsordnung soll ja nur die künftige Wahlparole für die Regierung und den schwarz-

Wilhelm Bracke.

† 27. April 1880.

„Wir pfeifen auf das Geseh“, diese drastische Aeußerung, womit wir die tiefste Mißachtung gegen das Sozialistengesetz bekundeten, war unter seiner Herrschaft längere Zeit in Parteikreisen förmlich sprichwörtlich. Sie hing nicht sehr parlamentarisch, war aber doch zuerst an seiner geringeren Stätte gefallen, als im Deutschen Reichstag. Der Mann, der sie dort laut werden ließ, war einer unter verdientesten Vorläufer: Wilhelm Bracke. Seiner wollen wir heute anlässlich seines dreißigsten Todestages gedenken.

Nicht dem arbeitenden Volke war er entsprossen, er gehörte vielmehr seiner Geburt und Erziehung nach der Bourgeoisie an. Als Sohn des Inhabers einer großen Getreidehandlung in Braunschweig wurde er dort am 29. Mai 1849 geboren. Den Verhältnissen entsprechend erhielt er eine gute Schulbildung und besuchte das Collegium Carolinum. Sein Lehrer, Professor Ahmann, bezeichnete ihn später vor Gericht als einen seiner besten Schüler, der sich durch großen Eifer, seltene Beanlogung und gründliches Studieren auszeichnete. Dem Wunsche der Seinen gemäß entschloß er sich zum Kaufmannstande und trat in das Geschäft seines Vaters ein, um später dessen Mitinhaber zu werden. Hätte er sich ausschließlich diesem Beruf gewidmet, so hätte er zeitweilig begnügt in und Breuden leben können. Aber Gerechtigkeitssinn und Freiheitsdrang führten ihn der noch sehr in den Anfängen begriffenen deutschen Arbeiterbewegung zu. 1865 trat er in den von Lassalle gestifteten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ein und wurde sehr bald in Parteikreisen bekannt. Er war jetzt ein Mann von Jahren, von hoher magerer Figur mit schmalen Brust, kleinem Kopfe und kurzem Wadenbarte, sprach stark norddeutschen Dialekt, war in seinem Wesen gemüthlich und gefällig, zuweilen von schalkhaftem Humor. Er war ein guter Redner und besaß hochgradig organisatorisches Geschick. Auch schriftstellerisch war er tätig und befreundete sich manchmal dichtend. Sein uneigennütziges Streben, die Lauterkeit seines Charakters, sein Opfermut, seine große Energie und Arbeitskraft machten ihn zu einem vorzüglichen Mitkämpfer, erwarben ihm übrigens auch in weiteren Kreisen Achtung. Eigenartig war sein Selbstständigkeitsgefühl, welches ihn verhinderte, überall ohne weiteres den Führenden durch Dieb und Dumm zu folgen, ihn vielmehr so manchemal seine eigenen Wege gehen ließ.

Hauptsächlich durch seine agitatorische Wirksamkeit wurde die Bewegung in seiner Heimat Braunschweig mächtig gefördert. Im Mai 1867 hielt der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein dort seine 6. Generalversammlung ab und wählte dort Dr. v. Schweiger zum Präsidenten. Bracke wurde bald darauf mit dem Amte des Kassierers betraut und vertrat es geradezu musterhaft. Noch im November desselben Jahres fand in Berlin die 8. Generalversammlung des Vereins statt. Bracke übernahm für sie das Referat über die Frauenarbeit, entlegte sich der Aufgabe in gebieterischer Weise und setzte eine Resolution durch, in der die Beschäftigung von Frauen in Werkstätten der großen Industrie für einen empfindlichen Mißbrauch und zur Abhilfe die Beseitigung der Kapitalwirtschaft für nötig erklärt wurde. (Die Erkenntnis, daß die Frauenarbeit nicht zu beseitigen ist, daß sie vielmehr ein Hebel der Befreiung der Frau ist, brach in der Partei erst später durch.)

Als das Streben Schweigers nach Diktatur immer mehr zutage trat, leistete Bracke gleich anderen acht freigeilich gefinnnten Männern ihm häufig Opposition. Auf der Generalversammlung zu Elberfeld im Jahre 1869, wo Schweigers Gegner ihm scharf zuwider gingen und das von seinen Anhängern beantragte Vertrauensvotum ansuchten, setzte Bracke namentliche Abstimmung darüber durch und gehörte zu denen, die sich der Abstimmung enthielten, also mehr oder weniger die Ausführung Schweigers mißbilligten. Als letzterer im Grunde mit der Gräfin Haffeldt durch einen raschen Streich die dortigen Beschlüsse umstieß und die Diktatur des Präsidenten nach Lassallem Muster wiederherstellte, sagte Bracke sich mit Weib, Herd und vielen anderen bewährten Genossen definitiv vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein los, schloß sich an Liebfredt und Hebel an und half ihnen auf dem Kongresse zu Eisenach die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands“, gewöhnlich Eisenacher Partei genannt, gründen. In ihrer Leitung wurde ein Ausschuß in Braunschweig-Wolfenbüttel eingesetzt und Bracke und vier andere in ihn gewählt. Er besonders führte die Geschäfte so trefflich, daß Karl Marx, der bei einem vorübergehenden Besuche in Deutschland dort vorsprach, sich gegen Liebfredt im höchsten Grade lobend darüber äußerte. Bracke gründete ferner in Braunschweig eine Druckerei und Buchhandlung und gab einen Volkskalender heraus, der sich vorzüglich zur Agitation eignete.

Nachdem die deutsche Arbeiterbewegung trotz der Spaltung eine Zeilung einschiedene Fortschritte gemacht hatte, wurde sie ernstlich geschädigt durch die veränderte Situation, welche der Krieg

von 1870 mit sich brachte. Wer jene Tage denkend mitgemacht hat, weiß, welche gewaltige patriotische Erregung damals in ganz Deutschland herrschte, glaubte man doch allgemein, Preußen sei mitten im Frieden in tughaftester Weise von Frankreich überfallen und zum Kriege gezwungen worden. Da ist es denn kein Wunder, wenn sich auch in Arbeiterkreisen Kundgebungen für Preußen zeigten. Nicht nur Führer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins stellten sich in Versammlungen auf dessen Seite, sondern auch von Eisenachern vernahm man dergleichen. So erklärte Bracke am 16. Juli als Referent in einer großen Volksversammlung in der Turnhalle zu Braunschweig, Napoleon sei der Friedensstörer, und man müsse den Verteidigungskrieg, wenn auch schmerzlichen Herzens, als notwendiges Uebel hinnehmen. Ebenso sprach sich der Ausschuß in einem Manifeste vom 24. Juli aus. Die Haltung Liebfredts und Hebels, die sich im Reichstage der Abstimmung über die Kriegsanleihe enthielten, verwarf Bracke mit Entschiedenheit und äußerte dies u. a. in seiner Korrespondenz mit Weib, wobei er den zutreffenden Kosmopolitismus rügte und für einen gewissen Patriotismus eintrat. Schon drohte auf Grund der Kriegfrage neuer Zwist in der Arbeiterbewegung auszubrechen, als die Katastrophe von Sedan einen Umschwung brachte. Nach dem Vorgange von Marx und im Einverständnisse mit den allermeisten Sozialisten Deutschlands protestierte der Braunschweiger Ausschuß am 5. September gegen die Fortsetzung des Krieges und die Annexion von Elsaß-Lothringen, und verlangte Waffenkündigungen für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik. Dadurch zog er sich gleich anderen ehrlichen Friedensfreunden schwere Verfolgungen der Gouverneur der Pfälzerlande, General Vogel v. Falkenstein, in brutaler Weise gegen sie ein. Bracke wurde von der Polizei mit militärischer Hilfe in seiner Wohnung überfallen und verhaftet. Man ließ ihm kaum Zeit, sich anzuflehen, und als er den Haftbefehl zu sehen verlangte, lautete der Bescheid, ein solcher sei nicht da, denn er sei militärischer Gefangener. In Ketten wurde er mit seinen Gefährten nach der Feste Wobben bei Löben überführt und hatte auf dem dreitägigen Transporte den bittersten Spott der schaulustigen Patrioten und auch des Stappellkommandanten in Berlin zu erdulden. Ihre Behandlung war längere Zeit eine sehr schlechte, und erst als sich in parlamentarischen Kreisen Proteste dagegen regten, trat Besserung ein. Wobben die Gewaltschritte zielten, war unklar, bis das Braunschweiger



blauen Mod bilden. Dank der Toleranz unserer Regierenden und der Fähigkeit unserer herrschenden Klassen werden wir aber gerade daraus den besten Agitationsstoff gewinnen und wird auch diese Vorlage Wasser auf unsere Mühlen leiten. Insbesondere bei den Landarbeitern, deren Organisation ja erst begonnen hat, wird die brennende Schmach dieser Reichsversicherungsordnung aufsteckend wirken, wird die Stimmung der Reichsversicherungsbeamten den Junkern in die Ohren gellen, bis auch die Landarbeiter frei geworden sind. (Lebhafte Beifall.)

**Rehmann-Berlin** (Bureauangestellter): Der Vertreter des Kranken Mannes im Reichsamt des Innern (Heisterkeit) hat bei der ersten Lesung der Reichsversicherungsordnung auch dem Mittelstand seine Sympathie angedrückt. Als sichbares Zeichen dafür haben wir in der Vorlage die Zusatzversicherung, die dem Mittelstand nichts gewährt und der Arbeiterklasse gegenüber bestimmt ist, alles Streben nach einem weiteren Ausbau und nach Verbesserung der Invalidenversicherung schon jetzt vor dem Zustandekommen des neuen Gesetzes für alle Zeiten abzuwehren. Demgegenüber fordern wir gründlichen Umbau und Ausbau der Arbeiterversicherung. Wir werden uns nicht auf einem Abwehrkampf beschränken, sondern energisch unsere neuen weitergehenden Forderungen vertreten. Wenn wir den Ausbau der Invalidenversicherung in den Vordergrund stellen, werden wir auch die Arbeiterfeindschaft des Zentrums entlarven und die bürgerlichen Parteien zwingen, noch vor den nächsten Wahlen Farbe zu bekennen. (Lebhafte Beifall.)

**Fr. Lehmann-Berlin** (Dienstbotenorganisation): Die Dienstboten und die inständig beschäftigten Arbeiterinnen, Wäscherinnen, Kleinfrauen usw. sollen jetzt auch in die Krankenversicherung einbezogen werden. Sie sind aber in die Landkrankenversicherung gestellt, um sie möglichst rechtlos zu machen. Offenbar traut man auch ihren Arbeitgeber nicht zu, die Kosten zu verwalten, und hat deshalb ein vollkommen bürokratisches Verwaltungsschema aufgestellt. Die Dienstboten haben aber durch ihre Organisation bewiesen, daß sie wohl imstande sind, ihre eigenen Angelegenheiten wahrzunehmen. Die Krankenkassenpflege der Dienstboten soll nach der Reichsversicherungsordnung von dem guten Willen der Herrschaft abhängig bleiben. Für wenige Großen Krankenunterstützung sollen also die Kranken Dienstboten nicht nur krank und stellunglos, sondern auch obdachlos werden. Der Bundesrat soll das Recht erhalten, ganze Kategorien dieser Arbeiterinnen von der Versicherungsspflicht zu befreien. Anzweifelhaft beabsichtigt man hier die arbeitenden Kinder von der Versicherungsspflicht auszuschließen. Wir sind aber der Meinung, daß die Kinder, wenn sie zur industriellen Arbeit verwendet werden, auch an der Versicherung teilhaben sollen. (Beifall.)

Damit ist die Rednerliste erschöpft.

Das **Schlusswort**

**Bauer-Berlin**. Er konstatiert die volle Einmütigkeit des Kongresses in der Beurteilung der Vorlage. Die Vergarbeiter hätten ja mit der Halbierung der Beiträge schon Erfahrungen und hätten Trübes mitteilen müssen. Was die Arbeitsfrage angeht, komme es nicht so sehr darauf an, ob die Arbeiter frei gewählt oder fest angestellt sind; denn die Mängel des Knappschaftsrechts erklären sich durch die vollkommene Abhängigkeit der Arbeiter von den Betriebsbesitzern. Wo die Versicherungen auf die festangestellten Vertrauensärzte Einfluß hätten, da würden sie höflich und zweckentsprechend behandelt. Der Kongress hat seinen Willen ausgesprochen, einen möglichst gesunden Ausbau aller Versicherungsarten zu erreichen. Die Krankenversicherung und die Gewerkschaften in gemeinsamer Tätigkeit haben einen ansehnlichen Rückgang der Sterbeziffer insbesondere an Tuberkulose herbeigeführt und sind der wichtigste Zweig der Volksgesundheitspflege geworden. Die Entrechtung der Arbeiter in den Krankenkassen trifft nicht nur die Sozialdemokratie, sondern die ganze Arbeiterklasse. (Sehr wohl!) Die Krankenkassen, die bisher frei waren, sollen in preussische Fürsorgeorganisationen genommen und ihre Vertreter rechtlos werden wie preussische Fürsorgeorgane. (Sehr gut!) Das wird hunderttausend Arbeitern, die heute noch in den bürgerlichen Parteien ihre Vertretung erblicken, die Augen öffnen, die Klassengegensätze schärfen und unsere Organisationen stärken. (Stürmischer Beifall.)

Darauf werden die Resolutionen der Referenten einstimmig angenommen, ebenso der Antrag Hofmann auf reichsgesetzliche Regelung des Knappschaftswesens. Der Antrag Basse auf Schutz der Freien Hilfskassen findet Annahme gegen 6 Stimmen.

Es folgt nunmehr die Beratung der von den Vorständen sämtlicher der Generalkommission angeschlossenen Verbände eingebrachten Resolution, betreffend die

#### Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge.

Die Resolution hat, wie schon mitgeteilt, folgenden Wortlaut: „Für den Fall, daß die in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Halbierung der Beiträge und der Vertretung für die Krankenversicherung Gesetz werden sollte, verpflichten sich die der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften, dahin zu wirken, daß die Gewerkschaftsbeiträge um denjenigen Betrag erhöht werden, den die Arbeiter infolge der geminderten Beitragszahlung zur Krankenversicherung ersparen. Die dadurch ersetzten Mehreinnahmen sollen dazu verwendet werden, den Einfluß, der den Arbeitern innerhalb der Zentral-

leitung der Krankenkassen genommen wird, durch verschärften gewerkschaftlichen Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete zu erweitern, um so den den Arbeiterklassen durch die Reichsversicherungsordnung zugefügten Schaden auszugleichen.“

**Vorj. Legien:** Einer besonderen Begründung für den Antrag bedarf es nicht. Dieser Vorschlag ist darauf berechnet, das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter vollständig zu beseitigen und ihr Mitbestimmungsrecht stark herabzudrücken. Die Halbierung der Beiträge erfolgt ja nicht aus dem Grunde, um die Arbeiter zu entlasten und die Unternehmer stärker zu den Kosten der Versicherung heranzuziehen, sondern lediglich deshalb, um wenigstens den Schein einer Berechtigung dafür beizubringen, daß die Unternehmer die Hälfte der Höhe erhalten, und dadurch die Arbeiter einflußlos zu machen. Will man aber die Belastung der Unternehmer nur zur Entrechtung der Arbeiter, so ist es auf der anderen Seite die klare Pflicht der Gewerkschaften, im wirtschaftlichen Kampfe neue Rechte herauszuholen, als Ersatz für die, die man uns genommen hat. Unsere Resolution spricht von einem verschärften Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet. Wir meinen damit nicht die Gewerbe, in denen Tarifverträge, wie bei den Buchdruckern und vielleicht auch bei den Bauarbeitern nach Schluß der Aussperrung, den Gewerkschaften noch einen einigermaßen genügenden Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingeräumt haben. Diese Gewerkschaften brauchen die erhöhten Mittel nicht; aber sie sollen mit ihren Mehreinnahmen den Organisationen und Verbänden zu Hilfe kommen, die sich noch nicht die genügende Macht im Wirtschaftsleben erlangen haben. Der Antrag soll keineswegs aufgesetzt werden als rein demonstrativ oder agitatorisch. Wir weisen ihm eine eminent praktische Bedeutung zu. Wir rechnen ganz bestimmt darauf, daß wenn die Halbierung der Beiträge festgelegt wird, wir sofort unsererseits mit der Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge vorgehen und daß die Generalversammlungen der einzelnen Verbände sie dann sofort beschließen. Wir wollen also nicht demonstrativ auf die Arbeitgeber oder den Reichstag oder seine Kommission wirken, sondern wir wollen die wirtschaftlich organisierten Arbeiter auf ihre Pflicht hinweisen, falls ihnen Rechte genommen werden, sich durch Opfer neue zu erobern. Wenn in der Reichsversicherungsordnung die Halbierung der Beiträge und der Verwaltungsrechte durchgeht, so ist damit bewiesen, daß die Gewerkschaften im heutigen Staatswesen noch nicht den Einfluß und die Stärke haben, die ihrer Organisation und ihrer Wichtigkeit im Wirtschaftsleben gebührt. Erkennen wir daraus, daß wir noch nicht die nötige Kraft haben, so haben wir einfach die Folgerung zu ziehen, daß wir sie uns erobern müssen. Unser Antrag soll keine Demonstration nach außen, sondern ein realer Plan nach innen sein, der bald zur Durchführung kommen wird. (Lebhafte Beifall.)

Der Antrag der Vorstände wird hierauf debattelos einstimmig unter lebhaften Beifallstundungen angenommen.

**Vorj. Legien:** Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Das, was in der gegenwärtigen Situation zu sagen war, ist bereits gesagt worden. Ich konstatiere nochmals die vollkommene Einmütigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen, die sich auf diesem Kongress dokumentiert hat, die vollständige Einmütigkeit in der Frage der Arbeiterversicherungen, der Beitragsreduzierung und gegenüber der kritischen Situation im Bauergewerbe. Der Vertreter des Parteivorstandes, der Abstand genommen hat, hier das Wort zu ergreifen, hat mich gebeten, mitzuteilen, daß der Parteivorstand, sobald die Generalkommission den Aufruf zur Unterstützung der Bauarbeiter erlassen hat, auch ihrerseits sich an die nicht schon als Gewerkschaftsmitglieder zur Beitragsleistung verpflichteten Parteigenossen wenden und sie zur möglichst reichlichen Unterstützung der ausgesperrten Bauarbeiter auffordern wird. (Lebhafte Beifall.) Wenn unsere Gegner aus dieser Tatsache den Schluß ziehen, daß es sich am letzten Ende auch bei der Bauarbeiteraussperrung nur um einen Kampf gegen die Sozialdemokratie handele, so werden wir demgegenüber mit gutem Gewissen antworten: Wo sind denn die anderen Parteien, die uns im Kampf unterstützen könnten? Wo ist denn die fortschrittliche Volkspartei, wo ist die angebliche Volkspartei des Zentrums, die ja sagen, daß sie in diesem frivolen herausfordernden Kampf auf Seiten der Arbeiter stehen? Nur die Partei der Proletarier, nur die Sozialdemokratie sagt: Ich bin eins mit Euch! Wo die Masse der Arbeiterkraft im Kampfe steht oder in Not gerät, da eile ich ihnen zu Hilfe. Mögen unsere Gegner ihre Agitation einrichten, wie sie wollen. Die bürgerlichen Parteien haben nie durch die Tat bewiesen, daß sie im Ernst die kämpfende Arbeiterkraft zu unterstützen bereit sind. Deshalb bleibt den Arbeitern eben nur als Vertretung die sozialdemokratische Partei übrig, mit der wir nicht eins sind in der Organisation, aber eins in der Gedankenwelt, eins im Willen und eins im Ziel. (Lebhafte, anhaltende Beifall.) Legien schließt den Kongress mit einem stürmisch aufgenommenen dreifachen Hoch auf die gewerkschaftliche Organisation, die allgemeine Arbeiterbewegung und die kämpfenden Bauarbeiter.

## Aus Industrie und Handel.

### Blünderereien.

Wie das kapitalistische Profitinteresse mit dem Volkswohle hantiert, das beleuchtet die Vorgänge an der Baumwollbörse. Spekulationen, die Treiber der Baumwollbörse und Baumwollmengen machen das Gesetz der Preisregelung durch Angebot und Nachfrage unwirksam, indem sie Angebot und Nachfrage künstlich beeinflussen, mit

Unter seinen folgenden Reden erregte besonders die vom 20. Februar 1878 beim Etat des Reichsanwalts Aufsehen, in der er Bismarck, der persönlich anwesend war, mit größter Schärfe zu Leibe ging, und unter anderem zerstörende Kräfte vorwarf. Als nach den Attentaten der Reichstag aufgelöst wurde, kandidierte er wiederum in Glauchau-Neerane und siegte im ersten Gange. Der neue Reichstag beschloß sofort mit dem „Ausnahmengesetz gegen die gemeinschaftlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Brade hielt gegen dasselbe drei sehr gründliche Reden. Am meisten beachtet wurde die vom 11. Oktober, welche sich gegen den dritten Absatz des § 4, wonach Bestrebungen gegen Ausführungen des Sozialistengesetzes keine ausschließende Wirkung haben sollten, richtete. Als er in ihr das folgende Wort: „Wir pfeifen auf das ganze Gesetz“ sprach, entstand im Hause ein Sturm des Unwillens, und der Vizepräsident Franz Schenk v. Stauffenberg erteilte ihm einen Ordnungsruf. Fast die gesamte bürgerliche Presse fiel über Brade her, und viele Mitglieder karikierten den „Gesetzespfeifer“.

Die Annahme des Sozialistengesetzes und die schweren Verfolgungen, denen die Partei fortan ausgesetzt war, brachten Brade harte materielle Schläge, auch begann seine Gesundheit zu wanken, und Anzeichen der Schwindsucht stellten sich ein. Noch erschien Brade im Frühjahr 1879 im Reichstage, mußte aber bald nach Braunschweig heimkehren und starb dort langsam einem frühen Tode entgegen. Als bei der Wahl in Magdeburg von sozialdemokratischer Seite viered aufgestellt wurde, empfahl Brade ihn den dortigen Wählern. Er selbst legte angesichts der Hoffnungslosigkeit seines Zustandes am 30. Dezember das Mandat in Glauchau-Neerane nieder. Noch hatte er die Freude zu erleben, daß dort bei der Wahl Auer siegte. Am 27. April 1880, demselben Tage, wo die Sozialdemokratie unerwartet den zweiten Hamburger Kreis eroberte, wurde er durch den Tod von seinem langen Leiden erlöst. Die Nachricht von seinem Ableben trübte einigermaßen die Freude der Genossen über den neuen Sieg. Das Begräbnis des treuen Kämpfers gestaltete sich zu einer imposanten Demonstration. Es hielten im Trauerhause Liebknecht, Bebel, Freilich und sogar Hoffmann, der mit den anderen bereits im scharfen Kampfe lag, Trauerreden. Der Zug von Arbeitern, der dem mit Blumen überreich geschmückten Sarge folgte, war unübersehbar. Ein schönes Denkmal erhebt sich am Grabe des Mannes, der sich hohe Verdienste um die deutsche Arbeiterbewegung erworben hat.

filber Ware manipulieren oder faktisch vorhandene Ware „bestellen“, nicht an den Markt gelangen lassen. So waren seit einiger Zeit die Hauffiers mit Erfolg tätig. Der Baumwollpreis schnellte beängstigend in die Höhe. Zudem sie Ware aus dem Markte nahmen und durch eine dienstwillige Presse Notizen über schlechte Ernten usw. verbreiten ließen, erweckten sie den Anschein, als reiche der Ernteertrag nicht aus, das Konsumbedürfnis zu befriedigen. So waren kürzlich die Preise in New York über die Parität des Liverpooler Marktes hinaufgegangen. Manche Spekulant eraciffen Riesengewinne. Das reizte andere Gewinnhunger, durch Waisenspekulation Geschäfte zu machen. Um die Preise in Amerika zu drücken, ließen sie große Mengen Rohbaumwolle von — England nach Amerika schwimmen. Aber der Himmel ist ansehend mit den Hauffiers. Aus Amerika wird aus wichtigen Baumwollgebieten gemeldet, Sturm und Frost hätten den größten Teil der Ernte vernichtet. Man wird gut tun, die himmlische Hilfe für die Hauffierspekulant mit einer starken Dosis Mißtrauen zu genießen. Vielleicht stellt sich bald heraus, daß der „Frost“ hauptsächlich von der Börse ausgeht. Aber zunächst glückt es vielleicht doch, mit den Schreden vor einer vernichteten Ernte, den Anschlag der Waisenspekulant abzuklagen, umsomehr, wenn ein Unwetter tatsächlich etwas Schaden angerichtet haben sollte. Dann kann die von England nach Amerika zurückgeholte Baumwolle zum zweiten Male ihre Preise nach England antreten, ohne den von ihr erwarteten Dienst geleistet zu haben. So steht der Baumwollmarkt im Zeichen der Hauffie; gleichzeitig geht von Amerika eine Bewegung aus, die den internationalen Eisenmarkt in wenig erfreulicher Verfassung zeigt. Für die Hauffiestimmung an den europäischen Effektenmärkten mußte die Bilanzlage des Eisenmarktes in Amerika die Begründung abgeben. Die Kurse der Industrieaktien schmelzen in die Höhe, aber die Befehung in der Produktion hielt sich in sehr bescheidenen Grenzen. Seit einer Woche wird nun die Verfassung des amerikanischen Eisenmarktes wieder als so unbefriedigend geschildert, die Preise werden heruntergesetzt, Produktionsbeschränkungen angeordnet. Ob die Vorgänge tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, oder ob und inwieweit es sich auch hierbei um Spekulanteneinander handelt, das läßt sich von hier schwer beurteilen. Wenn jedoch nach kurzer Zeit aus Amerika wieder Hochkonjunktur gemeldet wird, braucht sich niemand darüber zu verwundern.

### Die Nahrungsmittelpreise im Detailhandel.

Während sich in letzter Zeit eine Abschwächung der Preise im Großhandel bemerkbar macht, behubet die Bewegung der Nahrungsmittelpreise im Detailverkehr noch immer eine steigende Tendenz. Der Aufschlag im März beträgt zwar gegen Februar, gemessen an dem wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie, für die die Normalration eines deutschen Marinefeldaten zugrunde gelegt ist, im Durchschnitt von 55 Pfügen nur einen Pfennig, aber auch dieser eine Pfennig ist nicht ganz gleichgültig, wenn man erwägt, daß im Vorjahre die Standardziffer noch um 1,23 R. niedriger stand. Es betrug nämlich die Standardziffer für den Monat März des laufenden Jahres 23,70 R. gegen 23,69 R. im Februar und 22,47 R. im März 1909.

### Die Zuckerpriese

Stehen im laufenden Jahre außerordentlich hoch. Sie gehen nicht allein wieder über die vorjährigen hinaus, sondern sie lassen auch das Niveau der früheren Jahre weit hinter sich zurück. Während z. B. ein Doppelzentner Kornzucker in Braunschweig, ohne Sad, reine Tara, im März d. J. 28,50 R. kostete, stellte sich der Preis für dieselbe Sorte im März 1909 auf 20,85, 1908 auf 20,96, 1907 auf 17,70, 1906 auf 16,30 R. auf. In Köln stellt sich der diesjährige Preis für hellen Kornzucker auf 30,06 R. gegen 21,78 R. im März 1909, 22,41 R. 1908, 19,24 R. 1907 und endlich 17,80 R. 1906. In Magdeburg hat Kornzucker I dieses Jahr einen Preisstand von 28,19 R., während der Preis derselben Sorte sich im März vorigen Jahres auf 20,31 R., 1908 auf 20,98 R., 1907 auf 17,05 R. und 1906 endlich auf 16,18 R. belief. Auch im März der Jahre 1904 und 1908 war der Preis niedriger als in diesem Jahre, während allerdings der März 1906 ziemlich den gleich hohen Preisstand brachte wie dieses Jahr. Es sei endlich noch der Preis für Rohzucker nach der Stettiner Notierung angeführt. Er stellte sich dieses Jahr im März auf 28,75 R. pro Doppelzentner, während er voriges Jahr nur 20,85 R. betragen hatte. In den vorangegangenen drei Jahren war der Preis noch niedriger gewesen als letztes Jahr. So ergibt sich für alle wichtigeren Sorten Rohzuckers eine gegenüber den Vorjahren außerst starke Preissteigerung.

### Der Schiffsbau der Welt im Jahre 1909.

Die Weltproduktion an Segelrouten und Bruttoampferonten betrug im Jahre 1909 1 602 057 gegenüber 1 833 000 im Vorjahre, was einem Rückgang von 6 Proz. entspricht. Gegenüber dem Jahre 1906, wo die Weltproduktion die Rekordziffer von 2 919 763 Tonnen erreichte, beträgt der Rückgang sogar 53 Proz. Man muß bis zum Jahre 1897 zurückgehen, um eine so geringe Produktionsziffer wie 1909 zu finden. Wenn nicht infolge der Beitrittsungen der Völker auch auf dem Meere der Bau von Kriegsschiffen eine Vermehrung von 81 Proz. erfahren hätte, so wäre der Rückgang noch bedeutend größer gewesen; er beträgt bei der Handelsflotte allein 18 Proz.

Der englische Schiffsbau überstieg im letzten Jahre den der ganzen übrigen Welt um 228 060 Tonnen. Trotzdem weist auch er die niedrigste Zunahme seit zwölf Jahren auf. Von der englischen Erzeugung gingen 6 Proz. in die Kolonien und 18 Proz. ins Ausland. Vor allem versorgt England die Welt mit Kriegsschiffen: 31,6 Proz. seiner Kriegsschiffstammung ging ins Ausland.

**Bündelmonopol in Oesterreich.** Gegenwärtig stehen für das geplante Bündelmonopol drei Varianten in Erwägung: 1. Vollige Verstaatlichung, Ablösung aller Fabriken. Auf eine so große Aktion sich einzulassen, besteht bei der infolge der wachstumigen Rüstungen überaus prekären Situation der Staatsfinanzen wenig Neigung. Die Kapitalistenpresse macht auch damit Stimmung, daß der Staat den Export verweigern würde, derselbe Staat, der es sehr gut versteht, seine Tabakprodukte im Auslande abzusetzen. 2. Verpachtung des Monopols an eine Privatgesellschaft; dürfte schon daran scheitern, daß die von der Länderbank kontrollierte „Solo“-Aktiengesellschaft in einer Offerte das Recht gefordert hat, einzelne Betriebe stillzulegen. Dadurch können gerade die ärmsten Gegenden um den einzigen Erwerb. 3. Die meisten Aussichten hat die Verstaatlichung der Privatindustrie aber bei Einführung des Verkaufsmonopols. Der Staat würde dabei viel verdienen — heute kostet die Schachtel zu 60 Stück im Detail 2 Heller, dann sollen 60 Stück 4 Heller kosten — und die bestehenden L. I. Tabakfabriken und Verkaufsstellen stellen schon die Verkaufsstellen dar. Der Export würde den Fabriken überlassen bleiben. Da das Monopol nur gleichzeitig mit Ungarn eingeführt werden soll, kann noch einige Zeit vergehen.

## Soziales.

### Vom Gemeindefürsorgegesetz der Frauen.

Die Landgemeindefürsorgeordnung für Hessen-Rassau räumt gleich der Landgemeindefürsorgeordnung für die hessischen Provinzen den Frauen ein Stimmrecht ein, wenn sie Grundbesitz in der Gemeinde haben und außerdem einer Anzahl allgemeiner Anforderungen entsprechen, wie zum Beispiel der der Reichsgemeindefürsorge, der eines

Streisgericht eine Untersuchung wegen Verdachts des Hochverrats anordnete. Brade wurde mit Striden gefesselt in das Braunschweiger Gefängnis gebracht, verlor aber den Mut nicht und versahte nach zu Weisnachten ein schwingvolles Gedicht. Erst im März 1871 wurde er aus der Haft entlassen, auch sah sich die Staatsanwaltschaft außerstande, die Anklage wegen Hochverrats aufrecht zu halten. Auf Bismarcks Betreiben wurde indes gegen ihn und drei seiner Gefährten wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung prozessiert, und Brade in Braunschweig zu je sechzehn Monate Gefängnis verurteilt. Das immerhin noch barbarische Urteil wurde indes vom Obergericht umgestoßen, und das Endresultat war für Brade drei Monate Gefängnis, die noch dazu für verbüßt erachtet wurden. Ungebeugt durch solche schweren Erfahrungen setzte er die agitatorische Tätigkeit nach Kräften fort und verlegte den „Braunschweiger Volksfreund“ und zahlreiche andere Parteilchriften. Noch hielt der Streit zwischen Sozialisten und Eisenachern an. Daß er nicht, wie man noch vielfach glaubt, damals nur persönliche, sondern auch sachliche Differenzen zur Grundlage hatte, beweist u. a. Brades Denkschrift für den Eisenacher Kongress von 1873 über Lassalles Vorschlag der Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe, worin er einen „vergeblich nach Hoffbarkeit strebenden königlich preussischen Regierungssozialismus“ sah.

Die Verfolgungssaxa v. Tessenberg bereitete die Vereinigung der beiden Fraktionen vor. Auf dem Gothaer Kongress von 1875 erfolgte die Verschmelzung zur „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“. Zu denjenigen Genossen, an welche Marx damals sein abrotendes Schreiben richtete, gehörte Brade. In der einzigen Partei behielt er das bisherige Ansehen bei, brachte ihr dauernd große Opfer und gab mehrere wertvolle Schriften heraus, so „Die Verweigerung im liberalen Lager“ und „Nieder mit den Sozialdemokraten“, wela letztere mit geringen zeitgemäßen Veränderungen noch heute zur Agitation in hohem Grade verwendbar ist. Bei der Reichstagswahl von 1877 kandidierte er in Magdeburg, ohne gewählt zu werden. Dafür wurde ihm das Mandat in Glauchau-Neerane, welches Bebel, der auch in Dresden-Alstadt gewählt war, abgelehnt hatte, in der Nachwahl zuteil. Im Reichstage trat er als Redner zuerst bei Prüfung der Wahl in Hanau-Gelnhausen auf und beleuchtete gründlich das Verfahren der Behörden gegen Arbeiter, welche sozialdemokratisch gewählt hatten.



zweijährigen Wohnsitzes in der Gemeinde usw. In der hessens-nassauischen Landgemeindeordnung enthält der § 16 Absatz 4 die fragliche Bestimmung, indem er auf § 11 verweist, der die verschiedenen Anforderungen aufzählt, an die das Gemeindemitglied geknüpft ist. Die Frau des Bürgermeisters von Mittelbuchen in Hessen-Nassau war neben ihrem Manne als Stimmberechtigte in die Gemeindevollversammlungen eingetragen. Der Milchhändler Prinz forderte dies als unzulässig an. Die Frau habe allerdings Grundbesitz. Ihre Einkünfte lasse aber unberücksichtigt die Bestimmung (§ 11, Abs. 4), daß Steuerzahlung, Einkommen und Grundbesitz der Ehefrau dem Ehemanne anzurechnen sei. Wenn danach der Grundbesitz der Frau dem Bürgermeister angerechnet werde, dann könne die Frau neben ihrem Manne kein Stimmbrecht haben.

Der Kreisaußschuß zu Gnanau wies jedoch die Klage des Prinz ab und führte aus: Die Vorschrift des § 11 Absatz 4 erleide eine Einschränkung durch § 16 Absatz 4. Frauen, also auch Ehefrauen, besäßen ein selbständiges Stimmbrecht unter der Voraussetzung, daß ihr Grundbesitz dazu befähige. Diese Voraussetzung sei bei der Frau des Bürgermeisters erfüllt. Aus denselben Gründen bestätigte der Bezirksaußschuß das Urteil.

Das Oberverwaltungsgericht, vor dem Prinz durch Rechtsanwältin Theodor Liebknecht vertreten wurde, hob am Sonnabend die Vorentscheidungen auf und entschied, daß die Frau des Bürgermeisters aus der Wählerliste zu streichen sei. Es wurde ausgesprochen: Der Senat stehe auf dem Standpunkt, daß der Grundbesitz der Ehefrau nach der hessens-nassauischen Landgemeindeordnung, wie auch nach der hessisch-nassauischen Landgemeindeordnung, dem Ehemanne anzurechnen solle auch für den Fall, daß der Grundbesitz sonst die Frau befähigen würde, zu wählen. Durch diese Anrechnung falle dann das Stimmbrecht der Frau weg. Wenn im § 16 der hessens-nassauischen Landgemeindeordnung (§ 45 der hessischen Landgemeindeordnung) alle Frauen ohne Unterschied als stimmberechtigt erklärt werden, sofern sie die für männliche Gemeindeglieder im § 11 Absatz 1 unter Nummer 1 bis 6a bezogen, § 6b bezeichneten Voraussetzungen erfüllen (hessische Landgemeindeordnung § 41, Nummer 1 bis 5), und außerdem im Gemeindebezirk zum Stimmbrecht befähigenden Grundbesitz haben, so sei diese Vorschrift nur anwendbar, wenn eine Anrechnung des Grundbesitzes der Frau nicht in Frage kommt, also bei weiblichen Personen, die unverheiratet oder Witwen seien.

Gratis-Behrmädchen.

In welcher Weise weibliche Arbeitskräfte zuweilen noch ausgenutzt wird, das zeigte ein gestern vor der 1. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts stattgehabte Verfahren. Es lag das Behrmädchen Margarete J. gegen die Schlesische Kognatbranntwein- und Co. auf Zahlung von 30 M. Vergütung und 30 M. Gehaltsentschädigung. Die Klägerin wurde von der beklagten Firma mit 30 M. Gehalt angenommen, aber schon nach wenigen Tagen wurde ihr bedeutet, ihre Arbeitsleistungen seien so minderwertig, daß man sie nur ohne Vergütung als „Behrmädchen“ behalten könne. Dieses Verhältnis sollte nach der Behauptung der Klägerin infolge gegenseitigen Uebereinkommens nur für die Monate Januar und Februar währen, sie arbeitete infolgedessen diese Monate umsonst, in der Hoffnung, im März endlich etwas zu verdienen. Als aber der März heranrückte, da erklärte der Chef der Klägerin, sie müsse noch weiter lernen und könne vorläufig noch keine Vergütung erhalten. Daraufhin ließ die Mutter sie nicht mehr ins Geschäft gehen. In der Verhandlung behauptete der Prinzipal, er hätte der Klägerin keine feste Zusage gemacht, von wann an sie Vergütung erhalten solle. Der Vorsitzende erwiderte ihm aber, der Lohn der Beerdigung der Lehre könne doch unmöglich in nebelhafter Ferne stehen.

Nach der Beratung des Gerichts legte der Vorsitzende dem beklagten Prinzipal nahe, die Summe von 30 M. vergleichsweise anzuerkennen, das Urteil würde nicht viel anders ausfallen. Denn es sei verständlich, daß ein Behrfräulein, auch wenn dessen Leistungen nicht gerade hervorragende sind, von Anfang an eine kleine Vergütung erhält und nicht gratis zu arbeiten braucht. — Um einer dahingehenden Verurteilung zu entgehen, zahlte der Beklagte 30 M., womit Klägerin einverstanden war.

Verbandsrat der Konsumvereine der Provinz Brandenburg.

Am 24. und 25. April fand in Sorau der 46. Verbandstag der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten statt. Aus dem weiten Tätigkeitsgebiet des Verbandes, welches die Provinzen Brandenburg, Schlesien, Posen, Pommern, Ost- und Westpreußen umfaßt, waren 124 Delegierte in Vertretung von 58 Genossenschaften erschienen. Als Gäste nahmen an den Verhandlungen Vertreter des Zentralverbandes und der Großhandelsvereine, sowie der Konsumvereine sowie des Lagerhaltungsverbandes teil. Nach dem gebräuchlichen Jahresbericht, der die Entwicklung des Verbandes eingehend behandelt, hat die genossenschaftliche Organisation der Konsumenten erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Zahl der angeschlossenen Vereine erhöhte sich von 93 auf 99. Deren Mitgliederzahl stieg von 87 896 im Jahre 1908 auf 98 100 im Jahre 1910, also um 10 204. Der Gesamtumsatz wuchs von 18 187 023 M. auf 21 011 156 M. an. Die Eigenproduktion in den Konsumvereinen hat eine immer größere Bedeutung erhalten; während die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr sich auf 18,65 Proz. belaufen, betrug die Steigerung des Wertes der in den eigenen Betrieben hergestellten Waren 33 Proz. Die Zahl der in den Vereinen beschäftigten Personen hat im Berichtsjahr das erste Tausend erheblich überschritten. Als ein Zeichen des wachsenden Vertrauens in die genossenschaftlichen Organisationen ist die Tatsache zu betrachten, daß die Mitglieder mehr und mehr ihre Spargelder in den Sparkassen der Genossenschaften anlegen. Die Steigerung der eingezahlten Spargelder belief sich auf 521 554 M. In ähnlicher Weise ist das Interesse der Mitglieder an der Entnahme von genossenschaftlichen Hausanteilen ein regeres geworden; hier betrug die Vermehrung 232 359 M. Der Bericht wurde auf dem Verbandstag durch ausführliche Darlegungen des Verbandsvorsitzenden Müller und des Verbandsekretärs Reudel erläutert.

Einen wichtigen Tagesordnungspunkt bildete das Referat des Generalsekretärs Heinrich Rauffmann über die Stellung der Konsumgenossenschaften zu den Erzeugnissen der Heimarbeit, Handindustrie und Strafanstaltsarbeiten. Ueber diesen Gegenstand haben Verhandlungen zwischen der Generalkommission der Genossenschaften und der Leitung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine stattgefunden. Dessen Ergebnis ist in zwei Resolutionen niedergelegt, die vom Genossenschaftstag einhellig gebilligt wurden.

Die weiteren Verhandlungen des Verbandstages beschäftigten sich mit der Notwendigkeit, den genossenschaftlichen Verwaltungsorganen eine instruktive Schulung in der genossenschaftlichen Praxis zuteil werden zu lassen. Ein entsprechender Antrag wurde dem Vorstand des Zentralverbandes als Material überwiesen.

Nach Entlassung des Vorstandes erfolgte die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandspersonen: Müller-Berlin, Buch-Brandenburg und Hübnert-Fort.

Als Tagungsort des nächstjährigen Verbandstages wurde Glinning bestimmt.

Gerichts-Zeitung.

Ein Täter — aber zwei Angeklagte!

Gegen den „Courier“, das Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, schwebt ein Strafverfahren wegen Vergehens gegen das Preßgesetz. Die Redaktion des Blattes weigerte sich, eine Annonce aufzunehmen, um deren Veröffentlichung sie ersucht worden ist. Als Annonce im „Courier“ sollte ein Gerichtsbescheid veröffentlicht werden, das in einer Beleidigungsklage ergangen war. Die Klage hatte sich nicht gegen den Redakteur gerichtet, aber dem Kläger lag daran, das Urteil durch den „Courier“ bekanntgeben zu sehen. Das Gericht billigte ihm zu, daß das Urteil auf Kosten des Beurteilten im „Courier“ annoniert werden solle. Nun gehört aber der „Courier“ nicht zu den Blättern, die gegen Entgelt Annoncen veröffentlichen. Aus Blättern dieser Art sind

nach den Bestimmungen des Preßgesetzes verpflichtet. Bekanntmachungen von Behörden gegen Entgelt aufzunehmen. Mitthin glaubte die Redaktion, auch die Aufnahme jenes Urteils abzulehnen zu sollen. Das Strafverfahren, das daraufhin gegen den „Courier“ eingeleitet wurde, richtete sich zunächst gegen den bisherigen Redakteur Nibel. Dieser wurde freigesprochen, weil er zu der fraglichen Zeit nicht mehr Redakteur des Blattes gewesen sei. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein, so daß angenommen werden mußte, nach wie vor gelte Nibel ihr als der Schuldige. Daneben aber schritt sie jetzt auch ein gegen den Nachfolger Nibels, den Redakteur Bränsche. Läter konnte ja höchstens einer sein, der eine, der zu der fraglichen Zeit verantwortlicher Redakteur des „Courier“ war. Doch das hinderte die Staatsanwaltschaft nicht, zwei Personen zugleich mit einer Strafverfolgung zu behelligen. Bränsche erklärte im Vorverfahren, ihm sei kein Ersuchen um Aufnahme der Annonce zugegangen, im übrigen aber lehne auch er die Aufnahme ab. Es kam zur Eröffnung des Hauptverfahrens auch gegen ihn, obwohl das Verfahren gegen Nibel infolge der Berufung der Staatsanwaltschaft noch seinen Fortgang nehmen mußte. Vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (Abteilung 141) wurde von Bränsche Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, beantragt, das Verfahren gegen Bränsche auszusetzen und die Erledigung des Verfahrens gegen Nibel abzuwarten. Andernfalls werde man es vielleicht erleben, daß beide Gerichte nach eigenem Ermessen zu einem derartig ungleichen Erkenntnis gelangen und somit beide Angeklagte bestraft würden. Auch der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Seligson, vertrat zunächst den Standpunkt, daß man doch nicht gegen Bränsche verhandeln könne, so lange nicht Nibels Freisprechung rechtskräftig geworden sei. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Assessor Bloß, antwortete, gerade das solle ja vermieden werden, dafür habe die Staatsanwaltschaft vorrätig halber Berufung eingelegt und sie bisher noch nicht zurückgenommen. Möglicherweise stelle hinterher sich heraus, daß doch nicht Bränsche verantwortlich sei. „Wenn ich die Berufung zurücknehme“, führte der Vertreter der Staatsanwaltschaft aus, „und Nibel hiermit freigesprochen ist, dann wird nachher vielleicht auch Bränsche freigesprochen — und dann sehe ich da.“ Auf die wiederholte Einwendung des Verteidigers und auch des Vorsitzenden, daß man doch, wenn nur einer verantwortlich sei, nicht zwei Redakteure zugleich verfolgen könne, erwiderte der Vertreter der Staatsanwaltschaft: „Das Verfahren gegen Nibel schwebt. Ich habe Berufung eingelegt, habe sie aber noch nicht begründet. Auf Anweisung von meinem Chef warte ich ab, wie das Verfahren gegen Bränsche enden wird.“ Das Gericht lehnte darauf den Antrag auf Aussetzung ab und trat in die Verhandlung ein. Als dann der Verteidiger Beweis dafür anbot, daß der „Courier“ nicht zu den verbotlichen Druckschriften gehöre, die Annoncen aufzunehmen, war dem Vertreter der Staatsanwaltschaft dieser Einwand ganz neu. Der Verteidiger erinnerte daran, daß auch von Nibel schon derselbe Einwand mit vorgebracht sei, wie aus den Akten des Verfahrens gegen Nibel zu ersehen sein werde. Da diese Akten dem Gericht nicht vorlagen, so mußte die Verhandlung verlagert werden.

Die polnische Fahne auf dem Gutshof.

Der Rittergutbesitzer von Zulawisch aus der Provinz Posen sollte sich gegen die Regierungen-Polizeiverordnung vom 17. April 1891 verhalten haben, wonach ohne Genehmigung Fahnen in anderen als den preussischen Landesfarben und den deutschen Reichsflaggen öffentlich nicht ausgehängt, ausgestellt oder getragen werden dürfen. Herr v. R. feierte im August 1909 eines Sonntags seine silberne Hochzeit. Um ihn zu erfreuen, hatten seine Töchter und die Wittib ohne sein Wissen eine fünf Meter lange Fahne in Weiß-Rot, also in den alten polnischen Landesfarben, hergestellt und sie zu einem Dachfenster an der Vorderfront des Herrenhauses herausgehängt. Haus und Park waren auch sonst festlich geschmückt. Erst durch Gäste erfuhr Herr v. R. von der Fahne. Am Montag früh ließ er die Fahne entfernen. Obwohl der Angeklagte nachwies, daß er selber die Fahne gar nicht hatte aushängen lassen, verurteilte ihn die Strafkammer in Posen zu einer Geldstrafe. Sie führte aus, daß es gleichgültig wäre, ob er die Fahne selber habe aushängen lassen oder nicht, wenn auch die Verordnung nur den mit Strafe bedroht, der eine solche Fahne aushängt, ausstellt oder trägt. Es stehe fest, daß er schon am Sonntag, den 28. August, von dem Aushängen der Fahne Kenntnis erhalten habe. Trotzdem habe er sie erst Montag entfernen lassen. Damit falle die Verantwortung für den Zustand des Ausgestellenseins seit der Kenntnisnahme auf ihn, den Hausherrn, der die Nacht hatte, die Fahne nunmehr zu entfernen und es doch nicht tat. — Das Kammergericht verwarf die gegen dieses Urteil vom Angeklagten eingelegte Revision. Die Verordnung sei wegen der in der Provinz Posen bestehenden nationalen Gegenstände rechtskräftig. Sie sei auch durchaus zutreffend angewendet worden. — Polen ist nun wieder geteilt.

Der Raubfall auf den Gelbbriefträger Eulenburg vor Gericht.

In dem Prozeß gegen den Schneider Emil Drechsler und den Handlungsgehilfen Wilhelm Kayser wegen des Raubfalles auf den Gelbbriefträger Eulenburg wurde gestern in fünfter Nachmittagsstunde das Urteil gefällt. Nach einem längeren Plädoyer des Rechtsanwalts Ackermann für den Angeklagten Kayser und einer ausführlichen Erwidrerung des Staatsanwalts Dr. Alee gegen sich die Schwurworen kurz vor 2 Uhr zur Beratung zurück. Der Wahrspruch lautete gegen Drechsler auf „Schuldig“ des schweren Raubes und gegen Kayser auf „Schuldig“ der Beihilfe zu diesem Verbrechen. Beiden Angeklagten wurden die miserablen Umstände verlesen.

Staatsanwalt Dr. Alee führte bezüglich des Strafmaßes aus, daß es sich um eine sehr gemeingefährliche Tat handle, daß ferner auch Drechsler durch sein hartnäckiges Leugnen sich jede Milde verweigert habe. Unter Einbeziehung der Justizhausstrafe von 2½ Jahren, die Drechsler augenblicklich verbüßt, beantragte der Staatsanwalt die höchste zulässige Strafe von 15 Jahren Justizhaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Gegen Kayser beantragte der Vertreter der Anklage 10 Jahre Justizhaus und die gleichen Nebenstrafen.

Die Verteidiger Rechtsanwalt Berndt und Ackermann beantragten eine mildere Bestrafung.

Das Urteil lautete gegen Drechsler auf eine Gesamtstrafe von 11 Jahren Justizhaus unter Einrechnung der beiden anderweitigen gegen ihn erkannten Strafen, und gegen Kayser auf 7 Jahre Justizhaus, sowie je 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Pflicht zur Verwahrung bittiger Gunde.

Am 14. März 1904 wurde die damals neunjährige Klägerin M. in Marterabors, O.-L., von dem auf der Dorfstraße befindlichen Gunde des Gastwirts und Fleischers Hermann Schults daselbst umgerannt und in den rechten Oberschenkel gebissen. Die Verunglückte und ihre Eltern machen Schadensersatzansprüche gegen Schults geltend, indem sie neben anderen Verletzungen die tuberkulöse Erkrankung eines Fußes behaupten.

Das Landgericht Orlitz verurteilte den Beklagten zur Zahlung von 100 M. Schmerzensgeld. Im übrigen wies es die Klage ab, weil es den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Erkrankung des Fußes und dem Unfall nicht für dargelegt erachtete. Das Oberlandesgericht Breslau erkannte auf einen Eid der Mutter der Verletzten dahin, daß sie vor dem Unfallstage Anschwellungen an den Füßen ihrer Tochter nicht bemerkt habe. Für den Fall der Eidesleistung erachtete es den Anspruch der Kläger auf Heilungskosten und Rentenzahlung für gerechtfertigt dem Grunde nach. Und zwar trifft es diese Feststellungen an Hand eines Sachverständigengutachtens.

Gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Breslau hatte der Beklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt, diese ist jetzt vom IV. Zivilsenat zurückgewiesen.

Die Zahlstelle Berlin des Schmiedeverbandes hielt am Donnerstag in den „Kustlerjalen“ eine außerordentliche Generalversammlung ab. Gegen die am 23. März vollzogene Delegiertenwahl war von einigen Mitgliedern Protest erhoben worden, und zwar erstens, weil die Kandidaten auf dem Stimmzettel in zwei Spalten mit dem Merkmal, welche für, und welche sich gegen die Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband erklärt hatten, aufgeführt waren; zweitens, weil die Spandauer Mitglieder von der Anberaumung der Wahlen nicht rechtzeitig unterrichtet worden seien, und drittens, weil der Vorsitzende Siering parteiisch gehandelt und bestimmte Kandidaten empfohlen habe. Der Verbandsvorstand erklärte den ersten Protestgrund für ungerechtfertigt, weil ein Versammlungsbefehl vorgelegen hatte, wonach die Stellung der Kandidaten zur Verschmelzungsfrage auf den Stimmzetteln hervorzuheben war. Er erklärte jedoch die Wahlen für ungültig, da er den zweiten Protestgrund insofern für berechtigt ansah, als auch seiner Auffassung nach ein größerer Teil der Mitglieder in Spandau von den Wahlen nicht genügend unterrichtet war. Der dritte Protestgrund wurde vom Verbandsvorstand nicht als berechtigt anerkannt. — Der Vorsitzende Siering verlas nun die wichtigsten zu dieser Angelegenheit vorliegenden Schriftstücke. In dem Antwortschreiben, das die beiden Bevollmächtigten der Zahlstelle gegen den Protest dem Verbandsvorstand zugefandt hatten, wird unter anderem betont, daß der Spandauer Bezirksleitung die Einladungen zur Wahlversammlung ordnungsgemäß und rechtzeitig zugefandt worden, die dortigen Mitglieder auch genügend in Kenntnis gesetzt worden seien.

Die Diskussion bezog sich lediglich auf die Verschmelzungsfrage. Es zeigte sich wiederum, daß die Meinungen über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Vereinigung mit dem Metallarbeiterverbande sehr geteilt sind. Die Diskussion konnte nur kurz sein, da um 10 Uhr die Wahlen vorgenommen wurden. Während die Wahlkommission die Stimmen auszählte, verlas der Kassierer Henschel die Abrechnung vom 1. Quartal 1910. Sie schließt für die Hauptkasse mit der Bilanzsumme von 15 888,31 M. ab. An die Hauptkasse wurden 2530,84 M. gefandt. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 4119,17 M. ausgegeben, für Krankenunterstützung 3370,71 M., für Streikunterstützung 665 M., für Gemeinnützigkeitsunterstützung 885,30 M. Der Bestand der Lokalkasse ist bei einer Ausgabe von 1480,20 M., von 20 126,10 M. auf 21 888 M. gestiegen. Das Vermögen der Zahlstelle war am Quartalschluß 58 286 M. Die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Quartals von 2261 auf 2362. Zur Kaiserfeier gab der Vorsitzende bekannt, daß die Kaiserfeier der Schmelze bei Wille in der Brunnenstraße um 12 Uhr stattfindet. Schuberger stellt den Antrag, daß die Gelder, die bei der Kaiserfeier eingenommen werden, der für die Ausgaben der Kaiserfeier im nächsten Jahre in Frage kommenden Bezirkskasse überwiesen und die betreffenden Instanzen zur Bildung dieser Kasse aufgefordert werden. Der Antrag wurde fast einstimmig angenommen.

Die Auszählung der Stimmen von den Delegiertenwahlen ergab, daß keiner der aufgestellten Kandidaten die zur Wahl erforderliche absolute Mehrheit erhalten hatte. Die Stichwahlen finden am nächsten Montag in einer Versammlung statt, die wiederum in den „Kustlerjalen“ tagen wird.

Inzwischen hat die Versammlung zur Vollziehung der Stichwahlen stattgefunden. Sie begann wiederum mit einer kurzen Debatte über die Verschmelzungsfrage, in der Redner beider Parteien zu Wort kamen. Auf der Kandidatenliste standen sechs Anhänger und vier Gegner der Verschmelzung. Einer der Verschmelzungsfreunde trat jedoch von der Kandidatur zurück, um, da nur fünf Delegierte zu wählen waren, einererspaltung der Stimmen vorzubeugen. Während die Stimmen ausgezählt wurden, hielt Emil Basner einen Vortrag über die Anfänge der sozialistischen Bewegung und schilderte, zum guten Teil auf Grund eigener Erfahrung, die Entwicklung und die Kämpfe der Arbeiterorganisationen, namentlich auch der Schmiedervereinigung, von den sechziger Jahren an, dann die Wirkungen des Sozialistengesetzes und schließlich das Emporkommen der modernen Gewerkschaftsverbände. Der Vortrag, der mit der Mahnung an die Anwesenden schloß, in den Kämpfen der Gegenwart und vor allem auch im Wahlrechtskampf ihren Mann zu stehen, fand lebhaften Beifall.

Darauf wurde das Wahlergebnis verkündet. Die meisten Stimmen hatten erhalten: Samereier, Schindler, Grahl, Frihe und Kriening, sämtlich Anhänger der Verschmelzung. Die Kandidaten der Verschmelzungsgegner waren mit durchschnitlich 12 Stimmen in der Minorität und einer, der Kassierer Henschel, hatte nur eine Stimme weniger erhalten als Kriening. Eine absolute Majorität der abgegebenen gültigen Stimmen war nur für Samereier vorhanden. Es entstand nun eine lebhafte Debatte darüber, ob auch für die Stichwahlen absolute Majorität gelten müsse. Schließlich wurde über diese Frage abgestimmt, und die Versammlung erklärte sich gegen wenige Stimmen dafür, daß die relative Mehrheit entscheidend, jene fünf Kandidaten also als gewählt anzusehen seien.

Verband der Sattler und Portefeuillier. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am Mittwoch ihre Generalversammlung ab. Schufze gab den Bericht vom 1. Quartal ab. J. Koch in seinem Quartal waren im Verlaufe so viel Lobensbewegungen zu verzeichnen, wie in dem verfloffenen. Redner gab nochmal einen zusammenfassenden Ueberblick über die Differenzen. Im „Vorwärts“ wurde jedesmal darüber berichtet. Mit den Resultaten der Lohnbewegungen kann die Organisation zufrieden sein. Große Aufmerksamkeit mußte den schlesischen Gesellen zugewendet werden, da aus den dortigen rüchständigen Gegenden immer wieder Zugung von Arbeitswilligen eintraf. Behrer berichtete sodann über den Stand der Kassenverhältnisse und der Mitgliederbewegung.

Die Abrechnung zeigt folgendes Bild: Die Ortsverwaltung hat eine Einnahme von 17 179,40 M. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 17 179,40 M. gegenübersteht, wobei eine Summe von 6854,46 M. enthalten ist, die an den Hauptvorstand abgeliefert wurde. Die Lokalkasse hat eine Einnahme von 89 819,67 M. und eine Ausgabe von 2452,75 M., so daß ein Bestand von 36 866,92 M. verbleibt. Die Berliner Ortsverwaltung hat einen Abschluß von 2423,93 M. Einnahme, 1947,01 M. Ausgabe, bleibt ein Bestand von 476,92 M. Die Einnahmen der Lehrlinge und Jugendabteilung der Ortsverwaltung Berlin betragen 15 M. Ausgaben sind keine verzeichnet. Die Abteilung besteht aus 84 Lehrlingen und 7 Hilfsarbeitern.

Der Mitgliederbestand am 1. Januar 1910 betrug 2843 Mitglieder, darunter weibliche 181; dem stehen am 31. März 1910 2978 Mitglieder, darunter 143 weibliche, gegenüber.

Saumann erbatte Bericht über die Benutzung des Arbeitsnachweises: Eingeschrieben waren 503 Arbeitslose, davon 15 nicht organisiert. Im Januar 175, Februar 174, März 154, verlangt wurden 383 Arbeitskräfte. Im Januar 85, Februar 119, März 179. Besetzt wurden 257 Stellen. Im Januar 60, Februar 96, März 101.

Dieserigen Treibriemensattler, die nach Ablauf der 5. Woche sich noch im Streit befinden, sollen aus der Lokalkasse eine einmalige Kostenträgerung von 10 M. erhalten. Das frühere Mitglied Rosenthal wieder aufzunehmen, lehnte die Versammlung mit großer Majorität ab, dagegen stimmte sie der Aufnahme des Kollegen Wiese zu.

Antlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Futur reichlich, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Wild: Futur gering, Geschäft ruhig, Preise fast unverändert. Geflügel: Futur gering, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise nachgebend. Rind: Futur mäßig, Geschäft etwas lebhafter, Preise bedrückend, für Viehe hoch. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Futur mäßig, Geschäft ziemlich reg, Preise wenig verändert.



Unsern Genossen  
**Paul Dahnst** nebst **Brut**  
die herzlichsten Glückwünsche  
zur Vermählung.  
Die Genossen des 30-Bezirks  
Rixdorf.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.**  
Köpenicker Viertel.  
Bezirk 103, Teil II.  
**Nachruf.**  
Am Freitag, den 22. April, ver-  
starb unser Mitglied, der Stein-  
brücker  
**Artur Wenzlow**  
im Alter von 37 Jahren an der  
Lungenentzündung.  
Ehre seinem Andenken!  
217/10 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Kaudzberger Viertel.  
(Bezirk Nr. 394 b, Teil I.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unsere Genossin, Frau  
**Anna Gaser**  
Kochhausstr. 42  
gestorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 28. April, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
217/11 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 23. April verstarb unser  
Mitglied, der Aufhewelder  
**August Ambrosius**  
Reher Str. 39.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 28. April, nach-  
mittags 6 Uhr, von der Leichen-  
halle des Bartholomäusstrichhofs,  
Weihensee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
227/2 Der Vorstand.

**Verband der Fabrikarbeiter**  
Deutschlands.  
Zahlstelle Groß-Berlin.  
Bezirk Niederlehme.  
**Nachruf.**  
Am Freitag, den 22. April ist  
unser Kollege  
**Oskar Genz**  
verstorben.  
Ehre seinem Andenken!  
68/9 Die Ortsverwaltung.

**Todes-Anzeige.**  
Nach schwerem Leiden entschlief  
heute sanft meine liebe Frau,  
unsere Tochter und Schwieger-  
tochter  
**Berta Kropp**  
geb. Altmüller  
im Alter von 31 Jahren.  
Um stille Teilnahme bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Karl Kropp**  
nebst Eltern, Schwiegereltern  
und sonstigen Verwandten.  
Ober-Schöneweide, 25. IV. 1910.  
Die Beerdigung findet statt am  
Donnerstag, den 28. April, nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des hiesigen Friedhofes.

Allen Freunden und Bekannten  
hiermit zur Nachricht, daß meine  
liebe Frau  
**Sophie geb. Liese**  
am 24. d. M. verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 28. d. M., nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle  
des Nordfurter Friedhofes, Marien-  
dorfer Weg, aus statt.  
Der trauernde Gatte  
1897b **Emil Lindenau.**

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, daß meine  
liebe Frau  
**Wilhelmine Müller**  
geb. Granzow  
am 25. d. M. plötzlich verstorben ist.  
Der trauernde Gatte  
**Ludwig Müller u. Kinder.**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 28. d. M., nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, vom Trauer-  
haus Kuglerstr. 13 aus nach dem  
Weihmanns-Friedhof in Nordend  
statt.

**Zentral-Kranken-Unterstützungs-**  
**verein der Schmiede und ver-**  
**wandten Gewerbe Deutschlands.**  
Berlin 5.  
**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag, den 24. April,  
verstarb unser Mitglied  
**Johannes Jahr**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 27. d. M., nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Nazareth-Kirchhofes in  
Reinickendorf-West aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
178/10 Der Vorstand.

**Dr. med. Magnus Hirschfeld,** Spez.  
für nervöse und psychische Leiden,  
wohnt in den Zelten 16, I. Sprech-  
zeit 4-6.

**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-  
straße 37a (2. Haus von der  
Jerusalemstraße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große  
Frankfurt Str. 115 (2. Haus  
von der Andreasstraße).  
Schr. gr. Ausw. fert. Kleider,  
Hüte, Handschuhe, Schleier  
etc. v. einfachsten bis zum  
hochelegant. Genre z. äußerst  
niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung:  
**Haarverfertigung** in  
10 bis 12 Stunden.

**Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter**  
Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.  
Donnerstag, den 28. April 1910, abends 8 Uhr:  
**General-Versammlung**  
in Dreifeld Gehäusen, Neue Friedrichstraße 35 (großer Saal).  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom ersten Quartal 1910 und Bericht der Revisoren.  
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 29/30  
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt.  
Zahlreicher Besuch erwartet. Der Zweigvereinsvorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüreau:  
Dof I. Amt 8, 1209. Charlottenstraße 2. Dof III. Amt 3, 1087.

Donnerstag, 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause  
(Saal 7), Engelauer 15:  
**Branchen-Versammlung**  
der  
**Elektromonteur und Helfer Berlins und Umgegend**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Davidsohn über: Deutsche Humoristen der  
neueren Zeit. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Ver-  
schiebenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 28. April, abends 6 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
für  
**Wildau, Königswusterhausen u. Umgeg.**  
im Lokal von Schuhmann, Wildauerhof.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Gehen. 2. Diskussion. 3. Verbands-  
angelegenheiten.  
Kollegen! In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das  
Erscheinen aller dringend notwendig.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Zahlstelle Charlottenburg.  
Donnerstag, 28. April, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause,  
Kosmisenstr. 3:  
**Generalversammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom I. Quartal 1910.  
2. Bericht von der Goutoniererei.  
3. Verbandsangelegenheiten.  
4. Gemeinshafliches und Verschiedenes.  
82/14 Die Ortsverwaltung.

**Kufeke**  
Tausendfach bewährte  
Nahrung bei:  
**Brechdurchfall,  
Diarrhöe,  
Darmkatarrh, etc.**  
-Kindernahrung  
-Krankenkost

**Dankfagung.**  
Allen Freunden, Kollegen, Genossen  
und Genossinnen sowie im besonderen  
den organisierten Frauen Lichtens-  
bergs für die so herzliche und rege  
Teilnahme bei der Beerdigung meiner  
lieben Frau, unserer guten Mutter,  
Schwiegermutter, Großmutter und  
Schwägerin  
**Emma Kaßler**  
unseren tiefgefühltesten Dank.  
Für die treueren Worte des Gen.  
Walder Kanasse und den trefflichen  
Gesang des Männerchors der Handels-  
und Transportarbeiter am Grabe  
der Dahingefahrenen unseren ganz  
besonderen Dank.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**Karl Kaßler.**

**Wanzen**  
tötet unschädlich mit Brut  
**Reichels Wanzenfluid „Radikal“**  
Fl. 50 Pf. 1.-, 2.-, 3.-, Vierfl. 5.-  
Abolus fließt, nicht feuergefährlich.  
Kein übl. Geruch, nachhaltigste Wirkung

**Schwaben**  
vernichtet mit Brut radikal und sicher  
**Reichels Spezial-Schwaben-Poudre**  
„Martial“. Dof. 50 Pf. 1.-, 2.-, 3.-, 4.-

**Motten**  
werden ganz sicher vertrieben und  
vollkommen ausgerottet durch Reichels  
**Spezial-Mottenpulver „Total“**, Dof. 50  
Pf. 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-  
Sprühdapparate von 50 Pf. an.  
**Einzig echt** f. Original-  
packungen **Tod u. Teufel**  
mit Marke  
in den Drogerien und bei **Otto  
Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.**  
Fernspr. -Anschlüsse IV 4751, 4752, 4753.

**Regen-Kleidung!**



**Loden-Pelerinen** mit Kapuze u. Tragebänder  
Originalkleidung der Alpenländer, geraut und glatt, fries- und flausartig  
**Bequemste Kleidung auf Touren**  
Schutz gegen Staub, Wind, Regen, Erkältung usw.

Für Herren und Damen:	Für Knaben u. Mädchen:
24.- 21.- 18.- 16.50 M.	12.50 11.50 10.50 Mark
15.- 12.- 10.- 8.- M.	9.50 7.50 5.50 Mark

Regen-Mäntel □ Gummi-Paletots □ Gummi-Pelerinen

# BaerSohn

Spezial-Haus größten Maßstabes  
für gute Herren- und Knaben-Kleidung

Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11  
Or. Frankfurterstr. 20 Schöneberg, Hauptstr. 10

Der neueste Haupt-Katalog kostenlos und portofrei

**Sparen Sie nicht**  
beim Zahnen Ihres Kindes an dem künstlich  
als völlig unschädlich empfohlenen Wehnide-  
Zahn-Balsam, sonst haben Sie  
**unruhige Tage und Nächte**  
und das Kind große Schmerzen.  
**Wehnide - Zahn - Balsam**  
beruhigt und beseitigt sofort die Schmerzen.  
In tausenden Fällen bewährt. 1 Flasche M. 1.-  
Für Flaschen Kinder verwendet man außerdem  
**Wehnide-Kindernahrung**  
Zu haben in fast allen Apotheken und besseren  
Drogerien. Ausführlichen Prospekt daselbst  
oder durch die **Fabrik chem. Spezial-  
itäten Adolf Kirch, Bonn, kostenlos.**

**Stoff-Reste**  
ansprechend für komplette Herren-Anzüge, Hosen, Paletots, Damen-  
Kostüme, Kleider, Röcke, Loden-Pelerinen etc., die sich bei uns in  
Massen anhäufen, verkaufen wir bedeutend unter Preis!  
Meter Mk. 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-  
**Tuchfabrik-Lager** Koch & Seeland  
Hofstraße 2. - Sonntags geöffnet. 5084L\*  
Gesellschaft m. b. H.

**Reste**  
Damenstübe, schwarz und  
farbig, Costum-Stoffe, neueste  
Muster. Triest-Stoffe, Seiden-  
Pflanz, Sammete,  
Seide etc.

**Confection**  
Paletots,  
Jacketts, Stab-  
mäntel, Costum und Costum-  
röcke in grosser Auswahl.

**C. Pelz,**  
Kottbuserstr. 5.

**Vorjährige**  
hochelegante 50/17\*  
**Herrenanzüge u. Paletots**  
aus feinsten Maßstoffen  
jetzt 20 bis 50 Mark.  
= Billige Hosenwoche =  
**Versandhaus Germania**  
Unter den Linden 21

**Einige tausend**  
Stück geliegender, vornehm gearbeiteter  
**Damen-Konfektion**  
neuesten Genres, und zwar speziell  
**Kostüme und Mäntel**  
geeignet für Reise, Gebirge, Strasse, in allen Stoffarten,  
Tuch, Loden, Bast, Leinen, Seide,  
**Franz. Kleider, Backfisch-Konfektion**  
Röcke, Jacketts, Blusen, Kimonos, Beduinen  
In jeder Größe, für jede Figur, verkauft

# Westmann

Mohren Str. 37a Gr. Frankfurter Str. 115  
nahe Jerusalem Str. nahe Andreasstr.  
teilweise unter halben Saison-Preisen

und zwar . . .	24 M.	18	12	10	8	6	4	3	2	1
gegen früher s. T. M.	70	50	35	25	20	15	10	8	6	4
und zwar . . .	20 M.	15	10	8	6	4	3	2	1	0.50
gegen früher s. T. M.	60	40	30	20	15	10	8	6	4	3

Gratis 2 1/2 m Stoff zu einem Rock bei Einkauf von nur M. 12.- an

ges. gesch. Trauer-Westmann ges. gesch.  
Ezbe-Abteil. f. fert. Trauerkleider, Blusen, Hüte, Schleier etc.





Reichstag.

78. Sitzung vom Dienstag, den 26. April, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Niemand. Auf der Tagesordnung stehen

Berichte der Wahlprüfungskommission.

Die Wahl des Abgeordneten Glowa (Z.) wird entsprechend dem Antrag der Wahlprüfungskommission debattelos für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Lebröse (Köln) beantragt die Kommission ebenfalls für gültig zu erklären.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Köln) beantragt, die Prüfung noch einmal an die Kommission zurückzuverweisen.

Abg. Schwarze-Lippstadt (Z.) bemerkt, daß die Kommission in diesem Falle nicht anders verfahren sei wie auch sonst, was

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Köln) lebhafte bestreitet.

Die Wahl wird für gültig erklärt.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Klehe (natt.), welche die Kommission beantragt für ungültig zu erklären.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Köln) beantragt: Der Reichstag hat diese Wahl schon einmal an die Kommission zurückverwiesen, weil aus amtlicher Wahlbeeinflussung in einem Teile des Wahlkreises nicht ohne weiteres auf das Vorliegen einer amtlichen Kandidatur auch in dem anderen Teil des Wahlkreises geschlossen werden kann.

Die Kommission ist auf ihrem Standpunkt stehen geblieben und deshalb beantragt ich, die Prüfung dieser Wahl an sie zurückzuverweisen.

Abg. v. Dethen (Rp.): Zu einer amtlichen Kandidatur gehört unzweifelhaft, daß die Staatsregierung durch irgend einen Akt und gibt, daß sie für den Kandidaten eintritt, nicht aber, daß unter den Umständen eines Wahlauftrages einige Beamte mit ihrem Amtskarakter sich befinden. Dennoch hat hier überhaupt keine amtliche Kandidatur stattgefunden. Will man das aber doch annehmen, so kann aus dem Umstand, daß der Kreisdirektor von Helmstedt den Auftragsunterschied hat, doch nur annehmen, daß im Kreis Helmstedt, nicht auch im Kreis Wolfenbüttel die Kandidatur eine amtliche war. Ich schließe mich daher dem Antrag des Abg. Dr. Neumann-Hofer an.

Abg. Fischer (Soz.):

Wenn man sich auf den Standpunkt des Abg. Neumann-Hofer stellt und für den Kreis Wolfenbüttel die Frage der amtlichen Kandidatur verneint, so müßte man doch aus der Unterschrift des Bürgermeisters von Schöppenstedt eine amtliche Wahlbeeinflussung in Schöppenstedt annehmen und die 200 Stimmen aus Schöppenstedt in Abzug bringen, und dann wäre das Resultat genau daselbe, nämlich die Ungültigkeitserklärung der Wahl. Der praktische Erfolg des Antrags des Abg. Neumann-Hofer wäre also, daß die Kommission zum drittenmal sich mit der Frage zu beschäftigen hätte und wahrscheinlich genau so entscheiden würde wie bisher, daß aber, selbst wenn sie in der Frage der amtlichen Kandidatur anders entscheidet, das Haus doch zu demselben Resultat kommen müßte. — Nun noch ein Wort zu der von Herrn v. Dethen angeregten Prinzipienfrage. Nach seinem Prinzip wäre eine amtliche Wahlbeeinflussung oder amtliche Kandidatur niemals festzustellen. Die Kommission ist aber immer konsequent bei dem Standpunkt geblieben, daß die Unterzeichnung von Wahlaufträgen von Beamten unter Verfassung ihres Amtskarakters eine unzulässige Beeinflussung ist, und Herr v. Dethen ist mit der gegenteiligen Auffassung regelmäßig von seiner Partei desaboniert worden. Aber Sie haben das Prinzip, wenn amtliche Wahlbeeinflussungen für rechtserhebende Kandidaturen in Frage gestellt werden, so ist das keine Beeinflussung. Wenn Sie die Prinzipien bekämen, würden Sie anders urteilen. Wer prüft und wer geprüft wird, hat eben verschiedene Auffassungen vom Prinzip. (Große Heiterkeit.) Ich erinnere an die Wahl des Sozialdemokraten Braun. Damals sagten Sie, die Wahlbeeinflussung hat und nicht genügt, aber Sie hat doch auch den Sozialdemokraten nicht geschadet, und deshalb schmeihen wir uns heraus. Damals wurde also der Grundsatze aufgestellt, eine amtliche Wahlbeeinflussung muß bestraft werden, auch wenn sie keinen Erfolg hat. In Wirklichkeit meinten Sie, „weil“ sie keinen Erfolg hatte. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Jetzt ist der Grundsatze aufgestellt worden, eine amtliche Wahlbeeinflussung darf nicht bestraft werden, weil sie Erfolg hatte. Die Frage ist also einfach die, wollen wir mit der alten

Praxis in der Beurteilung amtlicher Wahlbeeinflussung brechen, ja oder nein. Wenn Sie das tun wollen, tun Sie es. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Heinze (natt.): Der Reichstag hat bereits das vorige Mal entschieden, daß eine amtliche Kandidatur nicht stattgefunden hat; folgerichtig muß daher der Bericht wieder an die Kommission zurückverwiesen werden.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Köln) beantragt: Es handelt sich darum, welche Auffassung maßgebend sein soll, die der Kommission oder des Plenums. Was Herr Fischer über die Stimmen in Schöppenstedt angeführt hat und auch im Bericht steht, ist eine Privatarbeit des Abgeordneten Fischer und nicht eine Feststellung der Kommission.

Abg. Dr. Dethen (Rp.): Der letzteren Auffassung muß ich entschieden widersprechen, der Bericht ist ja auch von der ganzen Kommission unterschrieben. Ich bitte dringend, es bei der bisherigen Praxis der Kommission zu belassen und die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Fischer (Soz.):

Mit seinen Ausführungen und Befreiungen, daß in dem Bericht der Wahlprüfungskommission eine Privatarbeit von mir hineingetragen ist, zeigt der Abg. Neumann-Hofer, daß es entweder die betrübliche Gabe hat, sich so auszudrücken, daß der eine so, der andere so es auffassen muß (Große Heiterkeit), oder sich so auszudrücken, daß er nach fünf Minuten nicht mehr weiß, was er gesagt hat. Nach dem früheren Beschluß des Reichstages sollte die Kommission noch einmal prüfen, ob auch für den Kreis Wolfenbüttel das Vorliegen einer amtlichen Kandidatur anzunehmen sei, und würde nach der erneuten Prüfung diese Frage verneint werden, so sollten die anderen Protestpunkte untersucht werden. An diese Aufgabe hat sich die Kommission gemacht, und hat beschlossen, die Frage der amtlichen Kandidatur genau so zu beurteilen, wie früher. Wenn sie sich aber auch auf den Standpunkt stellt, daß eine amtliche Kandidatur nur für den Kreis Helmstedt anzunehmen ist, so hat die Kommission auch für diesen Fall das ziffermäßige Ergebnis untersucht, und das Resultat für diesen Fall ist nicht etwa eine Privatarbeit des Abg. Fischer, sondern der Bericht der Kommission, der von ihrem Vorsitzenden unterschrieben ist. Nach der ständigen Praxis des Reichstages war damit die Aufgabe der Kommission erledigt, und sie hätte unter den gegebenen Umständen gar nicht das Recht, anders zu handeln, als sie getan hat. Damit sind auch die Einwendungen des Abg. Dr. Heinze hinfällig. Wenn Sie eine nochmalige Prüfung durch die Kommission haben wollen, müssen Sie den Antrag stellen, unter Ausschließung der Frage der amtlichen Kandidatur die übrigen Protestpunkte zu prüfen. Wenn Sie nur nach dem Umfange der amtlichen Wahlbeeinflussung eine Prüfung haben wollen, so ist diese von der Kommission schon zweimal geleistet worden. Im übrigen ist es gleichgültig, aus welchen Gründen die Prüfung zurückgewiesen wird. Die Tatsache, daß die Wahlprüfung zurückgestellt wird, ist entscheidend dafür, daß sie im Verlaufe dieser Legislaturperiode überhaupt nicht mehr entschieden wird, und das ist für Sie der springende Punkt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Köln) beantragt: Ich habe den Kommissionsbericht natürlich nicht als Privatarbeit Fischers bezeichnet (Große Heiterkeit), sondern nur gesagt, daß die Eventualberechnung des Berichtes über die Zahlen aus Schöppenstedt lediglich Vortrag Fischers gewesen sind, dessen Behauptungen die Kommission sich nicht zu eigen gemacht hat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Na also!)

Damit schließt die Diskussion.

Abg. v. Dethen (Rp. (persönlich)): Herr Fischer hat mir Inkonsequenz vorgeworfen. Ich bemerke, daß das Festhalten am Prinzip ein Zeichen geistiger Reuelosigkeit ist.

Der Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission wird mit den Stimmen der Volkspartei, der Nationalliberalen, der Rechten und eines Teiles des Zentrums angenommen.

Es folgt die Wahl des Abg. Krustadt (L. Langensalza-Wahlkreis). Die Kommission beantragt Ungültigkeit.

Abg. v. Brodhausen (L.) wendet sich gegen den Kommissionsantrag. Die Austragung von Stimmzetteln in durch den Gemeindevorsteher und der Umstand, daß in einem Wahllokal neben den Kuberts konservativen Wahlzetteln auf dem Tisch gelegen haben, genügen doch nicht zur Kasserung einer Wahl. Ich beantrage Gültigkeit der Wahl.

Die Diskussion schließt. Der Antrag Brodhausen wird durch die Stimmen der Rechten, des Zentrums und der National-

liberalen angenommen und die Wahl des Abg. Krustadt somit für gültig erklärt.

Es folgt die Wahl des Abg. Mayer-Pfarrkirchen (Z.); die Kommission beantragt Ungültigkeit.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) wendet sich gegen den Kommissionsantrag. Die Kommission beantragt Ungültigkeitserklärung wegen formaler Verstöße gegen das Wahlreglement, z. B. weil Wähler vor statt in dem Isolierraum ihre Wahlzettel ins Kubert gesteckt haben, weil Gemeindevorsteher Wahlbeeinflussungen ausgeübt haben sollen usw. Der Reichstag ist es sich selbst schuldig, seine Wahlprüfungen nicht von kleinlichen Formalitäten abhängig zu machen. Was hat es außerdem denn für einen Zweck, jetzt noch eine Nachwahl zu veranstalten. Warum soll man so kurz vor den allgemeinen Wahlen einem Wahlkreis eine solche Schere machen, bloß weil der große Gemeindevorsteher Joseph Niedermeyer im Isolierraum geessen hat. (Große Heiterkeit und lauter Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Köln) beantragt: Ich möchte entschieden dagegen protestieren, daß so ernste Dinge, wie Wahlprüfungen es sind, derart scherzhaft behandelt werden, wie der Vorredner es beliebt hat. Verletzungen des Wahlgeheimnisses und Einwirkungen auf die Wahlfreiheit der Wähler sind wahrlich keine spaßhaften Dinge. (Stürmische Zustimmung links.) Wenn wir uns vollends, wie der Vorredner will, von dem Bestreben leiten lassen, Wahlkreise die Neuwahl zu ersparen: nun, dann ist unsere ganze heutige Verhandlung Komödie. (Stürmische Zustimmung links.) Ich bitte es, beim Kommissionsbeschluß zu belassen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Sped (Z.) schließt sich dem Antrage Arendt an. Von Verletzung des Wahlgeheimnisses und von amtlicher Wahlbeeinflussung könne keine Rede sein. Der Polizeidiener Joseph Niedermeyer hat vom Gemeindevorsteher Beifall erhalten, stets aus dem Fenster zu sehen, wenn ein Wähler den Isolierraum betritt. (Stürmische Heiterkeit links.) Ich bitte Sie (nach links), der Aufforderung des Vorredners zu folgen und erst zu bleiben. (Abg. Fischer, Berlin: Das ist später gegenüber solchen Ausführungen. Laute und lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Fischer (Soz.):

Ich will mir alle Mühe geben, der Aufforderung des Abg. Sped zu folgen und erst zu bleiben — wenn es mir auch sehr schwer fällt. (Sehr gut!) bei den Sozialdemokraten.) Denn wahrlich, leicht ist es nicht, erst zu bleiben, wenn und erzählt wird, daß man Polizeidiener in den Isolierraum setzt,

um die — Wahlfreiheit zu schützen. (Stürmische Heiterkeit links.) Das Ganze dieser Angelegenheit liegt anderswo. Wir erleben hier das unerhörte Schauspiel, daß die bürgerlichen Parteien die Abstimmung ihrer Vertreter in der Kommission desabonieren, daß sie die Prinzipien verleugnen, die sie sonst stets bekannt haben. Und das alles, um — Herr Dr. Arendt hat es uns ja mit aller wünschenswerten Deutlichkeit gesagt — Rewa-Hen zu verhindern. Nach einander werden konservative, national-liberale und Zentrumsmandate für gültig erklärt. Die bürgerlichen Parteien gründen eine Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit zur Rettung wurmfischer Mandate. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Brodhausen (L.) spricht für die Gültigkeit der Wahl. Man dürfe nicht so formal und kleinlich verfahren. Die Wahlvorsteher können doch nicht ein paar Jahre hindurch ausschließlich Wahlreglements studieren. (Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Köln) teilt den Ausführungen des Vorredners entgegen.

Die Debatte schließt. Mit den Stimmen der gesamten Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen wird der Antrag auf Gültigkeitserklärung angenommen.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. v. Rathenau (L.), welche die Kommission für ungültig zu erklären beantragt.

Abg. v. Dethen (Rp.): Ich habe immer auf dem Standpunkte gestanden, daß zum Reichstag das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht das Richtige ist, weil die Wähler sich heute gar nicht mehr so beeinflussen lassen wie früher. Auch haben wir gesetzliche Bestimmungen zum Schutz des Wahlgeheimnisses. Verläche Wahlbeeinflussungen haben daher heute keinen Erfolg mehr. Die Annahme, daß Wähler sich durch amtliche Unterschriften unter einem Wahlauftrags beeinflussen lassen, ist eine Beleidigung der Wähler. Ich beantrage daher, die Wahl des Abg. v. Rathenau für gültig zu erklären. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Henning auch!)

Kleines feuilleton.

Ueber die Fortschritte der Bildertelegraphie hat L. Thorne Baker in einem Vortrage in der Londoner Royal-Institution außerordentlich interessante Mitteilungen gemacht. Die Ausführungen des Gelehrten, die sich anfangs mit dem System der telegraphischen Silberübermittlung von Prof. Korn und mit dem von ihm erfundenen veränderbaren Verfahren beschäftigten, gipfelten schließlich in der bedeutsamen Mitteilung, daß es nunmehr gelungen ist, das System der Bildertelegraphie der drahtlosen Telegraphie anzupassen, so daß künftig Photographien auf große Entfernungen ohne Draht übermittelt werden können. Baker zeigte zugleich einen tragbaren Apparat, der diesem Zwecke dient. Diese kleine, bequem mitzuführende Maschine, in welche der Gelehrte aus „erfüllt alle Ansprüche, die man an die drahtlose Bildertelegraphie stellen kann und hat zugleich den Vorzug, daß ein Unterbrechen oder Abfangen der elektrischen Wellen völlig ausgeschlossen ist, so daß dies neue Verfahren auch für militärische Zwecke und für die Marine von großer Bedeutung ist.“ Auch die Minimalität dürfte in wichtigen Fällen diesem neuen System ein wichtiges Hilfsmittel veranlassen. Baker führte dann seinen Apparat vor und experimentierte zugleich mit dem ursprünglichen System, das noch an Drähte gebunden war. Ein Londoner Blatt bemerkt diese letzten Apparate bereits seit dem Juli vergangenen Jahres; bei dem Steinheilprojekt wurden zahlreiche Photographien aus Paris nach London übermittelt, die in London bereits empfangen wurden, ehe in Paris die Gerichtsitzung aufgehoben war, so daß man für die Veröffentlichung wenigstens einen ganzen Tag sparte. Bei der Besprechung des Kornischen Systems machte Baker die interessante Mitteilung, daß Professor Korn gegenwärtig an zwei neuen Apparaten arbeitet, die dazu dienen sollen, Photographien aus New York nach London zu übermitteln.

Elektrizität und Pflanzenwuchs. Auch in diesem Jahre sollen auf der Domäne Dahlem bei Berlin Versuche über den Einfluß der Elektrizität auf die Kultur von Kuppflanzen angestellt werden. Es werden wieder drei Versuchsfelder angelegt. Das eine wird mit atmosphärischer Elektrizität bestrahlt, die durch einen am 250 Meter langer Stahlseil aufgestellten Fesselfeldballon gewonnen wird. Die beiden anderen werden mit stark oder schwach pulsierendem Wechselstrom behandelt. Die Bestrahlung wird vermittels durch Telephondrähte, die in vier Millimeter Abstand von einander und zwei bis zweieinhalb Meter über dem Boden ausgespannt sind. Die jetzt bekanntgegebenen Resultate des Vorjahres sind interessant genug. Sämtliche Felder waren damals mit den gleichen Pflanzenarten, und zwar Erdbeeren, Spinat, Salat, Radisch usw. bebaut; dabei steigerte sich im Verhältnis zum Vergleichsfeld, das nur den natürlichen Einflüssen der Atmosphäre ausgesetzt war, der Ertrag des mit Luftelektrizität bestrahlten Feldes auf 115 bis 140 Proz., der des mit schwach pulsierendem Strom behandelten auf 100 bis 125 Proz., während das stark durch Strom beeinflusste Feld nur einen Ertrag von 90 bis 105 Proz. lieferte. Witterung und Jahreszeit beeinflussen das Resultat er-

heblich. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Dahlemer Versuche eine neue Epoche in der Gartenbaukultur einleiten, denn es ist dabei zuerst gelungen, die überall vorhandene Elektrizität nutzbar zu machen und bei verhältnismäßig wohlfeilen Anlagekosten — der erwähnte Fesselfeldballon kann durch ein Drahtsystem mit Metallspitze ersetzt werden — eine Steigerung des Wachstums und der Ernteerträge um 15 bis 40 Proz. zu erzielen.

Kaffee, Tee und Kakao. Die Hauptgetränke, die außerhalb der Wohlzeit genommen werden, sind Kaffee, Tee und Kakao, und in der Bevorzugung eines von ihnen zeigt sich die Geschmacksrichtung der verschiedenen Völker. Die Statistik des Weltmarktes ergibt freilich nur für Kaffee und Tee ein sicheres Urteil in dieser Hinsicht, während der Kakao in überwiegender Menge zur Herstellung von Schokolade zum Zweck des Genußes in feiner Form verwandt wird. In jedem Fall läßt sich aus einer solchen Statistik, wie sie jetzt der Tropenpflanzer veröffentlicht, eine Menge von beachtenswerten Einzelheiten entnehmen. Deutschland steht unter den europäischen Ländern im Kaffeeverbrauch weit oben. In Jahr 1900 wurden bei uns nicht weniger als 213 1/2 Millionen Kilogramm Kaffee vertrunken. Diese Ziffer ist fast genau das Doppelte von dem, was Frankreich im vorigen Jahr an Kaffee zu sich genommen hat. England mit einem Kaffeeverbrauch von nur 13,7 Millionen Kilogramm spielt im Vergleich dazu beinahe überhaupt keine Rolle. Zugunommen hat der Kaffeeverbrauch in den letzten fünfzehn Jahren überall, am meisten aber wiederum in Deutschland. Eine Stellung für sich nimmt Amerika ein, womit in diesem Fall wohl nur die Vereinigten Staaten bezeichnet werden sollen. Dort wird der Kaffeeverbrauch auf 410 Millionen Kilogramm geschätzt, er würde auch auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, erheblich größer sein als in Deutschland. Ein ganz anderes Bild zeigt der Tee. Hier steht Deutschland mit noch nicht ganz 5 Millionen Kilogramm nur gegen Frankreich voran, wo der Konsum noch nicht 1/2 Millionen erreicht. England dagegen verlangt jetzt mit einer so viel kleineren Bevölkerung 25 mal mehr Tee im Jahr als Deutschland. Amerika nimmt zwar noch ungefähr 9 mal so viel Tee auf als Deutschland, steht aber mit seinen 45 Millionen Kilogramm hinter den 128 Millionen Englands immer noch weit im Hintergrund. Der Kakao nimmt sich neben dem Tee und Kaffee noch immer wie ein junges Erzeugnis oder vielleicht richtiger wie ein Luxusgut aus. Zimmerlin ist die Beliebtheit an Kakao während der letzten fünfzehn Jahre ganz ungeheuer gestiegen. Im Jahr 1895 betrug sie erst 75, im Jahr 1900 dagegen 205 Millionen Kilogramm. Diese Menge verteilt sich unter die genannten Länder so, daß Amerika ein Viertel, Deutschland ein fünftel und England und Frankreich zusammen ein weiteres fünftel davon verbrauchen. In Deutschland ist die Beliebtheit des Kakao weitaus am schnellsten und auch fast regelmäßig gestiegen, seit 1895 nämlich auf mehr als das Vierfache, und beansprucht jetzt die stättliche Menge von fast 41 Millionen Kilogramm. Der weitaus größte Teil wird freilich von den 101 Schokoladenfabriken Deutschlands verarbeitet. In

Frankreich und England dagegen ist der Verbrauch an Kakao viel weniger gestiegen.

Notizen.

Die Gesellschaft für Erdkunde veranstaltet am Sonnabend, den 7. Mai, eine außerordentliche Sitzung zur Begrüßung von Robert E. Peary, in der er über die Eroberung des Nordpols berichtet wird.

Die Universität als Hochschule. Der reisende Expräsident Roosevelt, der neben den Tierjagden jetzt auch den Sport des ethisch-politischen Speeches betreibt, wird Berlin am 12. Mai durch eine Rede in der allen Universitätsausläß beglücken. Wir dürfen wohl von der Gültigkeit der Universitätsdirektoren erwarten, daß sie die Kula auch der Sozialdemokratie zur Verfügung stellt, wenn sie auswärtigen Besuch bekommt.

Von Vulpinus' Gnade. Dr. Vulpinus, in dessen Besitz sich die von kurzem aufgefundenen Manuskript des Goethe'schen Wilhelm Meister befindet, schreibt in der Weimarer Zeitung „Deutschland“: Die zu veranstaltende Volksausgabe des Werkes wird zu billiger Preise bei gediegener Gestaltung erfolgen. Die Weimarer Sapphen-Ausgabe der Goethe'schen Werke erhält zuerst in Anerkennung ihrer besonderen Bedeutung und als von dem endgültigen Besitzer der Hauptmanuskript ausgehend, das Veröffentlichungsrecht im Rahmen ihres Unternehmens als Preisgeschenk von den Goethe-Erben. Schließlich wird auch anderen Verlegern Goethe'sche Werke nach vor Ablauf der Schutzfrist die Aufnahme von Wilhelm Meisters theatralischer Sendungen ermöglicht werden.

Es wäre wünschenswert, daß ein Verleger den Nachdruck probiert, damit festgestellt werden kann, ob das deutsche Volk wirklich von der Gnade des Herrn Vulpinus abhängen soll. Was die Sophienausgabe anlangt, so haben ja unsere Leser aus der Behandlung der Venezianischen Epigramme in ihr kürzlich gesehen, daß sie Souveränen-Ausgabe heißen sollte. Zudem ist sie so teuer, philologisch und byzantinisch, daß sie für die Öffentlichkeit einfach nicht existiert.

Die Auserkennung Hegels. In dem philosophischen Rodenwechsel, der unsere seit langem sterile deutsche Universitätsphilosophie ausgezeichnet, ist man jetzt bei Hegel angelangt. Wenigstens hielt der Sekretär der von dem Mannheimer Industriellen Lang gestifteten Heidelberger Akademie Prof. Windelband dort eine Festrede über die Auserkennung der Hegel'schen Philosophie beziehungsweise die Rückkehr zu derselben. Von dem barbarischen Deutsch des Themas abgesehen, ist diese Rede noch lange nicht die dümmste. Denn die Hegel'sche Philosophie ist, bei Nähe befehen, sehr entwicklungsfähig und rational. Nur muß sie auf die Höhe gestellt werden; denn sie steht auf dem Kopf. Allerdings hat das ein gewisser Karl Marx bereits vor einiger Zeit besorgt. Aber davon spricht man nicht auf deutschen Universitäten und Akademien.

Er wächst! In der Nacht von Sonntag zu Montag wurde der Halle'sche Komet auf der Insel Malta mit bloßen Augen gesehen. Der Schweif füllte die Länge eines doppelten Monddurchmessers zu haben. Auch in Deutschland ist der Komet etwa in der Größe eines Sternes erster Klasse gesehen worden.



Abg. Geher (Soz., Berichterstatter): Die Kommission hat den Beschluss über Ungültigkeitserklärung einstimmig gefasst; ich bitte diesem Beschluss beizutreten.

Die Wahl wird mit den Stimmen der Volkspartei (außer Strube und Träger), der Rationalliberalen, der Rechten und des größten Teiles des Zentrums für gültig erklärt.

Die Wahlen der Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.) und Dr. Strube (Fortschr. Sp.) werden nach den Anträgen der Kommission debattelos für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Spindler (Z.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Fortschr. Sp.) beantragt die Wahl für ungültig zu erklären, da die Wahlgasse so konstruiert war, daß von einer Wahrung des Wahlscheiterns keine Rede sein konnte.

Abg. Fischer-Verein (Soz.):

Es heißt, die bisherige Praxis des Zentrums in der Kommission und im Plenum geradezu auf den Kopf stellen, wenn es für die Gültigkeit dieser Wahl eintritt. Bisher hat es festgehalten an dem Standpunkt, daß das Geheimnis der Stimmabgabe geschützt sein muß. Wenn dieses Volkswort fällt, so wird eine ganze Anzahl Zentrumsmandate in Rheinland-Westfalen gefährdet. Hier haben wir den Fall, daß die Wahlgasse konstruiert war als ein Muster, wie sie nicht sein soll. Wohin sagten Sie, in einer Wahlgasse habe ein Gemeinbedienter gefesselt mit der Weisung, sich umzudrehen, wenn ein Wähler sie betrat; hier hätte auch das nichts geholfen. Ich wundere mich, daß nicht ein Mitglied der Partei für Wahrheit und Gerechtigkeit hier gegen die Gültigkeit der Wahl auftritt. Ja, wenn es eine Wahl gegen das Zentrum wäre, so wären Sie (zum Zentrum) hier mit berechtigtem Stolz für das Wahlscheitern eingetreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdem.) Wie kann das Zentrum um einer solchen Vorgehensweise willen, wie es ein Mandat ist, seine ganze Vergangenheit verleugnen! Man spricht von einer Parteiabmachung. Ich bemerke, wie diese gegenseitige Maschine für Mandatsübertragung funktioniert. Es heißt hier: „Hand wird nur von Hand gewaschen, wenn du nehmen willst, so gib.“ (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe im Zentrum.)

Abg. Schwarze-Elpstadt (Z.): Das Wahlscheitern war bei dieser Wahl vollkommen gewahrt.

Abg. Dr. Dahlem (Z.): Die Entrüstung des Abg. Fischer war unangebracht; wir haben schon in der Kommission dargelegt, daß hier das Geheimnis der Wahl gewahrt war.

Abg. Fischer-Verein (Soz.):

Ich habe mich nicht entzündet, sondern finde das Verhalten des Zentrums begrifflich; ich habe nur konstatiert, daß es das Gegenteil von dem ist, was das Zentrum früher als maßgebend für seine Abstimmung erachtet hat. Die Wahlgasse war nach dem Wahlscheitern zu öffnen, nach der Wand zu geschloßen, das sagt alles; es ist gerade so, als wollte ich nach dort (zu den Sozialdemokraten) reden, um auf Sie (zum Zentrum) eine Wirkung zu erzielen. (Große Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion. Die Wahl wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der fortschrittlichen Volkspartei für gültig erklärt.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Wehl (natl.). Die Kommission beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären.

Abg. Engelke (Z.): Mit Recht hat die Mehrheit der Kommission in den Kriegervereinen eine Art behördlicher Einrichtung und in ihrem Eingreifen in den Wahlkampf eine Art behördlicher Einmischung erblickt.

Abg. Dr. Heinze (natl.) bestreitet den behördlichen Charakter der Kriegervereine und beantragt, die Wahl für gültig zu erklären, eventuell sie zu erneuter Beweiserhebung an die Kommission zurückzuweisen.

Abg. Arnold (natl.) und Böbel (wirtsch. Vg.) schließen sich dem Vorredner an.

Abg. Görs-Ditmar (natl.) beantragt, die Beschlussfassung über die Wahl des Abg. Sieber (natl., 18. hannoverscher Wahlkreis) mit der Beschlussfassung über die Wahl des Abg. Wehl zu verbinden, da beide Wahlen aus denselben Motiven von der Kommission für ungültig erklärt seien.

Dem Antrag wird stattgegeben.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Fortschr. Sp.): In der Kommission habe ich für Ungültigkeit gestimmt. Nachdem aber das Plenum zahlreiche Wahlen für gültig erklärt hat, die die Kommission für ungültig erklärt hat, stimme ich jetzt für die Gültigkeit der beiden Wahlen. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Dörren (Sp.): Die Kriegervereine umschließen alle Leute, die die Ehre gehabt haben, des Königs Knecht zu tragen und ihrem obersten Kriegsherrn den Eid der Treue zu bewahren. (Nase bei den Sozialdemokraten: Hurra! Hurra!) Mit Recht dürfen die Kriegervereine nicht Leute in ihren Reihen, die das Unglück haben, der Sozialdemokratie anzugehören. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Redner schließt sich dem Antrag Heinze an.

Abg. Dr. Dahlem (Z.): Es bleibt dabei, daß die Kriegervereine statutenwidrig handeln, wenn sie sich als nationalliberale Wahlvereine aufstellen. (Sehr richtig! im Zentrum.)

Abg. v. Brodhause (L.) tritt für die Kriegervereine und für den Antrag Heinze ein.

Abg. Fischer (Soz.):

Herr Neumann-Hofer erklärte, er werde für die Gültigkeit der Wahl stimmen, weil nach dem, was vorgegangen, wohl niemand mehr den Mut haben könne, sich für Ungültigkeit zu stimmen. Nun, ich werde für die Ungültigkeit stimmen. Denn das Stimmieren für die Gültigkeit bedeutet einfach ein Unterwerfen unter die von der Mehrheit aufgestellte Moral. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Moral bedeutet einen

Rechtsbruch,

die etwas für recht erklärt, lediglich, weil die Mehrheit dafür ist. Herr Neumann-Hofer jammert über die Bedeutungslosigkeit der Wahlprüfungskommission in demselben Augenblick, wo er entgegen dem Antrage der Kommission und entgegen seiner eigenen Auffassung stimmen will. Für die Gültigkeit einer Wahl kann man nur stimmen, wenn sie unter normalen Verhältnissen und unter Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen zustande gekommen ist. Und der Bericht der Kommission ist ein einziger Beweis dafür, daß diese Wahl unter Bruch der gesetzlichen Bestimmungen zustande gekommen ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Hat irgend einer den Mut, hier zu sagen,

die Kriegervereine seien nicht die Prätorianergarde der jeweiligen Regierung?

(Lebhafte Unruhe und Chorufe rechts.) Die ganze Geschichte der Kriegervereine ist der Beweis für diese Behauptung. Wenn die Regierung heute mit dem Zentrum geht, stimmen sämtliche Kriegervereine für das Zentrum. Und als bei den letzten Reichstagswahlen die Regierung gegen das Zentrum ging, schwankten die Kriegervereine wie eine Schar Prätorianer gegen das Zentrum ein. Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Niemand weiß das besser als die Kriegervereine selbst. Den Mitgliedern der Kriegervereine wird gesagt, nicht wie es Exzerz überzeugungstreue entspricht, stimmt, sondern so, daß Ihr die Fahne hochhaltet, heute für den Freisinn, morgen gegen den Freisinn, heute für den Rationalliberalen, morgen gegen den Rationalliberalen. Immer aber als Männer, Königtreu, tapfer, mutig, ehrenhaft. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Ach, die Königtreu! Wenn die Kriegervereine so Königtreu wären, müßten sie ja für die weissen Kandidaten eintreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wer hat denn in Hannover den König abgesetzt und das monarchische Prinzip durchbrochen? (Große Unruhe rechts.) Das war der König von Preußen, und die Königtreu Männer besetzten nun den König-

treuen Hannoveranern: Ihr dürft nicht für die Männer stimmen, welche ihre Königtreu beteuert haben. (Unruhe rechts; Jurauf des Abg. Rieseberg.) Ach, Herr Rieseberg, Sie sind der Kriegervereine würdig, und die Kriegervereine sind Ihrer würdig! (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Formell mag der Einfluß der Regierung in den Kriegervereinen nicht in dem Maße ausgeprägt sein, daß Herr Heinze sein juristisches Gewissen nicht beruhigen könnte. In der Politik kümmere ich mich nicht um juristische Gründe. (Lärm bei den Nationalliberalen.) In der Politik dient die Juristerei ja nur dazu,

das politische Unrecht mit dem Mantel der Geseftlichkeit zu umkleiden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und Ihre juristischen Listereien und Kniffeleien laufen nur darauf hinaus, das Unrecht als Recht erscheinen zu lassen. (Lärm bei den Nationalliberalen.) Für das Zentrum hat Herr Dahlem wieder einmal das alte eingefrorene Posthorn geblasen. Es ist mir aber zweifelhaft, ob die alten Zentrumszähle diesem Trompetenklang werden. (Große Heiterkeit links. Es handelt sich doch eben um die Rettung von drei Zentrumsmandaten für zwei nationalliberale. (Große Unruhe im Zentrum und bei den Nationalliberalen.) Solange ich nicht wie Thomas die Hände in die Bundesmale legen kann, glaube ich nicht an die Überzeugungstreue der Herren vom Zentrum. (Große Unruhe im Zentrum. Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Heinze (natl.): Die Sozialdemokratie ist es in erster Linie, die das ganze System der Knifflichkeit, der übertriebenen Formalität in den Wahlsprüfungen eingeführt hat, die Wahlen fälschen will, weil es nicht ein Wahlvorstand auf fünf Stimmen ausgeht. (Heiterkeit.) Will man diese übertriebene Formalität fahren lassen, um so weiter, so bin ich dabei. Bleibt man aber bei der strengen Formalität, so muß sie überall beachtet werden. Es bleibt bestehen, daß die Kriegervereine keine behördlichen Organisationen sind, daß das Eingreifen der Kriegervereine also nicht als behördliche Beeinflussung aufzufassen ist. (Wohl rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Dörren (Sp.): Im Namen meiner Kriegskameraden protestiere ich gegen die Beschimpfungen der Kriegervereine durch den Abg. Fischer. Die Kriegervereine werden sich durch diese Beschimpfungen nicht in ihrer Königtreu und in ihrem Patriotismus beirren lassen. (Nase bei den Sozialdemokraten: Hurra hoch!) Ich danke Ihnen für diese Ovation. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Dahlem (Z.) bittet nochmals prinzipiell die Ungültigkeit, eventualiter die Zurückverweisung zu beschließen.

Die Diskussion schließt. Zunächst wird über die Wahl Wehl abgestimmt. Der Zentrumsantrag auf Zurückverweisung wird gegen das Zentrum abgelehnt. Die Gültigkeit der Wahl wird durch die Stimmen der Rechten, der Rationalliberalen und einiger Zentrumsabgeordneter (a. u. Erzberger und Jehnte) beschlossen.

Bei der Wahl Sieber beantragt die Kommission Ungültigkeit, eventualiter Beweiserhebungen. Außerdem liegt ein Antrag auf Zurückverweisung vor. Auf Antrag Wehl (Soz.) wird zunächst über diesen Antrag abgestimmt. Er wird abgelehnt, ebenso der Antrag auf Beweiserhebungen. Die Wahl wird mit derselben Mehrheit wie die Wahl Wehl für gültig erklärt.

Etwa mit derselben Mehrheit für gültig erklärt wird die Wahl des Abg. Vohly (natl., Saarbrücken), bei der die Kommission Beweiserhebungen beschlossen hatte.

Die Wahl des Abg. Henning (L., Kalau-Ludau) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Abg. v. Brodhause (L.) beantragt Gültigkeit.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Fortschr. Sp.) beantragt, wenn man nicht nach dem Kommissionsantrag Ungültigkeit beschließen wolle, wenigstens Zurückverweisung an die Kommission zu beschließen.

Der Antrag wird abgelehnt und die Gültigkeit der Wahl Henning durch Rechte, Nationalliberale und einen Teil des Zentrums beschlossen.

Debattelos wird hierauf entsprechend den Anträgen der Kommission beschlossen, über die Wahl des Abg. de Wendel (Fortschr.) Beweis zu erheben, und die Wahlen der Abgeordneten Böhle (Soz.) und Enen (L.) werden für gültig erklärt.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist die Prüfung der Wahl des Abg. Dr. Congo (natl.); die Kommission beantragt, die Wahl für gültig zu erklären.

Abg. Werner (Antifemist): Eigentlich brauchen wir gar keine Wahlprüfungskommission mehr, wenn im Plenum stets den Beschlüssen der Kommission entgegen beschlossen wird. Wir hätten auch einfach ein Bloc über alle Wahlen abstimmen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seit zwanzig Jahren bin ich Mitglied des Reichstags; aber etwas derartiges habe ich noch nicht erlebt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion, die Wahl wird für gültig erklärt.

Auf Antrag des Abg. Wasseremann (natl.) wird, da niemand widerspricht, der letzte noch ausstehende Bericht der Kommission, der über die Wahl des Abg. Enders (Fortschr. Sp.) auf die Tagesordnung gelegt.

Die Kommission beantragt, die Wahl für gültig zu erklären. Dem Antrag wird debattelos zugestimmt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr dritte Beratung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages, des Gesetzentwurfes der Haftung des Reiches für seine Beamten, des Gesetzentwurfes betr. das Reichsschuldbuch, der Anträge über die Veteranenbeihilfen, Rechnungssachen.) Schluß 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Zentrumsunfall in der Kommission.

Eine Erklärung des Handelsministers Sydow zu Beginn der Diensttagung der Kommission war bestimmt, einen Unfall des Zentrums in die Wege zu leiten. Sydow erklärte, wenn der Bundesrat auch noch nicht Stellung genommen habe, so könne er doch sagen, daß er überzeugt sei, der Bundesrat werde einer zwangswise Einführung von Tarifverträgen seine Zustimmung nicht geben. Dagegen sei der Bundesrat bereit, der Einführung solcher Bestimmungen zugestimmen, die verhüten sollen, daß die Preisüberhöhung des Koll auf die Arbeiter abgewälzt werde. Ein Antrag v. Brodhause, der dieses Ziel angeblich erreichen soll, liegt vor und wird mit verdächtigter Wärme von den Regierungsbekanntem begründet und verteidigt. Der Antrag will durch eine angeordnete Quotenüberhöhung die Arbeiter in der Industrie verhindern, die Löhne herab- und die Arbeitszeit heraufzusetzen. Während in der letzten Sitzung das Zentrum noch geschlossen für die sozialdemokratischen Anträge eintrat, präsentierten es sich heute gespalten. Herold und Paulh-Kochem treten für den Antrag Brodhause und gegen die Tarifverträge auf, während Müller-Fulda und Schiffer an ihrem früheren Standpunkt festhalten. Der redegewaltige Erzberger dagegen fehlt. Die Preisinnigen treten mit den Sozialdemokraten geschlossen für die sozialdemokratischen Anträge ein. Von ihnen wird geltend gemacht, daß der Antrag Brodhause eine versuchte Razzung der Arbeiter darstelle, der den Arbeitern Steine statt Brot biete. Es hänge ganz allein vom Zentrum ab, ob die Forderung der Tarifverträge hier geregelt werde oder nicht.

Bei der nun folgenden Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge auf zwangswise Einführung der

Tarifverträge mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Herold und Paulh stimmen mit den Konserverativen und Nationalliberalen dagegen, ein Zentrumsmandat zu verlieren. Damit ist durch den Unfall eines Teiles des Zentrums die Einführung von Tarifverträgen in diesem Falle und damit im ganzen Bergbau verhindert wurde.

Ein weiterer Antrag der Sozialdemokraten, bis zur Einführung von Tarifverträgen eine 10prozentige Lohnerhöhung bei unterkürzter Arbeitszeit festzusetzen, wurde mit allen Zentrumsstimmen abgelehnt.

Ein Antrag Gothein, Arbeiterausschüsse einzuführen und ihnen die Mitwirkung bei der Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern, wird mit Stimmengleichheit abgelehnt, zwei Zentrumsleute — Herold und Paulh — stimmen auch hiergegen.

Damit waren alle Schutzbestimmungen für die Arbeiter mit Zentrumsstimmen abgelehnt.

Kommission zur Entlastung des Reichsgerichts.

Die Kommission nahm am Dienstag die zweite Lesung vor und beschäftigte in den meisten Punkten die Beschlüsse der ersten Lesung. Die aus der Regierungsvorlage ausgehenden Bestimmungen, wonach sich die Gebührensätze bei vermögensrechtlichen Klagen um ein Viertel und in der Revisionsinstanz um das Doppelte erhöhen, wurden mit 11 gegen 9 Stimmen wieder hineingedrückt. Auch die in der ersten Lesung abgelehnte Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren um 30 resp. 50 Proz. wurde in die Vorlage wieder aufgenommen. Annahme fand bei der Änderung der Rechtsanwaltsordnung noch ein konservativer Antrag, wonach für einen Bezirk auch zwei Ehrengerichtshöfe gebildet werden können.

## Aus der Frauenbewegung.

Ehescheidungsreform in England.

Eine königliche Kommission ist seit längerer Zeit Tag für Tag an der Arbeit, um eine Reform der veralteten Ehescheidungs-gesetze in England anzubahnen. Die Scheidung ist gegenwärtig so außerordentlich erschwert, daß sie zu einer immer mehr anwachsenden Quelle der sittlichen Korruption geworden ist. Natürlich ist die Frau unter dem geltenden Recht der am meisten benachteiligte Teil. So berechtigt das Ehescheidungsrecht den Mann bei Untreue der Frau zur Scheidung. Doch gestattet Untreue des Mannes der Frau nicht, sich von ihm zu trennen. Es müssen noch andere Umstände, z. B. grausame Behandlung, dazu kommen, um die Frau aus einem unwürdigen Verhältnis zu erlösen. Ein Mann kann ein Säufer oder auf andere Weise verkommenen Mensch, zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt sein, Heim und Familie verlassen, jede eheliche Gemeinschaft aufgeben, — unter dem gegenwärtigen Gesetz, das die Rechte des Eigentums so hoch über die der Person stellt, kann die Frau nicht von ihm geschieden werden. Es gibt in England mehr als sechzigtausend verheiratete Männer und Frauen, die unheilbar geisteskrank sind; da das Gesetz nur Ehescheidungen auf Grund anerkannter, so sind diese 60 000 Wahnsinnigen mit gesunden Ehepartnern auf Lebenszeit untrennlich verbunden. . . .

Eine Anzahl von Mitgliedern der Kommission sind trotz solcher Ungeheuerlichkeiten der vorfindlichen Ansicht, daß das geltende Ehescheidungsrecht mit seinem zweierlei Recht für Mann und Frau ganz zu sein. Dafür ist aber eine große Zahl anderer der dem modernen Empfinden entsprechenden Ansicht, daß eine Erweiterung der Scheidungsgründe im Interesse der Moral liege. Viele treten für vollkommene rechtliche Gleichheit zwischen Mann und Frau ein. Es wurde auch beantragt, die Trennung zuzugestehen in Fällen unheilbaren Wahnsinns, schwerer Freiheitsstrafen und böswilligen Verlassens. Wie sehr die wirtschaftlichen Verhältnisse heute die Ehe beeinflussen, zeigt der Umstand, daß viele Paare, die sich getrennt, nach einiger Zeit wieder zusammenleben. In 70 bis 75 Prozent freiwilliger Trennungen — so wurde von einigen Industriehelfern berichtet — werden getrennte Eheleute wieder zueinander zurück aus wirtschaftlichen Gründen.

Dazu kommt, daß eine Ehescheidungsklage für die Armen heute ein unerschwinglicher Luxus ist. Einer der Experten sagte treffend: „Den Armen könnte man heute wohl sogar den Königspalast anbieten als ein Ehescheidungsgericht. Eine einfache Scheidungsklage kostet ohne Anwaltsgebühren 40 Pfund Sterling (500 Mk.) und mehr. Wahrscheinlich wird diese Summe künftig herabgesetzt. Es wurde wiederholt betont, daß in den unteren Schichten im allgemeinen mehr eheliche Treue und mehr moralische Festinnung zu finden sei, als in den mittleren und höheren Schichten. Doch seien die sehr frühen Heiraten, die in den am dichtesten bevölkerten armen Distrikten der großen Städte üblich sind, zu beklagen. Die Söhne und Töchter der Beamten heiraten schon, wenn sie noch singen, tanzen und spielen, und einen Fonds guter Gesundheit und tüchtiger Kenntnisse erwerben sollten, um den Anforderungen des Lebens besser gewachsen zu sein. So kommen sie auch zu früh zur Schule, werden vor der Zeit in die Arbeit gespannt und sind alt, ehe sie noch jung gewesen. . . .

Die zukünftige Gesellschaftsordnung des Sozialismus wird auch hier Wandel schaffen; sie wird vor allem die für die Frau so verhängnisvollen ökonomischen Rücksichten beseitigen, die heute so oft bei der Eheschließung und beim Verbleiben in einer unglücklichen Ehe ausschlaggebend sind. Inwiefern mag die bürgerliche Gesellschaft Englands eine alte Schuld einlösen und mit den überlebten Gesetzen zur Erleichterung der Ehescheidung aufräumen. Erleichterte Ehescheidungsmodalitäten kann auch heute schon viel Lebenslanges Unglück und Verzweiflung verhindern.

## Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Nomaden und Umgegend.

Auf Veranlassung der diesseitigen Kaiserermählung hält heute, Mittwoch, den 27. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in der Aula des Realprogymnasiums Herr Dr. Friedberg-Verlin einen Vortrag über Wesen und Verhütung der Lungentuberkulose. Die Mitglieder unserer Kasse er-suchen wir recht zahlreich zu erscheinen. Kommt, den 25. April 1910. 275/5 Der Vorstand.

## Karl Wuttkes Restaurant.

Sehe hiermit an, daß ich ein Restaurant mit Restauration eröffnen habe. 52742

## Karl Wuttkes, Schönhauser Allee 101, Ecke Bornholmer Straße 90.

in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillerplatzes vorzüglich gelegene billige 2-, 3- und 4-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit auch ohne Bad, Balkon usw. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Trommelde, Brieger Straße, Müll-Str., Quäländer- und Thuner Straße

## Orts-Krankenkasse

der Zigarrenmacher, Zigarettenmacher, Zigarrensortierer und deren gewerbliche Hilfsarbeiter zu Berlin.

## Bekanntmachung.

Zweite Änderung des Statuts. Laut Generalversammlungsbeschluß vom 30. November 1909 und 30. März 1910 und nach Genehmigung des Bezirksausschusses sind die §§ 12, 13, 19, 25, 29, 30 und 60 geändert worden.

Die Änderung tritt am Montag nach erfolgter Bekanntmachung (am 2. Mai 1910) in Kraft. 1909/5

## Der Vorstand.

Ronald 10 R. Heferer, Ehrengardende n. Hag. (bittige Briefe) Schneidemüller, Eisenstr. 110. Kasse 10 Proz. Rabatt.

## Kredit

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzüge od. Paletots nach Mass, schnell, sauber, bequem, von 20 Mark an. Moritz Lehmann, Neue Promenade 11, 11. St. 11. 11.



Abzahlungsgeschäfte

Credit-Haus Moabit
Turmstraße 53, Ecke Waldstraße
gewährt jedem bei spielend
leichter An- und Abzahlung
mehrjähriger Kredit
auf Waren und Möbel.

Credithaus
Gebr. Weber, Neue Königstr. 66.

Lubascher, S.
Spandau, Potsdamerstr. 291.

Rosenheimer, M.
Schöneberg, Kolonnenstr. 3 am Ringbahn.

Fritz Schnicke
Weber, Herm., Danzigerstr. 781.

Wolter, Carl,
Rosenstraße 13.

Zuttrau & Co.
W 57, Colbatr. 10

Akoholfröle Getränke
Franz Abraham
Hamb. Messina- u. Römertrank-Kell.

Dece Brause
Duvinago & Co.,
Landsberger Str. 96.

Goldtröpfchen
R. Neese, Mühlensener Str. 6.

Sinalco (Bilzbrause)
Gen.-Vertreter Otto Starick

Si-Si
Berlin O. Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Einkaufung
Hohnen & Jöring
Spezial-Geschäft,
Alexandrerstr. 12.

Bäckereien, Konditoreien
Eisenh. Krafibrot, vint. p. s. best. empf.

Feronia
Extra-Prämie: Bei 50 Feronia-Weinen erhält
jed. Käufer 1 Brotkorb, bei 100 eine Weinstube.

Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
In allen Stadtteilen Berlins
und in Rixdorf.

Hankes Brotbäckerei
Inh.: Paul Hanke.

Kunze, Grofs-Bäckerei
Berlin N, Pankow, Wellenseen.

Mache, Carl,
Samariterstr., Ecke Frankfurter Allee.

Kaiser-Brauerei A.-G.
schwerster „Heller“ Berlins.

Peter's Gross-Bäckerei
In allen Stadtteilen und Getlichen
Vororten; über 50 eigene Geschäfte.

Schütt, G.
Berlin O, NO.

Th. Turban
Landbrotbäckerei, Frankfurter-Allee 32, Landsh. Allee 144.

Ulbrich
Charlottenburg, 20 Filialen.

Badeanstalten
Anstalten vom Admiralgarten-Bad
Alexandrerplatz 2, Luisenufer 22.

Bad Frankfurt, Gr. Frkfur. Str. 136.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Bad Götzen, Christian, Wellen- u. Malzbräu-
brauerei, Wildenowstr. 4, Tel. 11, 1885.

Er erscheint 2 mal wöchentlich.

Keller, Otto, Gerichtstraße 58.

Schlesinger, Hermann
NW, Turmstraße 55 Die richtigen
N. Reinkend-Str. 48 Sachen.

Wilh. Scholem
Kottbuserdamm 94, Keller.

Schuch, M., Rixdorf,
Havelstr. 11, Spandau,
Rheinische Arbeiter- und
Berufskleidungsg. S. Lindemann.

Wecker, A. Kottbuserdamm 98.

Bierbrauereien, Bierhdlg.
Bergbrauerei
Feinstes Doppelbier
Tel. III, 1412.

Patzenhofer Brauerei
Die
Patzenhofer Flaschenbiere
sind in allen einschlägigen
Geschäften erhältlich.

Berliner Bock-Brauerei
Berliner Weißbier-Brauerei, Carl
Richter, Berlin N, Dalldorf-Str. 25, T. 1960

Max Böhm
Marienburgerstr. 17.

BORUSSIA
Malzbier.

Brauerei „Germania“
Action-Gesellschaft.
Inca. 100 eig. Ausschanklokal.

Brauerei Alt-Berlin, Charlottenbg.

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Pfefferberg,
Versand- und Pilsener Bier.

Brauerei Weissensee, G. Enders.

Brauerei Werm, Berlin 37.

Groterjans
Malzbr., Schickens-Allee 130, Tel. III, 9461.

Kaiser-Brauerei A.-G.
schwerster „Heller“ Berlins.

S. D. Moewes
Hohersteinweg 67. Teleph. I, 2300.

Phönix-Brauerei
A.-G.
Erstklassige
Biere.

Nichter & Co., J.C.A.
Weißbierbrauerei,
gegr. 1890.

Roland
Schlossbrauerei Schöneberg.
Schloßbräu - Kronenbräu
in Gebirgs- und Flaschen.

Spandauerberg-Brauerei,
Westend.

Vereins-Brauerei
Rixdorf
Berliner Kindl.
Vereins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Weißbier Albert Braun.
Weißbier-Brauerei, vorm. H. A. Bolle

Weissbier, C. Breithaupt,
Falisadenstr. 97. Tel.-A. VII, 2984.

Butter, Elor, Käse

Butterhandlung
J. F. Assmann
30 Filialen in Berlin O.

Carl Franke
Gegr. 1901.
Nachf.

F. Hagen
22 Verkaufsstellen.

Hasse, Wilh.
Sebastianstr. 89,
Ordanienstr. 13.

Kersten, Gebr., Wöther Str. 22 u.
Lichtenstein, A. Thastr. 23.

Mieding, J. Memeler-Str. 74, Or. Weg 97

Müller, Ernst Max
6 Geschäfte
in Berlin NO,

Butterhandlung Fritz Muth.
14 Filialen
in Berlin N u. NO.

Pomorski, Paul
Pappe-Allee 18,
Chorinerstr. 32.

Schröter, R.
35 Verkaufsstellen.

Schulz, Arthur, H. Hermannstr. 29 u. 43

Zu den drei Sternchen, zahlr. Filialen.

Zu den drei Kronen, 20 Filialen.

Zum Stern, Mirbachstr. 74.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Cacao, Chocolate
Beer, Gust., Müllerstr. 153.

Cylix, G.,
Füllian 1. allen
Stadtteilen.

Seiffert, Erich,
Filialen in Berlin
und Vororten.

Cigarrenhandlungen
Adelt, A. G., Müllerstr. 12.

Böckmann, J., Rixdorf,
Bergstr. 136/137.

Alfred Dieck, Koppenstr. 72.

Frei-Rauch, Zigaretten, Rixdorf,
Ringbahnstr. 201, T. III, 1246

Alh. Kasulke
Filialen in allen
Stadtteilen.

Keschorrek, G., Kreuzbergstr. 16-20.

Müller, Paul, Reusselstr. 32.

Willy Mühlenterram, Gleditschstr. 48.

Strahler, W., SW, Noitzstr. 12.

Teuber, Franz, Urbanstr. 25.

Weber, K., H., Hermannstr. 110.

Wolters, Theod., Böcherstr. 25.

Damenkonfektion
Hugo Ahronfeld,
Gr. Frankf.-Str. 117, Badstr. 32.

Oscar Basch,
Damen- und Kindermäntel,
Oranienstr. 202 p.

Blusen-Kab., Rixdorf, Berlin-Str. 7.

Carl Brühlitzer, Ecke Rodenbergstr.

Cohn, Geschw., Bergmannstr. 9.

Czerwinski, F., Reichenberg-Str. 132.

Dressel,
Siegfried Eisenstaedt
Schöneberg, Hauptstr. 154.

Freundlich, Paul, Brunnenstr. 67.

Graff & Heyn, Hermannstr. 24.

Hirschowitz,
Hilfkeleckerstr. 18

König,
Blusen, Kostümröcke,
Wäsche, Maschenstr. 12.

Link, Paul,
Rixdorf, Reuterstr. 63, a. d. Kaiser-
Friedrichstr. Damen-Mäntel-Fabr.

Paul Loewenthal
Rosenthaler-Str. 16/17.

Wagner, P., Damenmäntel, Pelaw.

Westmann
1. Geschäft: Mohrenstr. 37a.

A. Kieper, Nowawes
Friedrichstr. 28.

Drogen u. Farben
Domsalla, W., Falckensteinstr. 44.

Gottschalk, Otto, Krautstr. 55a.

Gronfeld, U., R., Hermannstr. 144.

Günther, Paul, Straucher-Allee 18.

Hellas-Drogerie, Frankf.-Allee 154.

Heise, Max, Spandau, Breite-Str. 52.

Keune, Carl, Brunnenstr. 29.

Kronen-Drogerie, Alt-Boxhagen 49.

Lech, Ph., Reichenbergstr. 116.

Metzke, Charl., Potsdamerstr. 8.

Reges, Koppenstr. 36, s. Schloß. Bf.

Richter, R., Reinkend-Str. 110.

Schneefeld, W., Schlesische-Str. 39/40.

Schütz, Hugo, Müllerstr. 166 a.

Photogr. Bod.-Art. Hyg. Gummir.

Schwedenstr. 1.

Slehtried-Drogerie,
Edmund Buchloh, Soldinerstr. 29.

Fahrradhaus Sport, Charlottenberg,
Bismarckstr. 82, Arb.-Radf. 10% Rab.

Fiedler, G., Spandau, Klosterstr. 46.

G. Haller, Charl., Bismarckstr. 79.

Hansberg, Willy,
Alte Jacobstr. 33.

Sehr bill. Preise! Keine Lockartikel.

Wih. Herzog, Pallaststr. 2.

Holz, Wilh.,
Sternfahrrad-Industrie,
Humenstr. 58 b.

Hoppe,
Lothringenstr. 40, Teilschlag.

Kanasschowski, A., Schlesische-Str. 32.

Krüger, Rich.,
Köpenickerstr. 47a,
Lilienstr. 3.

Charles Lehmann,
Neue Schönbr.-Str. 6.

Leopold & Schulz, Danzigerstr. 23.

W. Malloschky, Schleierstr. 45.

Carl Müller,
Reinkend-Str. 106,
Chausseest. 81.

G. Pluge, Birkenstr. 77.

Pöhl, Reinhold, Schöneberg, Hauptstr. 105.

Röper, Carl, Feterstr. 21, a. d. Frankf. Allee.

Röper, G. H., Hohenollerplatz 15.

Rund um Berlin
Weinmeisterstr. 5.

Kataloge gratis und franko.

Schönborn, Willy, Charlbg., Schulestr. 5.

Wandell,
Teilschlag gestattet
A. Wodniak, Apostel-Paulstr. 41.

Färberelen, Wäscherelen
Carl Polnow,
Frankfurter-Allee 63.

20 Filialen.

Berliner Dampf-Wäscherei
Fritz Herbig, Neue Königstr. 84.

Meesters, Th.
Osw. Naefe
Färberei
chem. Wäscherei

Fbr. Britz, Rödowerstr. 34.

Fl. Rixd., Bergstr. 74 u. 101

„Friedelstr. 24.“

„Steinmetzstr. 43.“

„Liebauerstr. 23.“

„Lautitzerplatz 8.“

„Warschauerstr. 8.“

„Schivelbeinerstr. 39.“

„Sitzstr. 10. Orfan. 27.“

„Kastanienallee 27.“

„Bernhardstr. 12.“

„Bernauserstr. 26.“

„Goltzstr. 13.“

„Akazienstr. 6.“

„Hauptstr. 106.“

Stenzel, Paul,
19 Geschäfte
in Nord-Berlin.

Fischhandlungen
Winkler & Bärthold,
Bergstr. 6 u. 67.

Kottbuserd. 20.

Fleischereien u. Wurstw.
Biesold, K. H., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken
kaufen Sie am besten u. billigsten bei

Anton Fehlau,
Gonthardstr. Stadthalternhause Ecke

Königsgr. u. Andreasstr. 47, Landsh.

Königsbergerstr. 8, Landsh.-Allee 30, Rixd., Bergstr. 16.

Ad. Treptow, Handschuhe, Badstr. 14.

Zallo, Louis, Oranienstr. 191.

Zicker, Max, Stettinerstr. 2.

Horren- u. Knabengard.
Amerikanische Verkaufshallen,

Frankf.-Allee 135, Rosenthalerstr. 53.

Behrens, Rl., Kaiser-Friedrichstr. 226.

Bergmann, E., Turmstr. 43.

Besser, Julius, Rl., Bergstr. 19.

Bier, Julius, Brunnenstr. 145.

Blitz!
Goltzstr. 36.

Bohn, R.,
Invalidenstr. 115

Ed. Freitag,
auch nach Maß.

Gerdorobehaus Lester, Rögner-Str. 14.

Gerdorobehaus Nordstern, Brunnenstr. 14.

Haber, S., Invalidenstr. 112.

Herr. Bekleidung, Brunnenstr. 72, Mügl. 5%.

Hirsch, J., Hochmeisterstr. 27.

Hirschfeld, M., Reichenberg-Str. 65.

S. Hoffmann, Charl., Wilmerd.-Str. 12.

Leske & Slupecki, Schönbr.-Allee 70b.

L. Ludwig, Huttonstr. 70, Poststr.

Mahlke, J., Pücklerstr. 25, Sack Rd.

Marks, F.,
Barthstr. 1, I.

kein Laden, daher

bill. Preise, Teilschlag gestattet.

Th. Meyer & Co., Frkf. Chaus. 10, a. Maß.

Müller, Adolf, Grüner Weg 78.

Ost, W., Frankf.-Allee 117, a. Maß.

Pfandlohn, Petersburger-Str. 37.

Reitzig, Ad., Frankf.-Allee 107.

Ringel,
(Sie kaufen reell auch nach
Maß, 31, Chausseest. 31.)

Rosner, Max,
Schneidmester,
Rixd., Bergstr. 20/21.

Lager fertig und nach Maß.

Salberg, H., Badstr. 58, fert. u. n. Maß.

Schachmann, Louis, Brunnenstr. 61.

Schlesinger, H., Urf. d. Kaiserpoststr.

Schönland & Sohn, Wilmerdstr.

Berth. Schwelmer, Wrangelstr. 95.

M. Swarenski,
Charlottenburg,
Berliner-Str. 128.

Sie kaufen reell auch nach Maß.

Werner, Erich,
Schickens-Allee 114.

Karl Westhof,
Am Schönb. Tor,
Brunnenstr. 122,

neu eröffnet.

Hüte, Mützen u. Pelaw.
Bazar-Brunnen, Brunnenstr. 65.

Bazar Norden,
Brunnenstr. 52, Badstr. 65.

Belbe, Rud., Chausseest. 65.

Casper, Ed., Rixdorf, Bergstr. 130.

Cohn, Simon, Goltzstr. 33.

Drews, Alwin, Kottbuserdamm 22.

Heinrich, R.,
Rixdorf,
Bergstr. 25/26,



**Daehne, F.,** Ri., Neue Jonasstr. 26.  
**A. Dohmann, Stromstr. 44.**  
**Falkmann** Eisenachstr. 52, Gelegenheits-Käufe gebrauchter und neuer Möbel.  
**Geppert, Paul,** Zossenerstr. 23  
**Gercke, Fritz,** Müllerstr. 145.  
**Glazek, P.,** Neue Königstr. 26, Gelegenheitskäufe i. d. Altst. Neu. 5 u. 6, Alexanderstr. 42.  
**Gleiser, A.,** Alexanderstr. 42.  
**Gorbahn,** Landsbergerstr. 52, kein Laden, ev. Teilz.  
**Höfhausen, Ad.,** Brunnenstr. 184.  
**Gebr. R. & C. Homann** NW, Perlebergerstr. 22/24.  
**Hönnicke, Otto,** Elbasserstr. 23.  
**Hopp, Jul.,** Brunnenstr. 134.  
**Harnack** Stallschreiberstr. 57, Bar- und Teilzahlung, Verkauf i. Fabrikgebäude.  
**Herm. Heinrich, N.,** Badstr. 56a.  
**Janitzkow, F.,** Turmstr. 45, Möbelfabrik.  
**König, A.,** Ri., Berlinerstr. 102.  
**Krause & Co.,** Frankf.-Allee 176.  
**Ernst Krämer** Mohbit, Waldstr. 7.  
**K. Scheinmöbel, Ri.,** Berlinerstr. 50.  
**Lachotzki, L.,** Ri., Hermannstr. 15.  
**Lazarus, L.,** Petersburgerstr. 52.  
**Lennert, Hans,** Lothringenstr. 55, Möbelfabrik.  
**Lüdecke, R.,** Ri., Bergstr. 4.

**Misch** Siegmund, Dresdenstr. 16, auch Teilzahlg.  
**Misch, Wilh.,** Gr. Frkf. Str. 45/46, auch Teilzahlung.  
**Möbel-Eberhardt, Friedrich,** 105 a.

**Möbel-Gelegenheitskäufe!**  
 Wirtschaften aller Preislagen  
**Willy Hasemann Möbel-Haus**  
 Grunewaldstr. 27

**Möbel Kaufhaus Norden,** Müllerstr. 11.  
**Möbel-Kaufh. „Süden“,** Kottb. Damm 22.

**Möbel Krause Möbel**  
 Kastanien-Allee 40.  
 Teilzahlung gestattet  
**Möbel-Rosien,** Kastanien-Allee 57.  
**Möbius, Rudolph,** Ackerstr. 130.  
**Nagott, Ri.,** Richardplatz 8, Alt. Neu.  
**Neumann, M.,** Vorw.-Lesern 29.

**J. Ostrowski jr.**  
 Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor

**Möbel Spiegel Polsterwaren**  
 gegen Bar- u. Teilzahlung.

**Neukirch, Gebr.,** Langestr. 9, Stralauerstr. 22, Am Molkenmarkt.

**Herm. Podeli** N., Lychener Str. 1  
 E. Danziger Str.  
**Prüssing, Ludw.,** Gartenstr. 22.  
**Rehfeld, A.,** Buttmanstr. 50, Gelegenheitskäufe, kompl. Elnr. v. 140 M. an.  
**C. Reiber Nachf.,** Veteranenstr. 21.  
**Rettig, Fr. M.,** Fennstr. 44.  
**Gustav Richter, Möbel-Fabrik**  
 Kastanien-Allee 26,  
 Köpenick, Grünauer Str. 9,  
 O.-Schöneweide, Wilhelmshofstr. 20  
**Schmidt, Otto,** Möbelfabrik, Gartenstr. 52.  
**Herm. Schulz** Waldenser Str. 12.  
**Rob. Schulz, Prendauer Allee 21.**  
**Slobok W.,** Gneisenaustr. 19, eig. Tischlerei u. Tapezierwerkstatt.  
**Stargard, O.,** Neue Königstr. 29, Geleg.-Käufe g. Bar u. Teilzahlg.  
**C. F. A. Stiller & Co.,** Potsdamer Str. 77, Goltzstr. 40a.  
**Stoye, Bernh.,** N. 20, Prinzen-Allee 69.  
**Uhr, Johannes,** Grünthalerstr. 68.  
**Wendland, Ernst,** Weinmünder Str. 121.  
**Möbelfabrik — Bar u. Teilzahlung.**  
**Herm. Wendland** Reinickendorfer-Str. 114.  
**Werthers** Möbelfabrik Gotzkowskystr. 27.  
**Wilh. Witt, N.,** Wilhelmshavenstr. 64  
**Zierau, Ernst, NW, Oldenburgerstr. 47**

**Molkereien**  
**„Schweizerhof“**, Meierei und Milchkanstalt, liefert Vollmilch u. Kindermilch z. jed. Tageszeit frei Haus zu d. üblich. Preisen. Circa 100 Verkaufswagen.

**Musikinstrumente**  
**Braun, Emil** Musikhaus „Oster“ Boxhag. Str. 12.  
**Grunow, A.,** Frankfurter Allee 250.  
**Klart, Rich.,** Brunnenstr. 45.  
**Pfeiffers Musikh.,** Kottb. Damm 99.  
**Schnötte, Otto, Ri.,** Richardstr. 115.  
**Frkf. Allee 78 b.**  
**Scholz, Paul,** Frkf. Chaus. 155.  
**Schulz, Pletschmann & Co.,** Brunsstr. 25.  
**Schweizer Musikhaus**  
 N., 58 Stargard Str. 67.

**Nähmaschinen**  
**Bellmann, E.,** Gollnowstr. 36.  
**Göhrs, R.,** Ri., Berlinerstr. 89 I.  
**Ed. Bruda,** Rosenthalerstr. 19.  
**Litauer, Ver. Wilke,** Ri., Berlinerstr. 54, Hermannstr. 59/60.  
**Pfaff-Nähmaschinen**  
 G. Wendt, Wilsnack. St. 33

**Phönix-Nähmaschinen**  
 die besten der Gegenwart  
 kauft man — auch auf Abzahlung  
 W., Kronenstr. 57.  
 N., Danzigerstr. 79.  
 N., Swinemünderstr. 57.  
 N., Bellerusmannstr. 84.  
 O., Frankfurter Allee 146.  
 O., Tilsiterstr. 77.  
 O., Boxhagenstr. 18/19.  
 80., Reichenbergerstr. 134.  
 In Rixdorf:  
 Berlinerstr. 22, Bergstr. 122.

**Optiker**  
**Dano, Paul, N.,** Müllerstr. 174.  
**Hochstim, O.,** Ri., Berlinerstr. 52.  
**Schubert, Carl, Ri.,** Bergstr. 148.  
**Werner, Herm.,** Pappel-Allee 2-4.

**Papier- u. Schreibwaren**  
**Seldner, Louis, Ri.,** Bergstr. 42.  
**Vogt, Wilh.,** Skallitzerstr. 73.

**Putz- u. Modewaren**  
**Bless, Paul** Ri., Hermannstr. 161 am Bahnhof.  
**Graff & Heyn,** Wilmersdorfer Straße 118/119.  
**Haase, M.,** Rixdorf, Bergstr. 1.  
**Hannach, Geschw.,** Rixdorf, Bergstr. 22.  
**Hirsch, S.,** Brückenstr. 65, Ver-kauf u. Fabrikpreise.  
**Klar, H.,** Reichenb. Str. 119, Spez. Putz.  
**Kaufhaus f. Damenputz**  
**Adolf Cohn jr.**  
 Gr. Frankf.-Str. 114, part. u. I. Etage.

**Modehaus**  
**Wilhelm Metzner**  
 Große Frankfurterstraße 32  
 Spezialhaus für Damenhüte.  
**Sobek, F.,** Spandau, Potsdamerstr. 20.  
**Wolf, Emma,** Rixdorf, Bergstr. 132.

**Restorhandlungen**  
**Doltschal, H.,** Kolonnenstr. 150 a.  
**Neumann, G.,** Gröndlerstr. 43.  
**Schreiber, Berth.,** Neue Königstr. 55.

**Schirme u. Stöcke**  
**Graff & Heyn,** Wilmersdorfer Straße 118/119.  
**Niedner, Osk.,** Rixdorf, 118.  
**Schlesinger,** Reinickend. Str. 45.  
**Scholz, Osw.,** Ri., Bergstr. 141.

**Schuhwaren**  
**Bartel, E.,** Adalbertstr. 19.  
**Baruch, S.,** Goltzstr. 41.  
**Behnke, Marienburgerstr. 11, Lf. Kons.**  
**H. Bekiers, Mirbachstr. 64, Lieferant d. Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.**  
**Bornschein, H.,** Rixdorf, 128.  
**Courad, Paul, Frankf. Allee 171.**  
**Ed. Drechsler** Birkenstr. 32.  
**Fise, E.,** Müllerstr. 143 a, Lieferant d. Kons.-Genossensch. Berlin u. Umg.  
**Goltzstr. 29, am Winterfeldplatz**  
**Fiebig, C.,** Sparr-Str. 17.  
**Formanowitz, E.,** Yorkstr. 53 am Dhf.  
**Graff & Heyn,** Wilmersdorfer Straße 118/119.  
**Otto Guind, Swinemünderstr. 56.**  
**Hannes, Gust.,** Weddingpl. 1.  
**H. Hardtke** Tempelhof, Berlinerstr. 110.  
**Helarich Johans, Petersburgerstr. 56.**  
**Hering, C.,** Petersburgerstr. 90.  
**O. Hoffmann, Charl., Danckelm. Str. 25.**  
**Horioze, Granscestr. 3, Franzoskiet. 14.**

**Heise, Heinz,** Badstr. 17, Lieferant der Konsum-Genossenschaft.  
**Hübner, C.,** Rosenhalestr. 13.  
**Janke, Hermann,** Holzmarktstr. 60.  
**Janke, F.,** Stralauer-Allee 17 a.  
**Herm. Jentsch, Charl.,** Rosinenstr. 2.  
**H. Jetzlaff, Badstr. 54.**

**Kaufhaus f. Schuhwaren** Fenn-Str. 60.  
**St. Klara, Charl.,** Danckelmannstr. 52.  
**Klein, A.,** Brunnenstr. 173, Gr. Frankf. Str. 141.  
**G. Krauser, Wilm.,** Berlinerstr. 131.  
**Kuhn, Rich.,** Frankf. Allee 118 a.  
**J. Lowy, Schöneb.,** Hauptstr. 142.  
**Lack, Herm.,** Waldemarstr. 63.  
**Rich. Maeder, Charl.,** Berlinerstr. 120.  
**Masch, Otto, Fallstr. 14, 57, Babai**  
**Michling, A.,** Weidenweg 20.  
**Paul Milde, Stromstr. 25.**  
**C. Neumann, Falkensteinstr. 37.**

**Neustadt** Potsdamerstr. 48.  
 Maassenstr. 14.  
**Odrowski, F.,** Kottbuserdamm 102.  
**Oesterling, O.,** Grüner Weg 107.  
**Pfandl, O.,** Petersburgerstr. 37.  
**Petersohn, Osk.,** Müllerstr. 153.  
**Räsener, Gelegenheitskäufe**  
 Brunnenstr. 20.  
**Saalheim, F.,** Hermannstr. 66.  
**Salomon, J.,** Petersburgerstr. 40.  
**Schmidt, Gebr.,** Fennstr. 39.  
**Hermannstr. 53.**  
**Schreier, J.,** Kottbuserdamm 40.  
 Rosenth.-Str. 59.  
**Schuhhaus Böhm** Schick Allee 129 a, Rixdorf, Bergstr. 48.  
**Schuhwarenhaus des Westens** York-Str. 64 a.  
**Schüler, Wilh.,** Schöneb. Allee 5.  
**Sommer, Wilh.,** N. Schöneb. Allee 85.  
**Tauscher, E.,** Weißens. Kieselstr. 619.  
**Thewald, W.,** Nibelungenstr. 25, I. Etage.  
**Tornow, Franz, Tegel, Berlinerstr. 1a.**  
**Wegner, R.,** Rixdorf, Bergstr. 141.  
**Winter, H.,** Schönehauser Allee 91.  
**Zastrow, E.,** Ri., Berlinerstr. 71/72.  
**Stoll, Marie Luise, Brunnenstr. 137.**  
**Schuhwarenhaus „Hanna“**  
 Gr. Frankf. Str. 117, a. d. Andreasstr.

**Seifen**  
**John, A.,** Memelerstr. 48 a, Annenstr. 12.  
 Alle Haushaltungsartikel.  
**Hugo Joske** Seifen eig. Erzeug., Salon-Petrol., Brennspirit., Putzw., Liefg. Hans. SW. Mals-Alg.-Allee 6, T. 11, 948.  
**R. Somrau, Wrangelstr. 118,** Pücklerstr. 26, Eisenbahnstr. 26.

**Teppiche u. Gardinen**  
**Frankenstein & Co.,** Ri., Bergstr. 140.  
**Graff & Heyn,** Wilmersdorfer Straße 118/119.  
**Mauerhoff, M.,** Gr. Frankf. Str. 9, pt.

**Trauer-Magazin**  
**Westmann**  
 Mohrenstr. 37 a, Gr. Frankf. Str. 115.

**Uhren u. Goldwaren**  
**Abel**  
 Goltzstr. 90, am Winterfeldplatz.  
**Art, Herm.,** Mantenfelfstr. 114.

**J. Behrendt, Wrangelstr. 52.**  
**Otto Brauer, Müllerstr. 104.**  
**Briese, Ernst, Ri.,** Berlinerstr. 61.  
**Bürger, Jul.,** Müllerstr. 6.  
**David, Max, Brunnenstr. 45.**  
**Ebert, Otto,** Huttenstraße Nr. 67.  
**Ellinghausen, Gebr.,** Grünerweg 46.  
**Fablan, Max, SO 36, Wienerstr. 35.**  
**Fliegenschmidt, M.,** Bergmannstr. 2.  
**Friese, Konrad, Müllerstr. 4.**  
**J. Gebhardt** Charlottenburg, Berlinerstr. 124.  
**George, Adolph, Badstr. 65.**  
**Chr. Giegner, Nettelbeckplatz.**  
**Goericks, C.,** Pücklerstr. 36.  
**Gromadies, F.,** Androssstr. 29.  
**Ernst Henke, Brunnenstr. 58.**  
**J. Hertz, Charl.,** Postlorenzstr. 31.  
**B. Hirschfeld, Rosenth.-Str. 26, Rep.**  
**Höppauf & Raempfl** Benseelstr. 76, Kottb. Damm 28.  
**Martin Klein, Neue Hochstr. 25.**  
**Kniebusch, W.,** Frankf. Chaussee 61.  
**Lehmann, Alb.,** Frankf. Allee 40.  
**Lehmann, Wilh.,** Kottb. Damm 23.  
**Lewin, Adolf,** Kötigstr. 43/44.  
**Linde, Max, Tegel, Berlinerstr. 82.**  
**Lux, Carl, N.,** Chaussee 41.  
**Mildt, A.,** Charl., Krummenstr. 14.  
**Nahr, Gust.,** Gr. Frankfurter Str. 91.  
**Osterloh, M.,** Gr. Frankfurter Str. 126.  
**Pfandl, O.,** Petersburgerstr. 37.  
**Quitzow, Joh.,** Müllerstr. 1 a.  
**Rampmaier, F.,** Skallitzerstr. 23.  
**Rapp, Chr.,** Weißensee, Gut. Lößlstr. 197.  
**Rudolph, H.,** Rixdorf, Bergstr. 122.  
**Job. Schallan, Schöneb. Allee a. Tor.**  
**Schönmann, G.,** Ri., Berlinerstr. 75.  
**Schrader, Otto,** Frankf. Chaussee Nr. 8.  
**Rich. Schramm, Turmstr. 32.**  
**Schroth, Emil,** Kottbuserdamm 101.  
**P. Schuch, Charl.,** Knobelsdorffstr. 40.  
**Schulz, Osw.,** Frankfurter Allee 24.  
**Schumacher, G.,** Tegel, Berlinerstr. 5a.  
**T. Stolz, Chaussee 83.**  
**Carl Stühr, Dresdenstr. 134.**  
**Sturm, Erich, Tegel, Hermannstr.-Str. 1**  
**Paul Treuk, Charl.,** Spandauerstr. 32.  
**Trübes, Alfred, Falkensteinstr. 4.**  
**Truxa, W.,** Frankf. Allee 185.  
**Ueckermann, G.,** Landbergerstr. 28.  
**Otto Wartig, Tiffstr. 3.**  
**F. Wenig, Müllerstr. 28.**  
**Werner, Herm.,** Pappel-Allee Nr. 2-4.  
**Wilder, Hans, Rosenthalerstr. 63/64.**  
**Winkler, W.,** Reinickendorferstr. 22.  
**Wittig, Ad.,** Rixdorf, Berlinerstr. 44.  
**Wolter, M. Ri., a. Bahnh., Hermannstr.**  
**Wüstene, O.,** Brunnenstr. 106.  
**Wutke, Karl,** Traskow-Str. 7, Invalidenstr. 16

**Warenhäuser**  
**Heber, Ni.,** Yorkstr. 37, am Dhf. Frankf.  
**Brünn, Nachf.,** Allee 184.

**Warenhaus Max Codik**  
 80., Wrangelstr. 20, Ecke Pücklerstr.

**Loewenberg & Co.,** Rigaerstr. 107, am Baltenplatz.  
**Pinkus, Paul, Simon-Dachstr. 24-26**

**Warenhaus M. Hirsch Spandau**  
**Weiss, H. & Co.** Rummelsberg, Victoriastr. 1/2.

**A. Weiss & Co. Nachf.**  
 Schöneberg, Hauptstr. 11.

**Weine u. Fruchtsäfte**  
**Hugo Beling**  
 Weine · Liköre.  
 Flaschenverk. zu Engrospreisen.  
 50 Filialen in Berlin u. Vororten.

**Bettinger, Eug.,** Wald-Ecke, Wickluf.  
**Dannhardt & Schultze, Brunnenstr. 58.**  
**Elle m. Weyle, Eikstr. 14, Gerichstr. 14.**  
**Größel, „Zur Sonne“,** Paul Freudenberg.  
**Krüger, Brunnenstr. 188, Kast. Allee 64.**  
**Merten, Louis, Belle-Alliancestr. 19.**  
**Reins** Gr.-Dest. Scharzw. Ecks Wilmersdorferstr.  
**Rieß, Fritz, Ri.,** Hermannplatz 5.  
**Schulz, Otto Alb.,** Frankf. Allee 156.  
**Schwendy, H.,** Rosenthalerstr. 67.  
**Sello, Hermann, Fil. i. allen**  
 Einzelverkauf zu Engrospreisen.  
 auch Liköre u. Säfte.  
 Brunnenstr. 16 u. Filial.  
**Wendig, Herm.,** Elbasserstr. 11.  
**Wermuth, Oswald, Kopenhagenstr. 1.**

**Weiß, Wollw., Trikotagen**  
**Boeldicke, Max,** Chaussee 67.  
**Hredow, Otto, Ri.,** Strpl. u. Trikotagen.  
**Engel, R.,** Wilmersstr. 33, Ecke Forsterstr.  
**Graff & Heyn,** Wilmersdorfer Straße 118/119.  
**Jonas, Hermann** Küstrinorpl. 1, Inletzte, Deitfeld.  
**Juncker, H.,** Rixdorf, Hermannstr. 172.  
**Kaufhaus London, Ri.,** Bergstr. 47.  
**Klar, H.,** Reichenberger Str. 129.  
**Kaufhaus Levy, F.,** Ri., Hermannstr. 42.  
**Flaume, Gebr.,** Friedrichstr. 206.  
**Raschmer, C.,** Androssstr. 63.  
**Schramm, Lion, Mirbachstr. 31.**  
**Tichauer, S.,** Ri., Hermannstr. 81.  
**W. Gr. Frankf. Str. 96.**  
**Weber & Heynacher** Frankf. Allee 134.  
**Wollhaus Lucas** Rixdorf, Bergstr. 63.

**Zahnteil. u. Zahnkünstl.**  
**Beyer, R.,** Rixdorf, Bergstr. 132.  
**Hellbrück, Herm.,** Frankf. a. ggr. 1871.  
**Jordan, Alb.,** Fennstr. 61, ggr. 1868.  
**Lübecke, Franz, Greifswaldstr. 31.**

**Würzburger Hühneraugenmittel**  
 von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei.  
 Ohne Arznei die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort.  
 Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Guthält Salicylsäure u. inbisher Sanfterkraft.)  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
 In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße 54. Groß-Apothek., Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/15

**ANTILÄDIN**  
 selbsttätiges Dichtungsmittel für Fahrrad-Luftschläuche.  
 Garantie: Schädigung des Gummis ausgeschlossen.  
 Preis pro Füllung, für 1 Schlauch ausreichend, M. 1,25. Porto M. —,30 extra. Einfülltrichter M. —,05, bei 2 Füllungen ein Trichter gratis. — Vertreter an allen Orten gesucht.  
 Antilädin-Gesellschaft m. b. H., Frankfurt a. M. 76.



**JOSETTI VERA**  
 Cigaretten  
 sind deshalb die populärsten Cigaretten der Gegenwart, weil sie stets die gleichmäßigen, unübertrefflich guten Eigenschaften aufweisen, die ihre Raucher als größten Vorzug schätzen.

Josetti-Vera-Cigaretten m. u. o. M. 10 St. 30 Pfg.



Ziehung 11. u. 12. Mai  
**Berliner Arbeitsstätten-Lotterie**  
 Gesamtbetrag des Gew. Mark.  
**50000**  
 spez. 1227 Gew. von 5 bis 5000 Mark  
**30000**  
 u. ein Hauptgewinn Mark.  
**20000**  
 Originallose a 2.— Mark, Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt und versendet der General-Debit  
**G. Dischlatis & Co.,** Bankgeschäft, Berlin C. 2, Königstr. 34-36.  
 Auch zu haben in sämtlichen Lotterie- und Zigarrengeschäften.

**Stegpfeifen**  
 nur eigene Fabrikation im Hause. Einzeln oder en gros zu Fabrikpreisen.  
**Bernhard Strohmader,\*** Berlin, 72. Wallstr. 72, mo auch alle Stegpfeifen aufgearbeitet werden. — Illust. Preis-Katalog gratis.

Aus Rücksicht auf Ihre Gesundheit, Ihren Geschmack und Ihre Börse müssten Sie jetzt  
**Blooker's daalders Cacao**  
 trinken, ein vorzügliches Getränk mit hohem Nährwert, in Holland die am meisten gekaufte Marke

2-Pfund-Büchse . . . . . M. 3.90  
 1-Pfund-Büchse . . . . . M. 2.—  
 1/2 " Probobüchse . . . . . " 0.50

Verkaufsstellen nennt Ihnen auf Wunsch die Berliner Niederlage Schiffbauerdamm 16, Amt III 8031.



An die organisierte Arbeiterschaft!

Vor einigen Jahren wurde in Essen der Zentralverband der freien Händler, Hausierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands gegründet.

Wir ersuchen nun die organisierte Arbeiterschaft, uns beim Ausbau unserer Organisation zu unterstützen. Die nächste Gelegenheit bietet sich hierzu am 1. Mai.

Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der freien Händler, Hausierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands. Sitz Essen. J. A.: Karl Brendel, Rixdorf-Berlin, Barthstr. 57.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr findet in allen Bezirken ein

Extrazahlabend

statt, in dem die Abstimmung über die Vorlage zur Einführung des Delegiertenwahls für die Generalversammlungen des Kreises vorgenommen wird.

Groß-Lichterfelde. Heute abend 8 1/2 Uhr im „Kaiserhof“, Stralendorfer Platz: Mitgliederversammlung des Wahlvereins.

Lantow. Heute Mittwoch, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins bei Ebel, Rühlstr. 9, statt.

Tegel. Heute Mittwoch, abends von 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokale aus.

Morgen Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Debatte in W. Krapps Geschäft, Bahnhofstr. 1. Agitiert für Massenbesuch.

Dranienburg. Morgen, Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Lokal Waldhaus-Sandhausen, Schützenstr. 34, eine Volksversammlung statt.

Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Waisenspflege der Stadt Berlin

Hat im Etatjahr 1908 (April 1908 bis März 1909) wiederum eine Mehrung ihrer Zöglinge. Der Jahresbericht, den die Waisendeputation erstattet hat, ist jetzt — reichlich zwölf Monate nach Ablauf des Berichtsjahres — vom Magistrat veröffentlicht worden.

Unter den 11 434 Zöglingen waren 7527 Waisenkinder im engeren Sinne und 3812 Fürsorgezöglinge (einschließlich 157 Zwangs- und außer dem 18 ehemalige Waisenkinder, die wegen Erwerbsunfähigkeit pflegebedürftig waren, und 77 Pflegekinder der Säuglings- und Kinderversorgung).

Zur Unterbringung der Zöglinge benutzt die Waisenverwaltung, wie bekannt, größtenteils Familien. Diesem System werden allerlei Vorzüge angedröhrt; der augenfälligste ist — die „Billigkeit“.

Zur Unterbringung der Zöglinge benutzt die Waisenverwaltung, wie bekannt, größtenteils Familien. Diesem System werden allerlei Vorzüge angedröhrt; der augenfälligste ist — die „Billigkeit“.

mehr zu hoffen, daß wir doch wohl noch eine Vermehrung der eigenen Erziehungshäuser unserer Stadt erleben werden. Auf den Abschnitt des Berichts, der die Fürsorgeerziehung behandelt, werden wir noch einzugehen haben.

Die Vertretung beurlaubter Lehrer und Lehrerinnen.

Zu diesem Gegenstand wird und aus Lehrerkreisen geschrieben: „Mit der Vertretung beurlaubter Lehrer und Lehrerinnen betraut die Schuldeputation fast ohne Ausnahme die noch nicht festangestellten Damen, die Vertreterinnen, Hospitantinnen, sommissorisch beschäftigte Lehrerinnen oder Damen mit noch seltenen Amteinstellen.“

Zu dem Seminar entlassenen Lehrer würde es nicht viel besser ergehen — noch keine nennenswerte Prognostik hat, und doch ist gerade zur Überbrückung einer Vertretung eine größere Erfahrung, die nur durch mehrjähriges Unterrichten auf den einzelnen Stufen zu erwerben ist, und eine genaue Kenntnis des Lehrplans erforderlich.

So mancher wird denken, die Mängel und Nachteile dieser Vertretungen liegen in der Natur der Sache und seien nicht zu vermeiden. Für die „mahgebenden“ Stellen überwiegen wie bei allen Angelegenheiten des niederen Schulwesens so auch hier das finanzielle Interesse.

Durch die angeregte Neuordnung der Vertretungen würden weder die jetzigen Vertreterinnen beschäftigungslos werden, noch würden die künftigen Vertreter zeitweise, wenn keine Vertretungen nötig sind, unbeschäftigt sein, noch wäre dadurch eine Vermehrung der jetzt vorhandenen Lehrkräfte nötig.

Die städtische Waisendeputation hat in ihrer Sitzung vom 26. April die Bereitstellung von Mitteln beschlossen, um den Kummelsburger Waisenkinder die Teilnahme an den Fahrten des Zentralvereins für Jugendwandern zu ermöglichen.

Kirchhof- und Erwerbsbetrieb der evangelischen Stadtsynode.

Ueber diesen Gegenstand beriet sich anlässlich der am Montag fortgeführten Tagung der Berliner Stadtsynode der Synodale Ausschuss.

tung getrennt und nach kaufmännischen Grundsätzen bewirtschaftet werden. Außer den Lieferungen für die Zentralhöfe muß die Gärtnerei ein Absatzgebiet ihrer Produkte in den Kirchhöfen der zustandehaltenen Gemeinden suchen, denen sie das Pflanzenmaterial mit 75 Proz. des jeweiligen Marktpreises zu liefern hat.

Der Kraftwagenbetrieb vom Bahnhof Wannsee nach dem Südwestkirchhof ist zwar lediglich im Interesse der Leidtragenden eingerichtet, weshalb auch der Fahrpreis niedrig bemessen ist. Um aber eine mögliche Deckung der Unkosten zu erwirken, mußte der Ausschuss als polizeilich konfessioniertes Fuhrwesen auch den Ausflugverkehr auf der zu befahrenden Linie mit in Betracht ziehen.

Der Antrag der Kommission geht dahin: den Sonderhaushaltsplan der Kirchhofverwaltung zu genehmigen und ferner den Vorschlägen des geschäftsführenden Ausschusses betr. die Erwerbsbetriebe der Berliner Stadtsynode unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß der geschäftsführende Ausschuss innerhalb des Etatsjahres 1910 keine grundsätzlichen Erweiterungen dieser Erwerbsbetriebe vornehmen darf.

Die Stadtsynode stimmte den Vorschlägen zu, nachdem festgestellt war, daß die Zustimmung eigentlich nur eine leere Form sein könne, da die Verträge längst geschlossen waren.

Die Neubenennung der Berliner Fernsprechämter ist von Interesse.

Die Neubenennung der Berliner Fernsprechämter ist von Interesse in einer Konferenz mit der Oberpostdirektion in Vorschlag gebracht worden. Amt I soll Zentrum heißen.

Ob die Oberpostdirektion auf die gemachten Vorschläge eingehen wird, steht dahin; eine dringende Notwendigkeit für diese „Reform“ scheint nicht vorzuliegen.

Die Allgemeine Städtebau-Ausstellung in der königl. akademischen Hochschule für die bildenden Künste, Hardenbergstr. 33 (zwischen Anie und Zoologischen Garten) wird am Sonntag, den 1. Mai, mittags 12 Uhr, offiziell eröffnet werden und ist bis 2 Uhr für ein geladenes Publikum, von 2 Uhr ab bis 8 Uhr aber gegen Eintrittskarten zu 1 M. zugänglich.

Private Waiselern beschäftigen verschiedene Lokalitäten am Sonntag, den 1. Mai, zu veranstalten. Wir möchten darauf aufmerksam machen, daß die Partei für die Waiselern bestimmte Lokale in Aussicht genommen hat, die am Donnerstag im Inzeratenteil des „Vorwärts“ bekannt gegeben werden.

In der Obhut des Gerichts.

Einem Herrn N., der in Dreptow wohnt, hatte man die Tochter wegen mehrerer Straftaten in Untersuchungshaft abgeführt. Er hat dabei Erfahrungen gemacht, die ihm unbegreiflich scheinen. Das im 16. Lebensjahr stehende Mädchen hatte in Schlesien eine Stellung als Dienstmädchen angenommen.



genommen, weil sie als Heimtöde fluchtbedürftig sei. In Hirschberg entstand nun — so scheint es — die Annahme, daß das Mädchen in Berlin freigelassen worden sei und jetzt in Treptow bei den Eltern weile. Dabei sah sie, als die Briefe nach Treptow abgingen, bereits in dem Untersuchungsgefängnis zu Schmiedeburg. Als ihre Aburteilung in Schmiedeburg und nachher auch in Hirschberg erledigt war, wurde sie, weil die Strafen als verbüßt galten, freigelassen. Sie stand allein in der fremden Stadt, hatte keinen Pfennig Geld bei sich und wußte nicht, wie sie nach Berlin zurückgelangen sollte. Dem Gericht trug sie die Bitte vor, zu ihrer Rückbeförderung ihr das Fahrgehalt zu geben. Die Richter steckten die Köpfe zusammen, zuckten die Achseln und fragten, was da zu tun sei. Anscheinend wollte das Gericht verfügen, daß die freigelassene per Schuß im Gefangenen-transport nach Berlin zurückgebracht werde. Da rief der Verteidiger ein, der der Angeklagten vom Gericht gestellt worden war, und erklärte, er werde die Sorge für das Mädchen übernehmen. Er ließ das Fahrgehalt her, dessen Rückerstattung nun den Eltern obliegt, und so konnte sie in das Elternhaus heimkehren.

**Schaffner der städtischen Straßenbahn als Kofettreiner.** Dem Fahrpersonal der städtischen Straßenbahn werden neben dem üblichen Fahrdienst noch andere Arbeiten zugemutet, die mit dem Fahrdienst wirklich nichts zu tun haben. Der Betriebsingenieur hat folgende Bekanntmachung anhängen lassen:

„Dem ganzen Fahrpersonal hiermit nochmals zur Kenntnis, daß die Präzedenzen laut Bestimmung des Herrn Betriebsingenieurs: die Schaffnerkufe, das Treppenhaus sowie das Kofett des Fahrpersonals stets in sauberem und reinlichem Zustande zu erhalten haben. Es wird jeden Tag hierüber Kontrolle ausgeübt werden. Nichtbefolgung dieser Bekanntmachung wird streng bestraft.“

Berlin, den 15. April 1910.

**Dbl. Haas.**

Die obige Anordnung des Betriebsingenieurs wird allseitig Verwunderung erregen. Stufen, Treppen und Kofetts zu reinigen, ist gewiß eine Arbeit wie eine andere auch und will gemacht werden, entbehrt auch niemanden. Mit dieser Arbeit sollten aber bestimmte Personen ausschließlich betraut werden und nicht den Schaffnern, deren Dienst ohnehin lang genug ist, so nebenher diese Verrichtungen noch aufgedrückt werden. Vielleicht kümmert sich der Magistrat einmal um das Regiment des Herrn Betriebsingenieurs etwas näher.

**Einen Selbstmordversuch wegen Arbeitslosigkeit** hat gestern der 43jährige Arbeiter Paul Schneider verübt. Er stürzte sich gegen 9 Uhr abends vor den Augen zahlreicher Zuschauer an der Fährbrücke in die Spree und ging sofort unter. Von einigen Schiffen wurden Rettungsversuche unternommen, die auch Erfolg hatten. Einem von der Unfallstation am Spittelmarkt herbeigerufenen Arzt gelang es nach etwa 1 1/2 stündigen Bemühungen den Mann wieder ins Leben zurückzurufen. Der Lebensmüde, der nach einem bei ihm aufgefundener Briefe den Selbstmordversuch wegen längerer Arbeitslosigkeit unternommen hatte, wurde nach dem Krankenhaus in Moabit übergeführt, wo er in bedenklichem Zustande niederkam.

„**Drahtmarer**“ sind wieder einmal an der Arbeit gewesen. Auf der Verbindungsbahn nach Spandau schnitten sie gestern auf der Verbindungstraße Halensee — Neue Kantstraße zwischen den Stangen 55 und 57 108 Meter Fernsprechkabel ab und entluden ungeschickt mit der Deute.

**Der Tod auf der Strafe.** Auf dem Wege zur Arbeit vom Tode überrascht wurde gestern früh gegen 7 Uhr der 43jährige Arbeiter Hermann Urban aus der Aufzowstraße 185. Am Reitelbedplatz sank er plötzlich bewusstlos zusammen. Arbeitskollegen brachten den Erkrankten nach der Unfallstation in der Hindower Straße, wo der Arzt jedoch nur noch den infolge von Herzlähmung eingetretenen Tod feststellen konnte. — Bei der Arbeit verstorben ist ebenfalls gestern morgen der 39jährige Auischer Max Köfide aus der Lugem-burger Straße 32. Als er im Begriff war, auf dem Grundstück seines Arbeitgebers, eines Fuhrhalters in der Gerichtstraße, ein Gespinn anzuführen, wurde er plötzlich von einem heftigen Blutsturz befallen. A. wurde nach der Unfallstation in der Hindower Straße gebracht, wo er unter den Händen des Arztes verstarb. Die Leiche wurde nach dem Schutzhause übergeführt.

**Besucher der Baumbilke zu Guben** seien darauf aufmerksam gemacht, daß die Firma F. Pöckel, Apfelwein- und Fruchtzuckerfabrik zu Guben, ihrem Richter demselben Silbrieff die Entlassung gab, weil er es gewagt hatte, einen Wochenlohn von 20 M. zu fordern. Da unsere Genossen eine derartige Lohnbrüderlei entschieden verurteilen, werden wir gebeten, darauf hinzuweisen, daß Freunde eines guten Glases Apfel- und Beerenweins dieses bei dem Parteigenossen Kumpke im „Vollgarten“ zu Guben bekommen können.

**Ein gewerdmäßiger Logisdieb** wurde gestern in einem Gasthause am Silesischen Bahnhof abgefaßt. Seit ungefähr zwei Monaten plagten die Inhaber von kleinen Gasthöfen und Fremdenlogis über einen Dieb, der sie und andere Gäste bestahl. Es war immer derselbe Mann. Er stellte sich jedesmal als Seemann vor, erzählte von seinen vielen und großen Fahrten und wußte sich sehr interessant zu machen. Während der Nacht stahl er aus den Kleiderschränken der schlafenden Gäste oder aus den Behältnissen der Wirtin Geld, Uhren und dergleichen zusammen, um morgens in aller Frühe mit der Deute zu verschwinden. Traf ihn ein Angestellter, so sagte er, als Seemann sei er gewöhnt, früh aufzustehen und sich vor dem Kaffee schon etwas Bewegung zu machen. Nach einem Spaziergang werde er zurückkehren und dann erst frühstücken. So verschwand er dann und ließ sich nicht wieder sehen. Zu spät entdeckte man, daß man einen Dieb hatte entschließen lassen. Gestern morgen hatte aber der Hausdiener gesehen, daß er sich an fremden Sachen zu schaffen gemacht hatte, er hielt ihn fest und übergab ihn der Polizei. Seit dem 5. April waren der Kriminal-polizei 15 Diebstähle dieser Art gemeldet worden. Alle Bestohlenen erkannten gestern in dem Verhafteten den Dieb wieder. Es ist ein 26 Jahre alter Seemann Peter Engels, der früher auf dem „Steipner“ gefahren ist. Seiner Behauptung nach kam er Anfang März dieses Jahres nach Berlin, um Arbeit zu suchen. In Wirklichkeit lebte er von Anfang an nur von Logisdiebstählen.

**Verschwindender Schuhmann.** Seit mehreren Tagen wird der Schuhmann Albert Prewitz, Samoastr. 2, vermißt. P., der im 112. Polizeirevier Dienst tat, entfernte sich am vergangenen Donnerstag aus seiner Wohnung, um angeblich nach dem Revier zu gehen. Seitdem ist er spurlos verschwunden. Es wird befürchtet, daß sich der Vermißte ein Leid angetan hat.

**Straßenbahnunfälle.** Am Leipziger Platz wurde gestern früh die 16jährige Erna Gleißler aus der Müllener Str. 14, als sie vor einem Straßenbahnwagen der Linie 74 über das Gleis gehen wollte, von dem Motorwagen umgestoßen und geriet mit dem rechten Arm unter den Schuttradrahmen. Die W. erlitt einen komplizierten Bruch des rechten Oberarms. — Beim Verlassen eines fahrenden Straßenbahnwagens verunglückte der in der Leichter Straße 40 wohnhafte Arbeiter Hermann Hennig. Er verließ vor dem Hause Gartenstr. 74a den Anhängewagen eines in der Anfahrt zur Haltestelle befindlichen Straßenbahnwagens der Ringlinie 3, kam zu Fall und zog sich eine erhebliche Verletzung am Hinterkopfe zu. — Vor dem Hause Frankfurter Allee 49 wurde der Kaufmann Friedrich Braun aus der Schreinerstr. 54 von einem Straßenbahnwagen der Linie 70 umgestoßen. Er erlitt Verletzungen an der linken Hüfte und am linken Arm.

**Für Kraftwagenführer** ist folgende Bekanntmachung des Polizeipräsidiums von Wichtigkeit: Feststellungen, die in den letzten Tagen vorgenommen worden sind, haben ergeben, daß Kraftfahrzeuge in den Straßen Berlins mit Geschwindigkeiten bis zu 40 Kilometer in der Stunde fahren. Die in der Bekanntmachung vom 31. März dieses Jahres festgesetzte Geschwindigkeitsgrenze von 25 Kilometer in der Stunde, die den Bedürfnissen des Automobilverkehrs in aus-

reichendem Maße Rechnung trägt, wird sonach erheblich überschritten. Um derartigen Ausdehnungen in Zukunft entgegen zu treten, wird eine Kontrolle durch Beamte ausgeübt werden, die mit Stoppuhr und ausgereizter und mit der Vornahme von Geschwindigkeitsmessungen besonders vertraut sind.“

**Einen erheblichen Verlust** hat am Sonntagabend eine Frau erlitten, die auf dem Wege von der Wundstraße bis zur Stephanstr. 7 eine goldene Damenuhr mit Kette verlor. Der eventuelle Finder wird um Abgabe an Zahnke, Stephanstr. 7 (Moabit), gebeten.

Am Sonntag, den 24. April, nachmittags 1 1/2 Uhr, ist in der Warschauer Str. 2 ein schwarzes Damenportemonnaie mit Inhalt gefunden worden, das anscheinend einer armen Frau gehört. Der Finder möchte es gern wieder abgeben und soll die Verliererin sich melden bei R. Loppaschewski, Bromberger Str. 5, abends von 7—9.

## Vorort-Nachrichten.

### Friedenau.

„Die Uneigenmächtigen“. Alles — außer den Veranstaltern der Komödie — lachte, als in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung der Vorsitzende des Haus- und Grundbesitzervereins, Herr Gemeindevertreter Lehner, einen Antrag seines Vereins auf sofortige Einführung einer Wertzuwachssteuer begründete. Nachdem die Häuser- und Konjunktur ihre Riesenproteste eingehendst haben und Friedenau vollständig ausgebaut ist, entdecken diese Herrschaften mit einem Male, daß die Besteuerung des unbedienten Wertzuwachses ein Akt der Gerechtigkeit ist. Stände die Einführung der Reichwertzuwachssteuer nicht sicher bevor, hätte keiner der Herren vom Haus- und Grundbesitzerverein diese Steuer jemals als gerecht anerkannt. Unser Redner, Genosse Richter, bedauerte lebhaft, daß der Antrag nicht schon vor Jahren angenommen worden ist. Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit 10 gegen 9 Stimmen angenommen. Sodann wurde eine Kommission zur Ausarbeitung einer Steuerordnung gewählt; derselben gehört auch Genosse Richter an. Herr Schöffe Wosidlo, dessen Wahlzeit abgelaufen ist, wurde einstimmig auf sechs Jahre wiedergewählt. Auf Antrag des Direktors der höheren Mädchenschule wurde beschlossen, für dieselbe eine zweite Turnhalle einzurichten. Zu diesem Zwecke bewilligte die Versammlung 10 000 M. Außerdem wurden 10 000 M. für Anschaffung von Bänken für das Elektrizitätswerk bewilligt.

### Grünau.

Die Landesen haben in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag mehrere anscheinend betrunkenen Personen am hiesigen Orte geholt. Die Duben rissen Stäbe aus den eisernen Gartenzäunen, zertrümmerten Laternen, entfernten Wegehölzer und vernichteten zum Teil junge Bäume. Sogar die Dube eines Anstaltsartenhändlers wurde erheblich demoliert. Von den Tütern fehlt bisher noch jede Spur.

### Röpenitz.

„Holler Friede“ ist zwischen den beiden bürgerlichen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung eingeleitet. Die feindlichen Kräfte haben herausgefunden, daß Gegensätze zwischen der Liberalen Fraktion und der Freien Vereinigung bürgerlicher Stadtverordneter überhaupt nicht mehr vorhanden sind. Die ehrlich denkenden Vertreter des Liberalismus haben die Konsequenzen gezogen und ihre Mandate niedergelegt. Herr Cuny ist jetzt auch Stadtd. Pleschow gefolgt und aus der Versammlung ausgeschieden. Allerdings soll der Gesundheitszustand des Herrn Pleschow schuld an der Amtsunfähigkeit sein, doch pfeifen es die Spähen von den Dächern, daß sich Herr P. mit der Fusion der beiden Fraktionen nicht abfinden konnte. In der Versammlung des Bezirksvereins der Dammvorstadt hat der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung Lucht, dessen Ausführungen als Mitglied der Demokratischen Vereinigung besonders zu beachten sind, sich ebenfalls zur Sache geäußert. Die Frage der Vereinigung, die vor längerer Zeit aufgetaucht, sei jetzt wieder in den Vordergrund getreten unter dem Gesichtspunkt, ob es nötig sei, bei den Gegensätzen, wenn solche überhaupt vorhanden, die schweren Kämpfe bei den Stadtverordnetenwahltagen herauszufechten. Er wolle besonders betonen, daß keine Auflösung der „Liberalen Fraktion“, sondern nur eine gemeinsame Vorbesprechung beschlossen sei. Soweit Herr Lucht. Daß keine prinzipiellen Gegensätze namentlich in der Behandlung von Arbeiterfragen vorhanden sind, glauben wir Herrn L. aufs Wort. Interessant ist der Ausspruch „die schweren Kämpfe bei den Stadtverordnetenwahlen“. Richtig muß es heißen, die Angst vor dem Eindringen der Sozialdemokratie in die zweite Abteilung. Die Herren Cuny und Hentschel wandten sich in der erwähnten Versammlung besonders gegen die Fusion. Letzterer wies auf die Errungenschaften hin, die die Liberalen mit Hilfe der Sozialdemokraten zu verzeichnen hätten. Für die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung kann die Vereinigung der beiden Parteien nur von Vorteil sein, denn das Kampffeld ist nun klar. Inzwischen ist Röpenitz großes Heil widerfahren. Die beiden Fraktionen haben zur Vorbesprechung der Tagesordnung der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung bereits gemeinschaftlich getagt. Die Aussprache soll eine außerordentlich anregende gewesen sein und man schätzte sich glücklich, weiter zusammenkommen zu können. Da man nun auch einen Vorsitzenden haben muß, ist Herr Rohrbach dieses schwierige Amt übertragen worden. — Ein etwas mehr häuslicher Streit ist nun mittlerweile zwischen Herrn Hentschel und seinen Freunden ausgebrochen. In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung bezeichnete man Herrn G. als Hezer niedrigster Art, der aus dem Magistrat wegen unaufrichtiger Sachen ziehen mußte und jetzt von Verein zu Verein zieht, um sich als „König von Röpenitz“ aufzuspielen. Allerdings sind diese Ausführungen von einem Bundesbruder der „Freien Vereinigung“ gemacht worden, und um das Bündnis nicht gleich in die Brüche gehen zu lassen, mußte der neue Zusammenkunftsvorsitzende beschwichtigend eingreifen. Seit G. aus dem Amte ist, habe er es aus dem Magistrat abgesehen.

Der Magistrat sind zum 10. Mai die Erbhäuser für vier ausgegliederte Stadtbäder andernannt worden. Zwei entfallen auf die erste Abteilung, zwei auf die zweite Wählerklasse. Von der ersten Abteilung sind die Herren Wraites und Streichan, von der zweiten Abteilung die Herren Cuny und Pleschow ausgeschieden. Aus der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist noch zu erwähnen, daß die Verpachtung der städtischen Wiesen gemäß einer Magistratsvorlage beschlossen wurde. Das Preisgebot betrug insgesamt 888 M. pro Jahr; bisher brachte die Wädr 1082 M. Eine weitere Vorlage des Magistrats verlangt 7000 M. zur Anlage einer Kühlvorrichtung auf dem Elektrizitätswerk. Die Ausgaben sollen auf 5 Jahre verteilt werden. Bei diesem Punkt kam es wegen eines „Eingelands“ im „Tageblatt“ des ehemaligen Deputierten des Bezirks, Herrn Hentschel, zu lebhaften Auseinandersetzungen unter den bürgerlichen Vertretern. Die Vorlage wurde schließlich angenommen.

### Rummelsburg.

Die für heute, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Türschmidtstraße 25, angelegte Gemeindevertreterversammlung findet, wie neuerdings bekannt gegeben wird, erst am Freitag, den 20. April statt.

In unserem Artikel in der Sonnabendnummer über die Ergebnisse der diesjährigen Gemeindevahlen wird uns von der Organisationsleitung Niederbarnims noch nachfolgende Vervollständigung übermitteln:

In Vixenwerder sitzt ein sozialdemokratischer Vertreter im Gemeinderat. In Französisch-Buchholz haben wir 2 Vertreter, in Hohen-Schönhausen 3. In Lichterow beteiligten sich unsere Genossen zum erstenmal an der Wahl und stieg mit 27 gegen 3 bürgerliche Stimmen. In Ober-Schönweide beträgt die Zahl der sozialdemokratischen Ver-

treter 6. In Pantow gehören nicht 7, sondern 5 sozialdemokratische Vertreter dem Gemeinderat an. In Petershagen beteiligten sich unsere Genossen auch in der II. Abteilung und stiegten in der Stichwahl mit 26 gegen 15 bürgerliche Stimmen; sie eroberten damit 1 Mandat in der II. Abteilung. In Waidmannslust besitzt die Partei nicht 8, sondern nur 2 Mandate.

Es fehlen in der Tabelle und sind noch nachzutragen:

Gemeinde	Wt.	Zahl der sozialdem. Vertreter	Sozialdemokr. Stimmen	Stimmen der Gegner
		06 08 1910	06 08 1910	
Heinersdorf	III	—	—	20 77
Rahnsdorf	III	—	—	25 127 (darunter 106 Forensen)
Schöneiche	III	—	—	21 53 (darunter 59 Forensen)
Stralau	III	1 1 1 ? ?	225	— (Richtangesehener Ergänzungswahl)
Stralau	III	—	—	18 (Ergebnis für 1 Angehessenen)

### Jugendveranstaltungen.

Freie Jugendorganisation der östlichen Vororte. Heute, am 27. April, abends 8 Uhr: Öffentliche Versammlung für die schulentlassene Jugend. Vortrag des Herrn Emil Unger.

## Vermischtes.

### Die Zerstörung des Z. II.

Das Militär-Luftschiff Z. II muß als endgültig verloren betrachtet werden; den Schaden von etwa 500 000 M. tragen die Steuerzahler. Der Generalinspektor der Verlehrsstruppen, General v. Lyncker, hat dem Kaiser sofort berichtet, daß niemand eine Schuld an dem Unfall beigemessen werden könne. Diese Behauptung ist mindestens stark verfrüht, denn es bleibt zu untersuchen, ob die Fahrt der militärischen Luftschiffe nach Homburg eine Notwendigkeit war oder ob es sich dabei wieder einmal um eine der bekannten militärischen Profiteure handelte. Hohes Interesse bietet nach dieser Richtung hin ein Artikel eines Sachverständigen, den die „Frankf. Ztg.“ veröffentlicht. Der Artikel besagt:

„Am Tage der Abfahrt war dem Kommandeur der Verlehrsstruppen v. Lyncker gesagt worden, daß die Luftschiffe wohl nach Homburg gelangen würden, doch voraussichtlich in absehbarer Zeit nicht wieder zurückschiffen könnten, weil andauernde westliche Winde in Aussicht ständen. Die Fahrt wurde trotzdem angetreten und, wie bekannt, mit gutem Erfolge. Aber die Rückfahrt machte, wie vorausgesehen war, Schwierigkeiten. Als nun in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zwischen zwei Tiefdruckgebieten vorübergehend ruhiger Wetter auftrat, hat der Kommandeur die günstige Situation mit schnellem Entschluß benützt. Bäre Z. II ebenfalls mitgeführt, so würde auch er voraussichtlich glücklich in Köln angekommen sein. Statt dessen hat man darauf bestanden, bis zum Sonntag zu warten, und ist dann trotz ungünstiger Wetterausichten losgefahren, ohne die Wettertelegramme abzuwarten. Das hat sich bitter gerächt. Man ist noch nicht so weit, daß die Luftschiffe dem Wetter zum Trotz auf Befehl eines Vorgesetzten fahren können. Nur durch möglichste Ausnutzung aller Vorteile, die die Wetterkunde bietet, kann man mit den bisherigen Motorluftschiffen Erfolge erzielen. . . Die Luftschiffkatastrophen vom April 1910 werden zur Folge haben, daß man die Meteorologie bei der Ausbildung der Ballonführer mehr in den Vordergrund stellt.“

Wenn das, was hier von sachverständiger Seite ausgeführt wird, richtig ist, dann dürfte der Kriegsminister gut tun, eine eingehende Untersuchung einzuleiten, namentlich auch festzustellen, welcher Anlaß dazu bestand, ausgerechnet an jenen stürmischen Tagen gerade nach Homburg zu fahren. Dort befand sich bekanntlich der Kaiser, und es hat den Anschein, daß dieser Umstand zu der Fahrt beigetragen hat. Ob General v. Lyncker Befehl auf eigene Faust gegeben hat, oder ob er dazu von einer anderen Stelle veranlaßt wurde, bedarf ebenfalls der Aufklärung. Man entsinne sich dabei der bekannten Fahrt des Zeppelin-Luftschiffes von Friedrichshafen nach Berlin, die derart überstürzt unternommen wurde, daß man das Luftschiff vorher nicht einmal eingehend geprüft hatte.

War es schon nicht zu verstehen, daß man eine ganze Luftflotte anschaffte, noch ehe in der Frage des Systems ein abschließendes Urteil vorlag, so ist es doppelt bedenklich, in so stürmischen Tagen Fahrten zu unternehmen, für deren dienstliche Notwendigkeit auch nicht der leiseste Anhaltspunkt vorliegt. Die Luftschiffe, die den Steuerzahlern schweres Geld kosten, sind nicht dazu da, um ohne zwingenden Grund aufs Spiel gesetzt zu werden.

### Die Vergungsarbeiten.

Die Strandungsstelle des Z. 2 bietet das gleiche Bild wie am Montag. Nur hat der ziemlich starke Wind, der die ganze Nacht hindurch wehte, das Hinterteil des Luftschiffes, das auf dem Gipfel des Meberberges, auf dem Dach des dortigen Pavillons und in den Säulen des Abhanges fest lag, etwas herabgedrückt. Während der Nacht haben Mannschaften des 160. Infanterieregiments aus Diez und die Gendarmarie Wache gehalten. Heute wird die Abrüstung des Schiffes fortgesetzt. Major Reumann weist bereits seit dem frühen Morgen an der Strandungsstelle, um die Demontierungsarbeiten zu leiten. Aus allen Richtungen, zu Fuß, zu Wagen und mit der Bahn strömen Tausende zur Unfallstelle.

Die Hülle des verunglückten Z. II wurde am Dienstagmorgen in ihrem mittleren Teile von den Mannschaften des Luftschiffbataillons zum Teil eingerissen, um die Abmontage zu erleichtern. Gegen 11 Uhr war das Mittelschiff fast vollständig auf den Erdboden gezogen; es wurde dann auseinandergenommen. Die Spitze des Luftschiffes ist in ihrem Aluminiumgerüst wenig beschädigt. Der Grund liegt darin, daß das Mittelschiff, das auf den Felsen stieß, den Hauptanprall auszuhalten mußte und das untere gebliebene Gasballon in der Spitze dieser noch einen kleinen Auftrieb gab, so daß sie sich ziemlich sanft zur Erde senkte. Die Hülle wird zum Fließen und zu Verpackungszwecken verwandt, während das Aluminium eingeschmolzen werden soll.

Im Laufe des Tages trafen weitere Truppenabteilungen ein, um sich an den Aufräumungs- und Vergungsarbeiten zu beteiligen. Man rechnet damit, daß die Vergungsarbeiten sechs bis acht Tage dauern werden.

### Todessturz aus dem Eisenbahnzuge.

Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich am Montag in der Nähe der Station Rathenow ereignet. In dem Personenzug 224, der auf dem erwähnten Bahnhof kurz vor 4 Uhr nachmittags eintraf, befand sich ein russischer Kaufmann mit drei Mädchen im Alter von 4 bis 9 Jahren, die er zu ihren in Chicago wohnenden Eltern bringen wollte. Die vier Personen hatten allein in einem Coupé Platz genommen. In einem unbewachten Augenblick öffnete das achtjährige Mädchen Stefanie Rajetwska die Coupétür und stürzte







# Sie sparen

erstaunlich viel Zeit und Kraft und schonen Ihre Wäsche beim Gebrauch von

**„Ozonit“**  
(Prof. Glessler's Patent)

das moderne Waschmittel.

Überall erhältlich.



Ges. gesch.

Kunststofferei von Frau Rosofsky  
Schlachterstr. 8, III.

Verleih-Institut:  
Friedrichstr. 116/1, a. Drabig.  
Tor. Hleg. Brnd, Gebrod  
1,50, Post 1,00, Beste 50 Pf.

# Persil

gibt blendend weisse Wäsche, ersetzt die Rasenbleiche und spart Zeit, Arbeit und Geld! Alleinige Fabrikanten:  
**Henkel & Co., Düsseldorf,**  
auch der seit 34 Jahren weltbekanntes

## Henkel's Bleich-Soda

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstr. 11.



Soeben erschienen:  
**Die Reform**  
der Arbeiterversicherung  
von Robert Schmidt  
M. d. R.  
Preis 15 Pf.  
**Maizeitung 1910**  
Preis 10 Pf.  
Expedition des „Vorwärts“  
Berlin SW. 68  
Lindenstr. 69, Laden.

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (seitgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (seitgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
Für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Gasföhrer.** 5 Tage Probeföhrung! Täglich ohne Anzahlung, höchstens 1,00 (bis Hundert Kaufsumme). Niederlage Louis Böhmer (selbst). Betriebsleitung Vorhagenstr. 7, Westendstr. 81, Altdorf, Kaiser-Friedrichstr. 247. 1558\*

**Teppiche!** (Lehrerhalle) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Beum. Paderborn Markt 8, Bahnhofstr. 8 (Paderborn), „Vormärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntags geöffnet!

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Vorwärtiger** erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend angeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Dramenstr. 160, Dramenplatz.

**Teppiche,** farbige, postb. billig.

**Gardinen,** Stores, Künstlergardinen, Klempner für halben Wert.

**Käseverlei** postb. billig.

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**1000 neue Nähmaschinen.** Prima Langschiff für Familie 55 Mark, Abzahlung 75 Mark ohne Anzahlung. Bestmann, Gollnowstr. 26, nahe Potsdamerstr. 822R\*

**Cine Anzahlung.** Woche 50, Bilder, Spiegel, Ferner: Möbel, Volkswaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Vorhänge, Uhren, Gasföhrer, Dekorationsarbeiten. Weber, Prenzlauestr. 25, Delich, eventuell Postkarte. 390R\*

**Waffen zu Preis Gunst** und Stahlmund Kackrot. Die wahre Gestalt des Schützen. Von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstr. 69, Laden.

**Kanarienvogel** 5,00, Alexanderstr. 61, I. 245/14\*

**Teppiche!** Stauden billiger Massenverkauf! Nur ganz kurze Zeit! Große Sofas zurückgekauft, gelehrt, Brautkleider 5,35, 7,50, 13,50 bis 36,00. Teppichlager Richard Wolf, Dresdenstr. 8 (Kottbusertor). Abonnement Rabatt. 578R\*

**Humboldtblechhaus!** Stammenstr. 58! Spottpilger Wanderverkauf und Gelegenheitskäufe! Deckbett 4,50, Kopfkissen 1,75! Brautkleider, Aussteuerwäse, Bettbezüge 2,50! Baden 90 Pfennig. Extrabiliger Gardinenverkauf! Tägliches, Plüschportieren. Extrabiliger Teppichverkauf! Steppdecken, Plüschdecken! Extrabiliger Sommerpaletots! Badetunisch! Gehrockdangänge. Extrabiliger Uhrenverkauf. Aber nicht trenn! Nur Stammenstr. 58, Schaubhaus Stralunderstr. 711R\*

**Tischdecken** (reich gefärbt), Viktoriastich 1,35 bis 10 Mark, Kleiderstück 4,50 bis 5,65, echt Mohairstück 6,75 bis 36. Teppichhaus Emil Behre, Oranienstr. 159. 599R\*

**Bücher** des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Gedichte, Romane usw. Gut ausgestattet, circa 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 90 Pfennig pro Band. Expedition, Lindenstr. 69, Laden.

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

**Wandblechhaus** Krebber, Köstner-Platz 7, (postb. Briefmarken, Korbwaren, Uhrenverkauf, Dekorationen, Schmuckwaren, Goldarbeiten, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

## Möbel.

**Teppichlager** Möbel-Einrichtung, Stühle und Kühle, 15 Mark. Berlin, Gollnowstr. 26, nahe Potsdamerstr. 822R\*

**Möbelgelegenheit!** Wenig gebrauchte, gut erhaltene Möbel, auch neue, sowie ganze Brautausstattungen, einfache, elegante, beliebigen Preisen, verkaufen, postb. billig. Niederlage, Lagerplatz, Neue Königstr. 5/6, Jahrbuchgebäude. Sonntags geöffnet. (Nach Teppichlager.) 278/14\*

**Gelegenheitskäufe!** Buchregale, Schreibtische, Truhen, moderne Küchen, Möbel, etc. Preis 5,00 bis 10,00. Exped. Lindenstr. 69, Laden.

**Bettstelle, Matratze, Kleiderständer, Plüschgarnitur** 10,00, Kommode 5,00, Polsterstuhl 23, Leppeler. 62/11

**Zämtliche neue Möbel** werden verkauft! Dresdenstr. 40, vorn I.

**Gelegenheitskäufe!** Kleiderständer 21, Plüschsofa 48, bunte Küchens 54, Anleischstände (dreiteilig, mit Spiegel) 98, ganze Einrichtungen, alles postb. billig. Hochsch. Tischlermeister, Brannenstr. 30.

**Wunderes Red** Herrenzimmer! eiche, modern 415,00, dito romantisches 750,00. H. Hirschowitz, Stallstr. 25 an der Hochbahn. 721R

**Schlafzimmer** mit Umbau und Apoteker-Schrank, volle Tischlerarbeit, komplett 455,00. Enorm billig! H. Hirschowitz, Stallstr. 25, an der Hochbahn. 722R

**Fahrräder.** Herrenfahrräder, Damenfahrräder einmal demut 35,00. Holz Blumenstr. 36b. 1683R\*

**2000** Fahrräder, darunter Vrennador, Wanderer, Adler, Opelräder, 5,00, 10,00, 15,00, 20,00 auswärts. Neue Fahrräder 32,00. Radmagazin, Weinmeisterstr. 14. Jahrbuchgebäude ca. 15.000 Fahrräder. Katalog gratis, franco. 608R\*

**500** Damenfahrräder, Preislagen 10,00, 15,00, 25,00. dekretieren Radmagazin, Weinmeisterstr. 14. 609R\*

**25,00** Radreifen, selten gebotene Gelegenheiten. Horn, Kottbusertorstr. 33. 430R\*

**Herrenfahrräder**, gebrauchte, gut erhaltene, postb. billig, große Auswahl neue. Delme, Brückenstr. 6. 700R\*

**Herrenfahrräder**, Damenfahrräder, schönes modernes, umhändehalter 35,00. Große Frankfurterstr. 14, Hof Keller. 1906R

**Herrenfahrräder**, Quast, Schönhäuser Allee 104. 1911R

**Herrenfahrräder**, Quast, Schönhäuser Allee 104. 1911R

## Verschiedenes.

**Platinabfälle, Silberabfälle, Goldabfälle, Rohgold, Quecksilber, Metalle, Hochglühfen, Goldschmelze** Krieger, Köpenickerstr. 20a (gegenüber Rautenschloßstr.). 2995R

**Englische Unterrichts** für Anfänger und Fortgeschrittene, Einzelstunden und im Zirkel erstell. G. Sosenitz, Schönberg, Sebanstr. 57, III. 1895R

**Warg Kapital** sowie familiäre notariell beurkundete Bäder laut Kaver, Voham 43. 1895R

**Geld auf Wohnungs-Einrichtungen,** Pianinos, Warenposten, Automobile, amerik. Aut. (Schnel), Lagerplatz, Neue Königstr. 6. (VII. 1587). 277/10\*

**Wer hat Stoff,** fertige Anzüge 16,00. Kaczynski, Lichterbergerstr. 9, II. 782R

**Erklärung.** Die gegen Frau Krügerin ausgesprochene Beschlagnahme ist hiermit zurück und erklärt diese als ordentliche Frau. Ernst Knappe, Gerichtstr. 7.

## Vermietungen.

**Fabrikantinn**, Berlin W., zum 1. Juni 1910 zu verpachten. Gefällige Angebote unter „J.“ an die Haupt-Expedition des „Vorwärts“ erbeten.

**Zwei** Stuben, Küche, großer Korridor, modernste, wundervolle Wohnung, monatlich 24 Mark. (fort zu vermieten. Zu erfragen bei Hiltlinger, Rammertstr. 15 (Seestraße).

## Werkführer

**für eine Laternenfabrik in Wien gesucht.** Derselbe muß in Ergänzung von Automobil-Laternen und Eisenbahnlaternen versetzt sein. Offerten mit Gehaltsanspruch unter **W. J. 6007** befördert die Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Wien I., Seilerstr. 2.

## Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. A. Habicht, Auguststr. 50.
- W. G. Schmidt, Reichstr. 14.
- O. B. Mann, Peterburger Platz 4. Gustav Vogel, Kottbusert. 33.
- H. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 130.
- NO. 2. Nacht, Annamstr. 12. J. Reul, Bernstr. 42.
- N. B. Baumann, Bernauer Str. 9. F. Trapp, Steintor Str. 10. Karl Wars, Ludenier Str. 123. Karl Weike, Rammertstr. 49.
- H. Vogel, Köpenickerstr. 37. H. Tieg, Jandelsstr. 124.
- V. Verhaas, Köpenickerstr. 24.
- NW. Karl Anders, Salzweidstr. 8. Westert, Gollnowstr. 29.
- SW. S. Werner, Oranienstr. 72. Tachn, Jagelberger Str. 27.
- S. St. Preis, Prinzenstr. 31. Rich. Schmidt, Kottbusert. 33.
- SO. Paul Böhm, Luchter Platz 14/15. V. Horch, Ungelstr. 15.
- Adlershof. Karl Schwarzkopf, Hoffmannstr. 9.
- Baumsehnenweg. G. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
- Borsigwalde. Paul Kienast, Mühlstr. 10.
- Charlottenburg. Gustav Schurberg, Seidenstr. 1.
- Friedrichshagen. Ernst Wertmann, Köpenicker Str. 13.
- Grünau. Franz Klein, Bahndorferstr. 6, III.
- Johannisthal. Pfeiffer, Köpenicker-Platz 6.
- Karlshorst. Richard Ritter, Köpenicker Str. 9, II.
- Köpenick. Emil Wöhler, Köpenicker Str. 6, I.
- Lichtenberg. Otto Seiffel, Kottbusert. 4, I.
- Nieder-Schöneweide. Max Friedle, Köpenicker Str. 14, II.
- Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
- Ober-Schöneweide. August Jencks, Kaufener Str. 2, I.
- Pankow. Otto Rühmann, Mühlstr. 30.
- Reinickendorf. W. Garich, Kottbusert. 12.
- Rixdorf. W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
- Rummelsburg. G. Rosenkrantz, Alt-Porzellan 56.
- Schmargendorf. Gustav Raminow, Annamstr. 2.
- Schöneberg. Wilhelm Bannier, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.
- Spandau. Köppen, Jagowstr. 9.
- Siegitz. G. Versee, Schloßstr. 110.
- Tempelhof. Albert Thiel, Friedrich-Wilhelm-Str. 20.
- Treptow. Robert Gramann, Reichstr. 412, Laden.
- Weißensee. Fuhrmann, Sebanstr. 105. Schiller, Köpenicker-Platz 39a.
- Wilmerdorf. Paul Schuber, Wilhelmstr. 26, Hof parterre.

## Zimmer.

**Möbliertes Zimmer** vermietet Frau Schmidt, Kottbusert. 33 I. (Kottbusert. 33). 1895R

**Möbliertes Zimmer**, zwei Herren oder Damen. Preis, Dramenstr. 206. 1906R

**Freundlich möbliertes Zimmer**, Bad, Zentralheizung, 20 Mark inklusive. Rixdorf, Ideal-Passage 11, III links. 7105

**Freundlich möbliertes Zimmer**, anständigen Herrn, Gartenansicht. Gaudt, Diefenbachstr. 59, I. 1905R

**Möbliertes Vorderzimmer**, Herrn oder Dame, vermietet billig Scheidemann, Gollnowstr. 12. 77

**Mietmeter** kann wohnen bei Fr. Weidmann, Georgenkirchstr. 52, vorn IV. 7135

## Schlafstellen.

**Schlafstelle** für anständiges Mädchen, Köpenick, Rautenschloßstr. 110, vorn IV. 7168R

**Herr oder Fräulein** möblierte Schlafstelle. Bahnmann, Köpenickerstr. 2 vorn. 18945

**Möblierte Schlafstelle**, separat, Doser, Prinzenstr. 12 IV. 1902R

**Saubere Schlafstelle** für Herrn, separat, Nähe Weidenker Bahnhof, Gollnowstr. 12, Kottbusert. 1902R

**Möblierte Schlafstelle** findet Parteigenosse Rammertstr. 55, vorn parterre, Köpenick. 723

**Schlafstelle** für Herrn bei Rixdorf, Bienerstr. 31, vorn 2 Treppen. 723

**Möblierte Schlafstelle**, kleine Pfennig, Adelsstr. 22, vorn II. 7188R

**Möblierte Schlafstelle**, kleine Pfennig, Adelsstr. 22, vorn II. 7188R

## Mietsgesuche.

**Einfaches** kleines Zimmer oder bessere alleinige Schlafstelle, Gegend Köpenick. Tor. Offerten unter „X. Z. 70“ Postamt 68. 1891R

## Arbeitsmarkt.

**Geübte** Dachstuhl-Fräser sowie Steinmetz-Fräser verlangt sofort C. D. Köhler, Thierstr. 22.

**Wohlfühler** findet gute Verhältnisse, Kottbusert. 64. 5218

**Handreinigung** zu vergeben zum 1. Mai (findet Leute bevorzugt), zwei Kuffen, beim Gerolder, Goldschmidtstr. 69, vorn II links bis heute nachmittags melden. 18945

**Mädchen- und Handfleischer** auf Bauarbeit verlangt D. Knorr, Marmor-Industrie. 1892R

**Jüngeren** Arbeiter zum Abputzen von Leisten verlangt Beckmeier, Brannenstr. 194. 1905R

**Verheiratete** im Alter von 14 bis 16 Jahren, aus achtbarer Familie, bei monatlicher Vergütung sofort gesucht. Wohnungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 1-2 mittags oder 7-8 Uhr abends. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestr. 1/2. 7188R

**Tüchtige** Vergolderin auf Leisten, Köhler Co., Rixdorf, Steglitzstr. 202. 733

**Blusenarbeiterinnen** im äußeren Hause verlangt Spring, Chausseest. 77. 1903R

**Trauerbut** - Arbeiterinnen und Handfleischer - Arbeiterinnen verlangt bei hohen Preisen Max Stein, Kommandantenstr. 58/59. 1893R

**Zeltungsfrauen** sofort verlangt für die Tour Friedrichstr. an der Borsigstr. Wohnungen Schönerstr. 24/25. 51/19\*

## Händler

gesucht für Gänge und Radfahrer, hoher Verdienst. W. Jung, Düsseldorf 16.

## Achtung! Holzarbeiter

Wegen Streit und Differenzen sind gespart: Bantischerei, Gerzog, Steglitz, Handfleischer 52. Möbelfabrikerei Gräbe, Gutsche u. Co., Kommandantenstr. 21. Möbelfabrikerei Scheller, Gollnowstr. 11a. Pianofabrikanten Köhler in 255au und Georgenstadt. Wichtig! erfragen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Verwaltungsverfahren des großen Handwerker-Verbands' streng zu meiden. Die Eristerwartung.